

6 Frankfurt/M. 1 Februar 2/1974 DM 1,- D 2835 E

elan

MAGAZIN
FÜR
JUNGE
LEUTE

POP
&
ROCK
mit der
roten
Lok

elan-exklusiv:

So lebt die Jugend
in der UdSSR

Betriebsreport Rheinstahl

Mit 18 Stempeln gehen

Lokomotive Kreuzberg



elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski
Jürgen Laimer, Holst Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stückmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Peter Bubenberger, Dort-
mund (verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Hartmut Schulze,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Röhde,
Ruth Sauer ein, Heiga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

Wolfgang Freitag

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS-
GESCHÄFTSFOHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postcheckkonto Ffm.,
Konto 2032 90-600

DRUCK

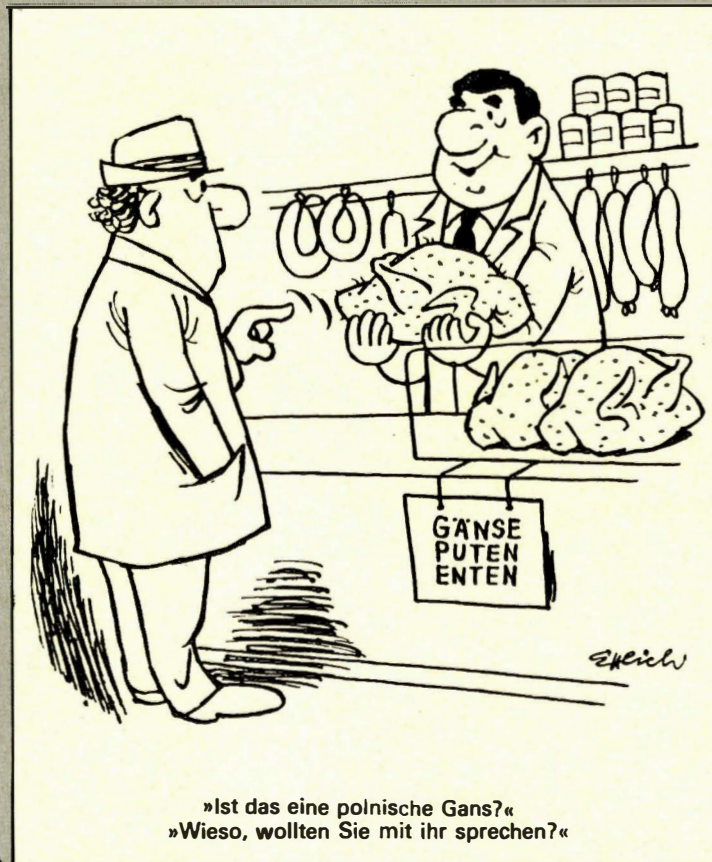
Plambeck & Co. GmbH.,
Neuss

Totaler Schwachsinn

Millionen in Rußland glauben an Gott. Wer in ihm an Gott glaubt, kommt ins Irrenhaus... In den wenigen Kirchen findet man auch... Jugendliche und Kinder, obwohl diese von Gleichaltrigen oft verfolgt, gequält und getötet werden.

Die rechtsradikale „Komm-
mit“, 11/73

Spumuck-
sachen



Benzin pinkeln

„Und das Fahrverbot?“ meint Paul. Tschä, da haste nu jahrelang Steuern gezahlt wie son dußliger Hirsch, und darfst nch mal fahrn. Aber die BuWe, die darf die dicken Manöverchen abhalten und den Sprit verfahren, als könnte Leber Benzin pinkeln.

Soldatenzeitung „Rührt Euch“,
Dez. 1973

Hakennase

Um den Arbeitsvorgang besser überschauen zu können, stieg F. auf die Maschine. Dabei stieß er sich den Kopf, verlor das Gleichgewicht und blieb mit der Nase an einem Haken hängen.

Blüte aus einer Unfallanzeige,
„Tag für Tag“, 11/73

Springer makaber

450 Tote aus Chile werden in drei bis vier Wochen schon in der Bundesrepublik eintreffen – vorausgesetzt, daß die Militärjunta ihnen freies Geleit garantiert.

„Die Welt“, 4. 12. 1973

Bananen statt Butter

Der Präsident des afrikanischen Staates Uganda, General Idi Amin, sieht Großbritannien am Ende. In einer Fernsehsendung bot Amin der einstigen Kolonialmacht seines Landes die Lieferung von Bananen für den Fall an, daß die Briten nichts mehr zu essen hätten.

Westfälische Rundschau,
4. 1. 1974

Lieber Leser



Das mußte die Reaktionäre und ihre Zeitungsschreiber ja auf den Plan rufen! Da entwickelt sich die sowjetische Wirtschaft und der Lebensstandard der Sowjetbürger mit einem Tempo, das die Verursacher von Preiswucher, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit hierzulande schaudern läßt. Da erringt die Sowjetunion durch konsequente Friedenspolitik und erfolgreichen antimperialistischen Kampf ständig weitere Pluspunkte im Ansehen der Millionen aller Erdteile, während gleichzeitig die Führungsmächte der westlichen imperialistischen Welt durch Aggressionsdrohungen gegen erdölfördernde Länder Empörung auf sich ziehen. Und das ist dann die große Stunde von notorischen Verleumdern wie Solschenizyn,

deren einzige Stärke in unbändigem Haß gegen den Sozialismus besteht. Solschenizyn, dessen antisowjetische Märchen von Strauß, Springer & Co. händereibend zum Bestseller hochgeschaukelt werden, darf sich nun am Ruhm wärmen, der ihm von den bluttriefenden Reaktionären dieser Welt verliehen wird: von Nixon bis zur chilenischen Junta, von Franco bis zu den Athener Obristen. Sein neuestes antisowjetisches Märchenbuch „Archipel Gulag“ hat er nach eigenen Angaben geschrieben, „ohne über irgendeine Statistik zu verfügen“. Entsprechend reiht dann der von keiner Sachkenntnis getriebene Solschenizyn massenhaft Fälschungen aneinander: von der Ermordung ganzer Völkerschaften in der Sowjetunion über den Hinweis, daß unter Hitler Kommunisten zwar bekämpft, aber nicht ermordet wurden bis zu der „beispielhaften“ Entnazifizierung in der Bundesrepublik.

Hier geht es nicht mehr um sachliche Auseinandersetzung. Hier geht es um primitive Handlangerdienste für jene, die in Vietnam und Chile mordeten. Hier geht es um Scharfschüsse gegen den von der Sowjetunion ausgehenden weltweiten Entspannungsprozeß. Und um maßlosen Haß gegen alles, was nach Fortschritt riecht.

Solschenizyn ist billiges und williges Werkzeug in den Händen der Reaktion. Brauchbar und notwendig, da nun beim besten Willen der Sowjetunion keine inneren Schwierigkeiten und Wirtschaftskrisen angedichtet werden können. Den Haß gegen die Sowjetunion brauchen eben alle, die auf Hochrüstung setzen und die inhaltliche Verwirklichung des Moskauer Vertrages zwischen BRD und UdSSR torpedieren möchten. Was einmal mehr deutlich macht, daß Antisowjetismus immer gegen Entspannung und Fortschritt gerichtet ist.

Hans-Jörg Hennecke

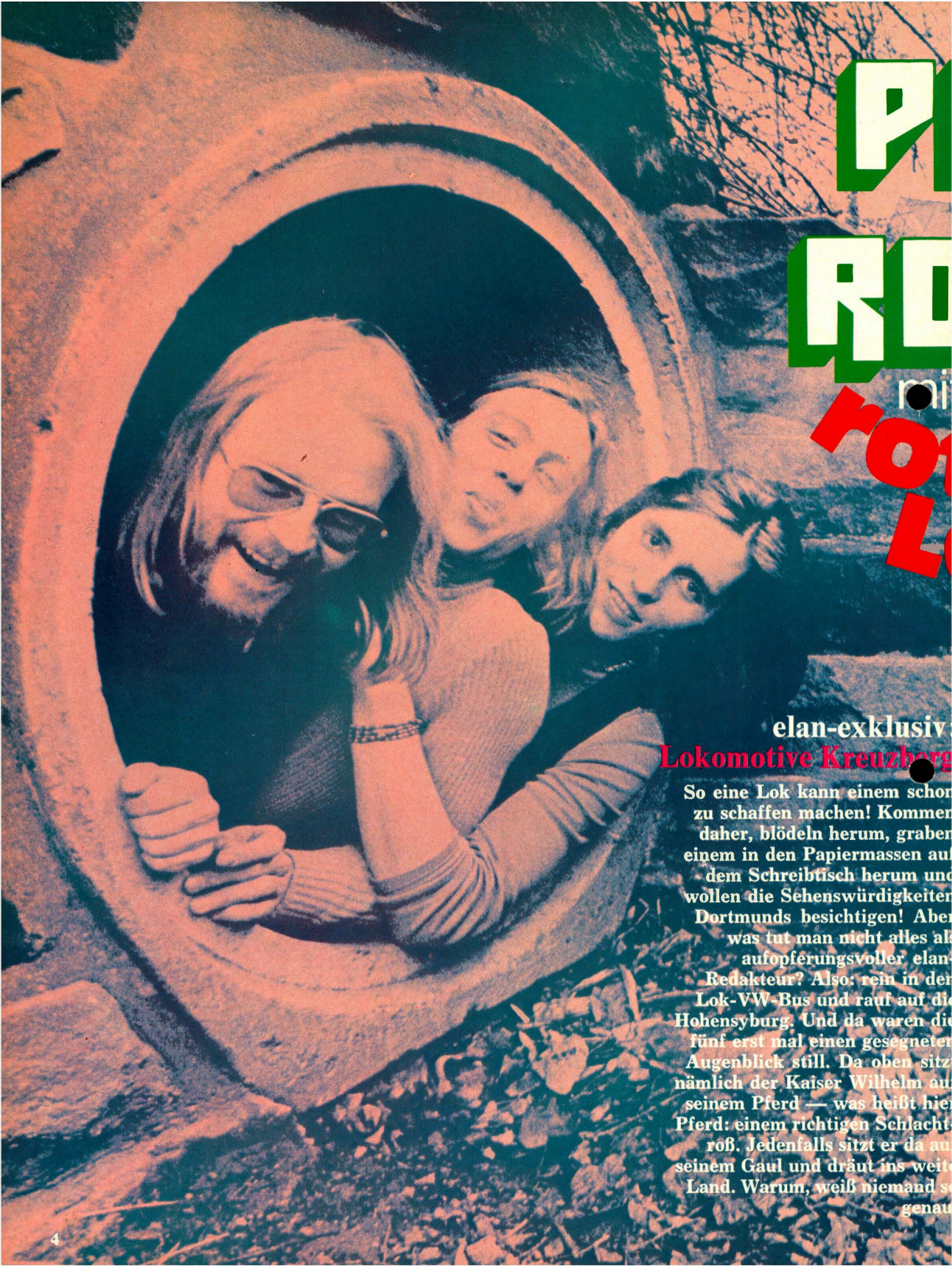
(Hans-Jörg Hennecke)

Lokomotive Kreuzberg: Pop und Rock mit der roten Lok	4—7
Comic	8
Arbeiterjugend in Aktion	10—11
Aktion Roter Kuckuck	12
Betriebsreport Rheinstahl: Mit 18 Stempeln gehen?	13—15
Kurzgeschichte	18
Jugendpolitische Blätter: Ein Blick in die Bonner Gesetzes-Schubladen: Jugendhilfe/Berufsbildung/Jugendarbeitsschutz/Kündigungsschutz/ elan-Stichwort / Wer macht die Preise?	19—22
Poster	24—25
Forum der Jugend- ebände: Freizeitinitiativen / „Aktionskonferenz Jugend und Freizeit“ / SDAJ-Gruppen in Vorbereitung des IV. Bundeskongresses	27—30
Monatsmagazin: Bundeswehr gegen Grundgesetz; Der Mann, der aus dem Westen kam; Moral und Fleischerhunde; Verkehrssünder: 18 schwarze Flecken	31—34
Revolutionäre im Interview: Albert Stasch	35
Internationales: Fallt den Henkern in den Arm Freiheit für alle politischen Gefangenen des Thieu-Regimes So lebt die Jugend in der UdSSR	36
Fotoclub Wuppertal: Wir machen unsere Fotos selber	37
Leser-Forum	38—39
Kulturmagazin: Von 1933 bis Chile; Bla-Bla für Willy; Verlobte dürfen; elan-Börse	40—41
Witze	42—43
	44—47
	48

P

RO

ni
RO
LO



elan-exklusiv
Lokomotive Kreuzberg

So eine Lok kann einem schon zu schaffen machen! Kommen daher, blödeln herum, graben einem in den Papiermassen auf dem Schreibtisch herum und wollen die Sehenswürdigkeiten Dortmunds besichtigen! Aber was tut man nicht alles als aufopferungsvoller elan-Redakteur? Also: rein in den Lok-VW-Bus und rauf auf die Hohensyburg. Und da waren die fünf erst mal einen gesegneten Augenblick still. Da oben sitzt nämlich der Kaiser Wilhelm auf seinem Pferd — was heißt hier Pferd: einem richtigen Schlachtröß. Jedenfalls sitzt er da auf seinem Gaul und dräut ins weite Land. Warum, weiß niemand so genau.

OP

CK

en ok

Nach einer patriotischen Schweigeminute brach die Lok in ein gräßliches Gelächter aus. Und faßte einen typischen Lok-Plan. Was kann mit diesem wilhelminischen Kunstwerk geschehen? Nur eins: Sprengen und schleifen! Gesagt, getan. Das Ergebnis dieser Freveltat ist auf den folgenden Seiten zu besichtigen. Aber wie dem auch sei: die Redaktion ist zwar aufopferungsvoll, jedoch keineswegs uneigennützig. Und so wurde die Lok auf das bestmögliche verpflichtet und mit sämtlichen Eiden belegt, damit sie uns eine Selbstdarstellung schreibt. Und stellt euch vor: sie haben sich daran gehalten! Und da sie sich nun mal die Mühe gemacht haben, könnt ihr es auf den folgenden Seiten lesen:



Gründung einer Lokomotive

Man sucht sich ein günstiges Jahr für Lokomotiven aus. (Zum Beispiel 1972.) Man geht in eine Kneipe und bestellt zwei Bier. Vorsorglich. Man braucht nämlich für diese Gründung wenigstens zwei Leute und schließlich für eine funktionsfähige Lokomotive ganze fünf Mann.

Aber kehren wir an den Ausgangspunkt zurück.

Man hat zwei Bier bestellt, da kommt auch schon der zweite Mann. Man sagt zur Begrüßung: Ich habe eine Idee. Prima, sagt der andere, ich habe dieselbe Idee. Dann bestellt man drei Bier für die andern, die gleich kommen werden. Und schon kommen die drei, stellen sich zu den beiden anderen und sagen: auch wir haben dieselbe Idee. Bis kurz vor zwölf trinkt man schweigend, bis einer sagt, unsere Idee heißt „Lokomotive Kreuzberg“.

Die Idee

Hard-Rock + Deutscher Text + Gesellschaftskritik + Theater (seit 1973) Hard-Rock weckt Aggressionen. Er schafft sie aber nicht. Die Frage ist: Wer schafft Aggressionen? Die Frage ist auf Deutsch gestellt. Wir müssen sie demnach auch in unserer Sprache beantworten. Wir machen deutsche Texte.

Die Frage war: Wer schafft Aggressionen? Zum Beispiel die Bosse, die Jugendvertreter auf die Straße setzen oder die Behörden, die Jugendheime schließen. Diese Leute und Institutionen schaffen Aggressionen bei Jugendlichen. Die Jugendlichen schlucken ihren Zorn hinunter. Wir holen ihn wieder hervor und sagen, wie man sich sinnvoll und erfolversprechend wehren kann.

Nicht wir machen Theater, sondern die Bosse. Das gucken wir uns ganz genau an und spielen die Szenen auf der Bühne nach. Direkt nach dem Leben. Das ist ungeheuer komisch. Jedenfalls bleibt dem Publikum das Lachen im Hals stecken.

Die Besetzung der Lok

Wir sind fünf Mann. Vier Musiker und der Textmacher. Persönliches gibt es nicht über uns zu sagen. Wir sind uns alle absolut ähnlich bis auf den neuen Musiker Uve. Der ist absolut anders. Na ja, er ist eben neu.

Wir sind alle gleich groß, haben lange Haare und rauchen dieselbe Zigarettenmarke, wenn einer den Mut besitzt, sich Zigaretten zu kaufen.

Weil wir alle das gleiche denken, haben wir auch nie Streit untereinander. Damit wir nicht zu sehr auffallen, streiten wir uns vor allem vor anderen Leuten. Die denken dann: wie menschlich! So vermeiden wir, uns Feinde zu machen. Überhaupt haben wir keine Feinde. Außer bei der CDU.

Also da haben wir erst einmal Manfred Präker. Er spielt Baß und singt. Er hat einen ordentlichen Beruf erlernt: Setzer. Neben Manfreds Baßanlage steht Uwes Schlagzeug. (Das ist der Uwe mit „w“.) Sein voller Name ist Uwe Holz. Er ist drei Jahre älter als Manfred. Sein Beruf: Radio- und Fernsichttechniker. Uwe spielt Mundharmonika, singt und muß neben seinen musikalischen Fähigkeiten auch sein schauspielerisches Talent auf der Bühne einsetzen. Andi Brauer sang, bevor er zur Lok kam, Opern, jetzt singt er bei uns weiter. Aber keine Opern. Als ausgebildeter Musiker beherrscht er eine Vielzahl Instrumente wie Klavier, Geige, Blockflöte und Gitarre. Er ist 28 Jahre alt. Uve Müllrich kam vor drei Wochen zu uns und löst Volker Hiemann an der Leadgitarre ab. Ob er auch singen kann, weiß keiner. Im privaten Bereich zeigt er ausgesprochen kabarettistische Fähigkeiten, die uns sicher auf der Bühne zugute kommen werden: er trinkt kein Bier!! Uve schlägt sich seit sechs Jahren als Berufsmusiker durchs Leben. In England hat er als Baßmann mit ehemaligen Musikern von Jucy Lucy zusammen gespielt. Er ist 25 Jahre alt. Übrig bleibt nur noch Kalle Scherfling, der die Texte herstellt und den bisher größten Teil der schauspielerischen Arbeit macht. Andi und er sind die Ältesten der Gruppe.

Auftritte

Keiner kann eigentlich so recht sagen, wie unser Bühnenaufbau zustande kommt. Vor allem seit unsere Anlage um eine zusammenklappbare Bühne erweitert wurde. Geheimnisse. Mächte lenken uns wohl, wenn wir Anlage samt Bühne aufbauen. Vor dieser Bühne (genauer vor dem Vorhang) spielen wir die Szenen, dahinter steht die Anlage mit Boxen und Verstärkern, und auf dem Boden liegen Kilometer von Kabeln. Während einer die Gruppe dem Publikum vorstellt, steht unser „Elektroniker“ Uwe, dem an dieser Stelle einmal der Dank der Gruppe ausgesprochen werden soll, also unser Uwe steht dann zwei Minuten vor dem Auftritt mit lauwarmem Lötkolben hinter der Bühne und lötet Kabel. Wie, weiß keiner. Will auch keiner wissen. Hauptsache die Anlage „steht“.



Übrigens bestehen seit Gründung der Gruppe irgendwelche ausgereiften Pläne in irgendwelchen Köpfen der Gruppe, wie man das Kabelchaos auf der Bühne ordnen kann. Wir können dem interessierten elan-Leser hier an dieser Stelle sagen: Die Diskussion wird in freundschaftlicher Atmosphäre und solidarischer Grundhaltung geführt ... und geführt ... und geführt.

Programme

„Kollege Klatt“, eine Rockstory. Danach kam im Februar 1973 unser Vorstoß zum Rock'n Roll Theater. Das Stück heißt „James Blond, den Lohnräubern auf der Spur“. Der erste Versuch, Rockmusik mit Theatermitteln verbinden. Wir hatten Angst, dem Publikum diese neue Sache vorzuführen, aber der Erfolg des letzten Jahres hat uns Mut gemacht. Unser erstes Programm „Menschen, Mieten, Spekulanten“ wird totales „Rocktheater“. Wir glauben, daß wir da Neuland erschlossen haben, das andere Gruppen anregen wird.

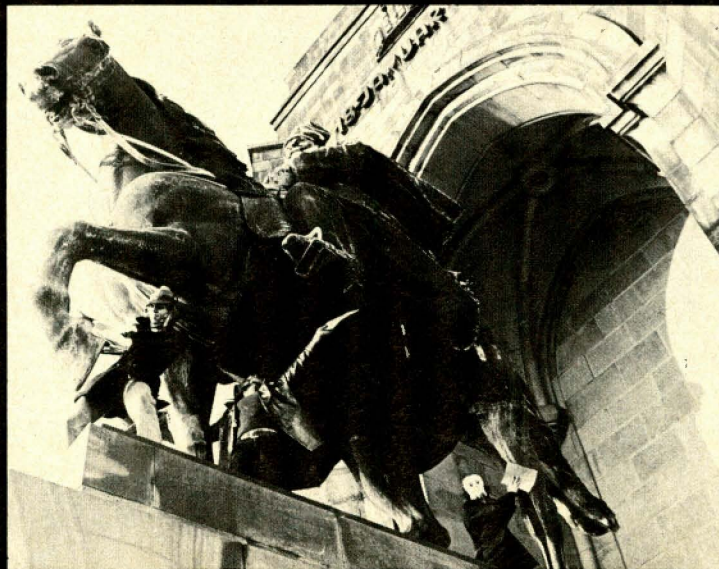
Zu unseren Produktionen des letzten Jahres gehörte die Plattenproduktion des „Blond“ und die Produktion der Filmmusik eines Films von Christian Ziewer und Klaus Wiese, die „Liebe Mutter, mir geht es gut“ gemacht haben. Der neue Film wird dieses Jahr im Fernsehen gezeigt.

Das Publikum

Man sollte annehmen, daß ein Publikum eine Anhäufung von Menschen die weiter nichts gemeinsam hat als die Eintrittskarte und den Spaß (oder auch nicht) am Programm. Schluß. Aus. Noch ein Bier in der nächsten Kneipe und dann ins Bett.

Wir haben im letzten Jahr vor rund vierzigtausend zumeist Jugendlichen gespielt und können einiges über die Reaktion des Publikums sagen. Grundsätzlich reichte es den Zuschauern nicht, nur angehört und zugeschaut zu haben. Man will durch Kritik und Anregung Einfluß auf das Programm nehmen, auf ein Programm, das den Anspruch hat, die Probleme jugendlicher darzustellen. Auf eine Diskussion in Nürnberg hin (wir diskutieren übrigens grundsätzlich nach unseren Programmen) haben wir den Schluß unseres „Blond“ umgeschrieben und, wie wir glauben, verbessern können. Das Publikum schreibt also an unseren Programmen mit. Wir können natürlich nicht jede Anregung und berechtigte Kritik sofort im laufenden Programm verwirklichen, aber durchaus für kommende Programme bewerten. Wer von den elan-Lesern Lust und Zeit hat, uns zu schreiben, was er von einer Gruppe wie der unseren erwartet, dem wären wir für seine Mitarbeit dankbar. Wir können natürlich nicht versprechen, jedem zu antworten, wollen uns aber darum bemühen. Sonst sehen wir uns vielleicht beim nächsten Auftritt.

Unsere Adresse:
Andi Brauer
1 Berlin 19
Schlüterstraße 28



Das war die Riesen-Lok-Tat!
Zuerst wurde der olle Wilhelm samt Pferd zünftig mit einem Feuerwehrschauch gesprengt. Eine wahre Roßkur bei dem kalten Wetter! Wenn sich da nur nicht der Tierchutzverein beschwert. Dann gings unverzüglich ans Schleifen. Mit Schmirgelpapier. Das war vielleicht eine Sache! Die Lok-Leute vergossen zur Abwechslung mal Schweiß beim Arbeiten. Und kamen gleich zu neuen Erkenntnissen: Sollten sie noch mal zum Sprengen und Schleifen kommen, werden sie eine Schleifmaschine benutzen!



„Heizer hin, Heizer her – laut Beschluß unserer Landesregierung nehmen Sie als Sympathisant der DKP maßgeblichen Einfluß auf unser Schulklima!“

Der 10-Prozent-

Knüller!

Alle gut festhalten — Es zieht mächtig — 1974 wird ein Rekordjahr — Noch nie war die Rüstung in der BRD so hoch — Und so teuer — Über 40 Milliarden — 10 % davon werden jetzt gekürzt — Hat da einer gelacht? — Diese Story muß nicht Science-Fiction bleiben — Wenn alle mitmachen —

Von Peter Bubenberger

„Mensch, schon gehört? Endlich werden in unserer Stadt die Jugendfreizeitheimen gebaut, für die wir demonstriert haben! Und nicht nur bei uns — überalle, von Flensburg bis Konstanz!“

Studentenvollversammlung in einer beliebigen Universitätsstadt der BRD:

„Also, Kommilitonen, den Sternmarsch auf Bonn für die Erhöhung der BAFÖG-Sätze können wir abblasen. Unsere Forderungen sind erfüllt.“

In der Stadtratssitzung einer Kreisstadt irgendwo in Niedersachsen oder Hessen:

„Wir haben es geschafft. Wo der Truppenübungsplatz hin sollte, können wir jetzt endlich das Erholungsgebiet einrichten. Denn die Bundesregierung macht endlich mit dem 10-Prozent-Knüller!“

Zugegeben. So ist es noch nicht. Aber so könnte es sein



„Daß die UdSSR abrüstet, ist eine besondere Hinterhältigkeit des Kommunismus. Deshalb müssen wir 1974 zwei Milliarden mehr in die Rüstung stecken!“

. . . ja, wenn die Bundesregierung eben nicht mehr auf das Kommando der Rüstungsbosse hören würde, sondern entsprechend dem Willen der arbeitenden Menschen handeln würde.

Im September 1973 wurde die BRD zum gleichen Zeitpunkt Mitglied der UNO als folgende Meldung durch die Weltpresse ging: der sowjetische Außenminister Gromyko machte den Vorschlag, daß alle Staaten, beginnend mit den Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates, ihren Rüstungsetat um 10% senken sollten. Als erste konkrete Maßnahme zur allgemeinen und weltweiten Abrüstung.

Kurz darauf folgte eine zweite Meldung: UdSSR senkt Rüstungsausgaben um 300 Millionen Rubel . . . die Sowjetunion ist damit die erste große militärische Macht der Erde, deren Rüstungsetat unter 10 Prozent des Gesamthaushaltes liegt, nämlich bei genau 9,1% (zum Vergleich: in der BRD sind es für 1974 alles in allem rund 40%)!

Wer also gedacht hatte, der sowjetische Außenminister Gromyko betätige sich neuerdings als Autor politischer Science-Fiction-Stories, sieht sich getäuscht.

Getäuscht sehen sich bisher aber auch alle, von deren Forderungen oben in unserer Geschichte die Rede ist: anstatt mitzumachen beim 10-Prozent-Knüller, ging die Bundesregierung auf einen neuen Rüstungs-Horror-Trip: mit runden 44 Milliarden DM haben die Rüstungsausgaben im Jahr 1973 alle Rekorde geschlagen. Jugendzentren, Erhöhung der BAFÖG-Sätze, Erholungsgebiete, Kindergärten, Krankenhäuser — ade? Warum eigentlich? Warum gehen wir eigentlich der Bundesregierung nicht mit den 10 Prozent auf die Nerven? Dauernd, in jeder Ausgabe unserer Betriebs- und Schülerzeitung? Konkret, bei jeder sozialen Forderung, die uns auf den Nägeln brennt? Alle zusammen, in gemeinsamer Aktion? Denn das ist der eigentliche Knüller an den 10 Prozent: 1974 könnten in der BRD zum Beispiel von den runden 4,5 Milliarden DM, die eingespart würden, runde 300 Jugendfreizeitzentren gebaut werden. Das ist schon mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.



Stufen- ausbildung

Die Jugendvertretung der Siemens AG in Bremen hat ein Rundschreiben an alle Jugendvertretungen gesandt. Es geht um die bei Siemens eingeführte Stufenausbildung. Der Jugendvertretung geht es darum, daß bei der Stufenausbildung nicht das Profitinteresse der Unternehmer im Vordergrund stehen darf.

In dem Brief heißt es: „Als erste Schritte sehen wir, auf Jugendversammlungen Resolutionen zu verabschieden und die Gewerkschaftsjugend und Betriebsgruppen in dieser Richtung zu aktivieren. Wir müssen den organisierten Unternehmern eine organisierte Arbeiterjugend entgegenstellen, denn wir haben ein Recht auf eine demokratische und fortschrittliche Berufsausbildung.“

Solidarität mit Chile

Im Dezember beschloß die Vertreterversammlung der IGM in Remscheld, die 11 000 organisierte Metaller vertritt, eine Entschließung gegen den faschistischen Putsch in Chile. In der Entschließung heißt es: „Wir protestieren auf das Schärfste gegen die Verfolgung und Ermordung Tausender chilenischer Gewerkschafter, gegen das Verbot des chilenischen Gewerkschaftsbundes und anderer demokratischer Organisationen und Partelen des Landes. Wir fordern die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten des Bundestages auf, von der Bundesregierung die sofortige Einstellung jeglicher Hilfe für die Militärjunta zu verlangen und sich für die ungehinderte Aufnahme verfolgter chilenischer Demokraten einzusetzen.“

Bei BASF der Dritte

Im Mai 72 wurde Dietmar Thieser von seinen Kollegen bei der BASF in Ludwigshafen zum Jugendsprecher gewählt. Am 2. 1. 74 mußte er zum Bund. Obwohl er in 1. Instanz als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden war. Er ist damit schon der 3. Jugendvertreter der BASF, der in einer Legislaturperiode zur Bundeswehr eingezogen wird. Im Fall Dietmars kam es zu einer breiten Solidarisierung: die Jugendgruppen der IG Druck und Papier, der IG Chemie und der Postgewerkschaft, Jusos, SDAJ, Naturfreunde MSB Spartakus, SHB und viele andere forderten, daß Dietmar Thieser und ebenso alle anderen amtierenden Jugendvertreter und jungen Betriebsräte vom Wehr- und Ersatzdienst zurückgestellt werden.

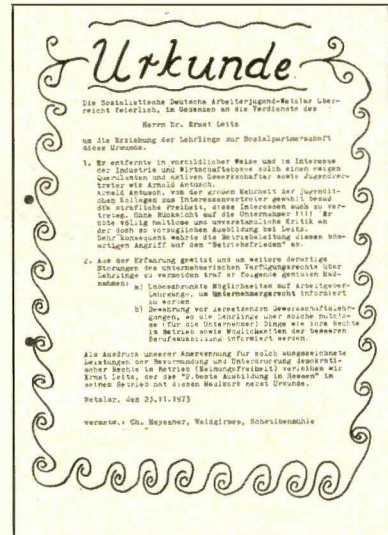
ARBEITERJUGEND

1869 - 1969
Reichsgewerbeordnung
1969 - 1974
Berufsbildungsgesetz

105 Jahre gesetzlich garantierte Lehrlingsausbeutung

Die Arbeiterjugend fordert 1974 endgültig ein Berufsbildungsgesetz, das ihren Interessen und nicht denen der Bosse entspricht. Denn 1974 ist die Lehrlingsausbeutung 105 Jahre lang gesetzlich garantiert. Und das sind 105 Jahre zuviel! Um den Forderungen der Arbeiterjugend Nachdruck zu verleihen, hat der Bundesvorstand der SDAJ die abgebildete Postkarte an den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Klaus von Dohnanyi, herausgebracht. Und wie wird's gemacht? Einfach bestellen bei: SDAJ, 46 Dortmund, Sonnenscheingasse 8, Unterschriften und Briefmarke drauf, in den Briefkasten werfen — fertig!

Maulkorb-Urkunde für Leitz



Die Leitz-Werke in Wetzlar wurden von der SDAJ einer besonderen Ehrung würdig befunden. Für ihre hervorragenden Verdienste um die Erziehung der Lehrlinge zur Sozialpartnerschaft erhielt Dr. Ernst Leitz die Maulkorb-Urkunde. Er tat sich durch die Entlassung des Jugendvertreters Arnold Antusch

ebenso hervor, wie dadurch, daß er junge Kollegen daran hinderte, einen DGB-Lehrgang zu besuchen. Dafür ist er aber jederzeit bereit, Lehrlinge für Arbeitgeberlehrgänge freizustellen. Da trägt er sogar die Unkosten! Jetzt sind diese Verdienste endlich einmal entsprechend gewürdigt worden.

Arbeitslosigkeit — Wer ist schuld?



In den letzten Monaten häuften sich Meldungen über Kurzarbeit, Betriebsstillegungen und Entlassungen. Für das Jahr 1974 werden Arbeitslosenzahlen von 750 000 vorausgesagt.

In Hagen kennt man diese Probleme schon seit einiger Zeit, denn in den letzten Jahren machten dort zahlreiche große und mittlere Betriebe dicht. Mit fast 3 Prozent hat Hagen eine der größten Arbeitslosenraten in der BRD. Die Hagener SDAJ nahm sich dieser Frage an, da weder die Stadtverwaltung noch die

Landesregierung von NRW irgendwelche Aktivitäten erkennen ließen. Denn von diesen Pleiten ist gerade auch die arbeitende Jugend betroffen. Lehrlinge suchen neue Ausbildungsplätze, ausgebildete Facharbeiter bekommen keine Arbeit auf ihrem Gebiet vermittelt.

So zog die SDAJ vors Rathaus und zeigte dort ihr eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm: sie zersägten Dachlatten, hämmerten und werkten herum. In Flugblättern und Diskussionen machten sie die Passanten auf die Probleme der Arbeitslosen

und die Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze aufmerksam. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, daß diese Krisensituation nicht mit der Ölkrise bemäntelt werden kann, sondern daß ihre Ursache einzig und allein in der Profitsucht der Konzerne liegt. Zum Schluß wurden die zersägten Dachlatten verteilt, um der Energiekrise vorzubeugen, und ein zusammengehacktes Kunstwerk sollte zugunsten der notleidenden Industrie versteigert werden: erstes Gebot: 30 Mill. DM. Aber da wollte niemand anbeißen.

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Die „Kneifzange“, die Zeitung der SDAJ für Lehrlinge und Jungarbeiter bei der August-Thyssen-Hütte in Duisburg, setzt sich mit dem Tarifabschluß der IGM in NRW auseinander, der den Lehrlingen 50,- DM mehr bescherte:

Nun sind sie endlich da, die neuen Tarife für Auszubildende. 50 DM erhalten alle mehr und 11 Prozent die älteren Kollegen. Aber wie

wir alle wissen, sind 50 DM viel zu wenig. Die Preise steigen und steigen. In den vergangenen Monaten ist auf die Geldbeutel der arbeitenden Menschen ein Anschlag nach dem anderen verübt worden. Besonders hart davon sind natürlich diejenigen, die ohnehin mit dem kärgsten Lohn auskommen müssen, die Lehrlinge, betroffen. Von der großen Masse der Lehrlinge wurden die neuen

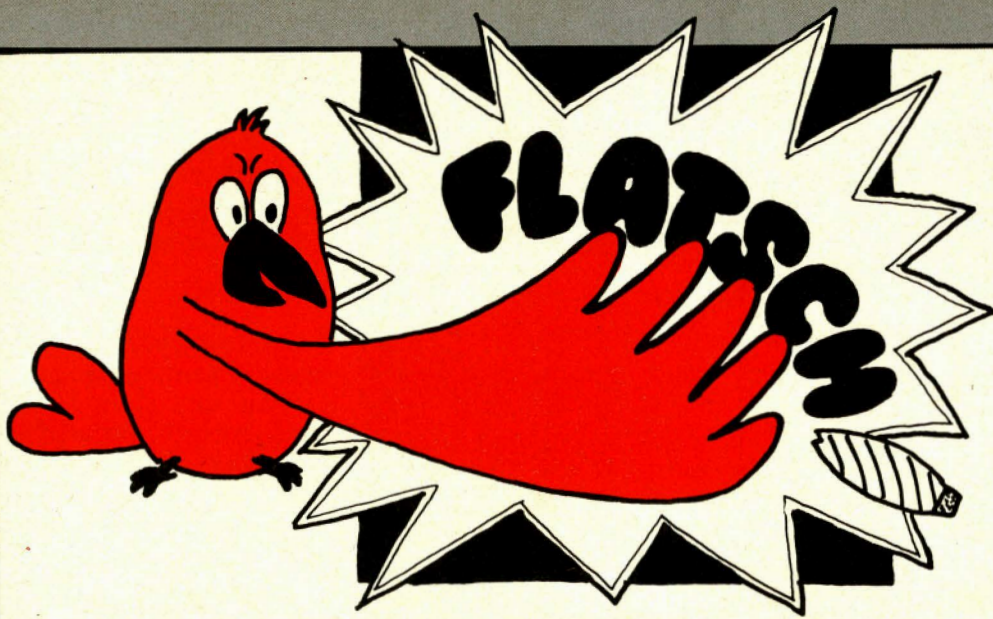
Für bessere Berufsausbildung

Im Jahre 1974 steht ein neues Berufsbildungsgesetz an. Die Markierungspunkte der Regierung zeigen: auch diesmal hat die Arbeiterjugend kein Gesetz in ihrem Interesse zu erwarten, wenn sie die Hände in den Schoß legt. Was kann man tun? Ein gutes, aktionsbezogenes Beispiel gab die Jugendmitgliederversammlung des DGB-Kreises Stuttgart. Sie forderte den Landesjugendbezirksausschuß und den Bundesjugendausschuß des DGB auf, „darauf hinzuwirken, eine zentrale Demonstration für die Forderungen der Gewerkschaftsjugend zur Verbesserung der Berufsausbildung“ durchzuführen.



Am 23. Februar um 15.10 Uhr lohnt es sich, den Fernseher einzuschalten, und zwar das erste Programm. Dann kommt „Klatschmohn“. Thema: „Warum Geld nicht stinkt.“ In der Sendung werden Lehrlinge in dieser Frage interviewt.

Tarife abgelehnt. Ein Jugendvertreter äußerte dazu: „Was wir brauchen, sind keine 50 DM, sondern mindestens eine Lohnerhöhung von 150 bis 180 DM, um die Preissteigerungen auszugleichen. Die Bosse machen Riesengewinne und wir sollen uns mit 50 DM zufrieden geben. Die Bosse sollen und müssen zahlen. Unser Kampf für einen besseren Lehrlingslohn geht weiter!“



DER ROTE KUCKUCK IN AKTION

Hamburg:

Kuckuck bei Phoenix auf der Lauer

Der Rote Kuckuck lag auch bei Phoenix in Hamburg auf der Lauer: die Phoenix-Bosse

haben einen Rationalisierungsfeldzug geplant und Entlassungen angekündigt. Ein erstes Opfer ist die Kollegin Erika Schneider, die nach Ende ihrer Ausbildung fliegen soll. Sieben SDAJler sorgen dafür, daß der Rote Kuckuck in die Lehrwerkstatt, in den Betrieb und die Büros gelangt. Noch am selben Tag wird Erika zum Personalbüro gerufen. Man teilt ihr mit, daß sie eine schriftliche Bestätigung für ihre Übernahme nach der Ausbildung bekommt.

Solingen:

Gegen Preistreiber-Stadtrat

In Solingen beehrte der Rote Kuckuck den Stadtrat. Gerade als mal wieder über die Erhöhung einiger Gebühren debattiert wurde: Fahrpreise, Gas, Wasser, Straßenreinigung und einiges mehr sollen teurer werden. Nach einer Pause prangte der Rote Kuckuck neben dem Rednerpult, und die SDAJ protestierte in Flugblättern gegen den Preistreiber-Stadtrat.

Wiesbaden:

Was heißt hier SBZ?

Für den Roten Kuckuck gibt es keinen Winterschlaf. Er ist immer aktiv! In der Hans-Böckler-Schule in Wiesbaden mußte er mal kurz eine längst überfällige Landkarte beschlagnahmen, die in einem Schaukasten in der Pausenhalle hing. Auf dieser Karte gab es nämlich noch eine SBZ (Sowjetisch besetzte Zone) — obwohl da seit nunmehr fast 25 Jahren die DDR liegt. In einem Flugblatt wurde die Pfändung für die große Pause angesagt.

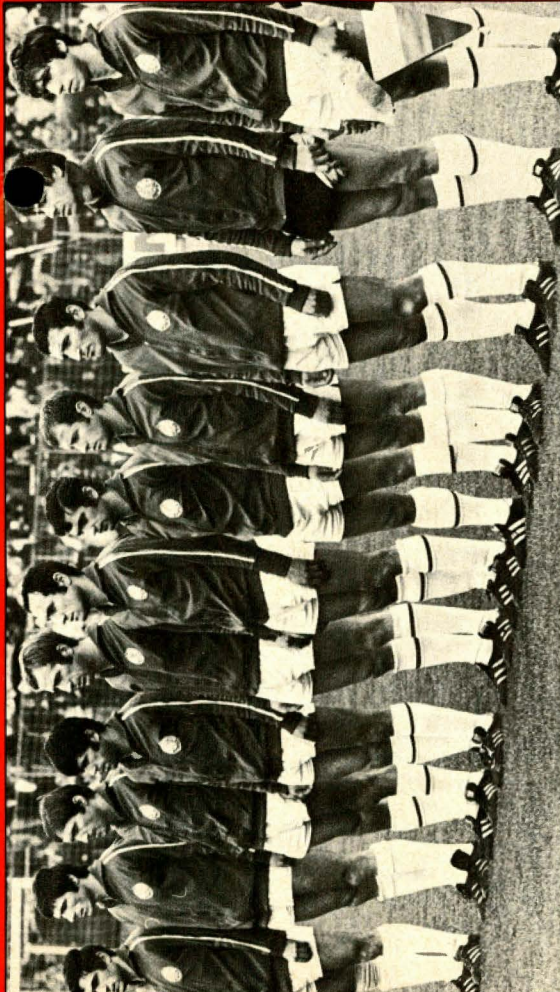
Das brachte den Lehrkörper in hektische Aufregung, und man zog es vor, die Landkarte vor diesem Termin still und heimlich aus dem Verkehr zu ziehen!

Idar-Oberstein:

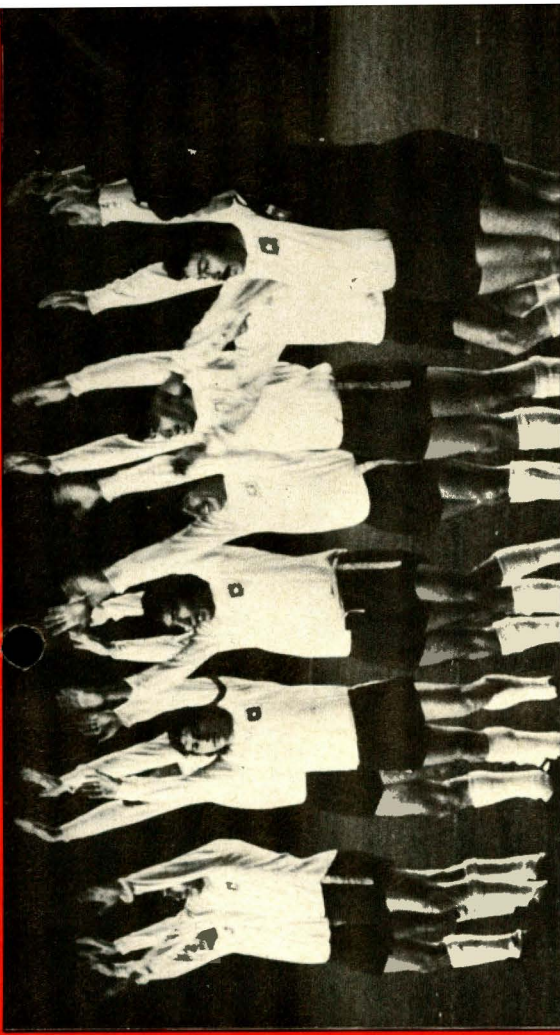
Pfandsiegel für Rauschmeißer

„Sehr geehrter Herr... nachdem Ihr Lehrvertrag am 9. Februar 1974 ausläuft, teilen wir Ihnen mit, daß wir nicht beabsichtigen, ein anschließendes Arbeitsverhältnis mit Ihnen einzugehen.“ So teilte K. W. Schmidt, Chef der Metallwarenfabrik Gebr. Schmidt, zwei Jugendvertretern und zwei weiteren Lehrlingen ihre Kündigung mit. Dasselbe hatte er schon im letzten Jahr praktiziert. Seine arbeiterjugendfeindliche Haltung, seine Lügen in einer Sendung des Südwestfunks (die Jugendvertreter seien nur entlassen worden, weil sie schlechter als die anderen Lehrlinge seien) und sein jahrelanger Widerstand gegen Verbesserungen im Idar-Obersteiner Verkehrsbereich machten ihn reif für den Roten Kuckuck. Gleichzeitig wurde ihm, in Anbetracht seiner besonderen Verdienste, der „Herr-im-Hause-Orden“ verliehen.

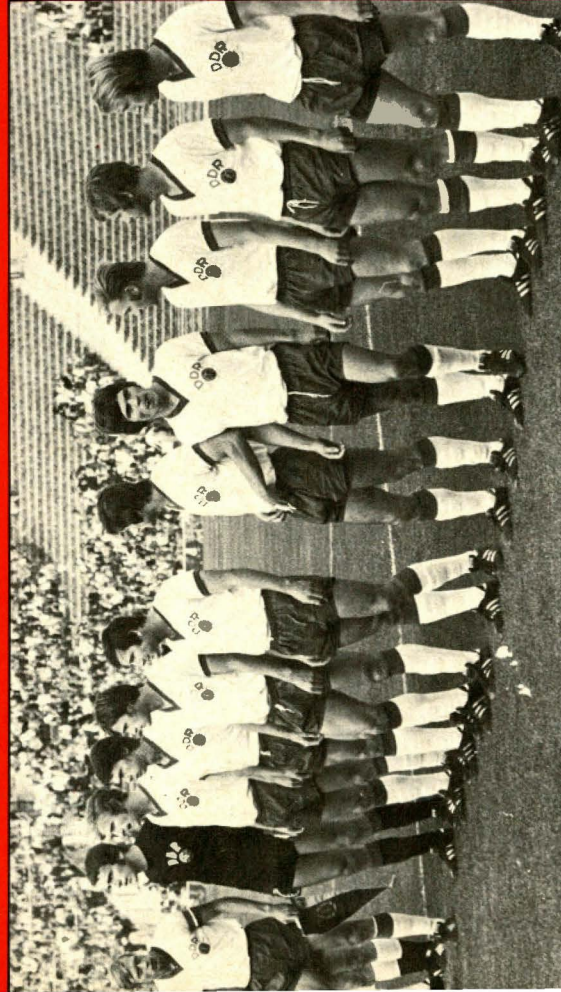




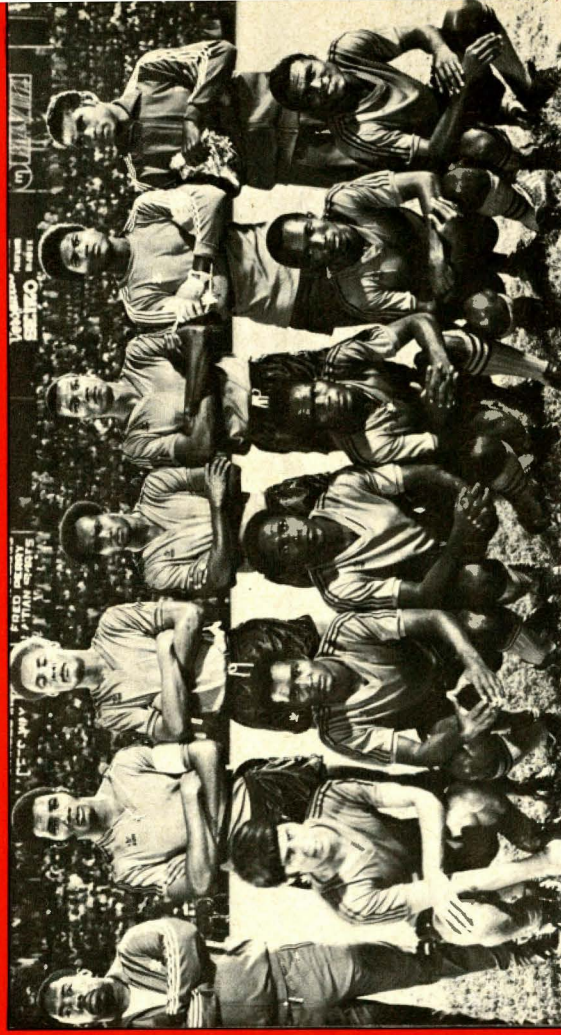
Volksrepublik Bulgarien, von links: Stojanov, Zafirov, Aladjov, Vassilev, Iokov, Kolev, Michailov, Derev, Penev, Jordanov, Bonev



Chile, von links: Yavar, Crisosto, Quintano, Valdes, Arias, Ahumada, Machuca, Figueroa, Reinoso, Caszelly, Olivares.



DDR, von links: Branch, Croy, Kreische, Sparwasser, Zapf, Ducke, Vogel, Pommerenke, Streich, Weise, Kische.



Haiti; oben (von links): Masseur Oriole, Nazaire, Saint Josef, Formose, Antoine, Bathelemy, Betreuer; unten: Vorbe, Fritz Andre, Desir, Sanon, Leandre, Racine.

Republik Haiti

Zum erstenmal nimmt eine Mannschaft aus Haiti an der Fußball-Weltmeisterschaft teil. In der Qualifikation spielte Haiti gegen Trinidad, Honduras, Guatemala, Antillen und Mexiko.

Als sensationell wurde bewertet, daß die mexikanische Mannschaft in der Qualifikation das Nachsehen hatte.

Trotzdem gehört Haiti zu den krassen Außenseitern bei dieser WM.

Haiti, Republik Haiti (République d'Haiti); Republik in Mittelamerika im Westteil der gleichnamigen Insel. (Im Osten der Insel liegt die Dominikanische Republik, die ebenfalls von einem reaktionären, US-hörigen Regime beherrscht wird.) 27 750 Quadratkilometer, (1970) 4,9 Millionen Einwohner; Hauptstadt: Port-au-Prince; Verwaltungsgliederung in 5 Departements (Bezirke); Amtssprache Französisch. Haiti wurde 1492 von Kolumbus bei seiner ersten Amerikafahrt entdeckt und gehörte seitdem zum spanischen Kolonialbereich.

1697 mußte Spanien die Westhälfte der Insel an Frankreich abtreten. Unter dem Einfluß der französischen Revolution

von 1789 entwickelte sich dort eine Unabhängigkeitsbewegung, die 1804 die erste freie Negerrepublik der Welt proklamierte. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war von Machtkämpfen rivalisierender Gruppen gekennzeichnet, die den zunehmenden Einfluß ausländischer Mächte begünstigten.

1915 intervenierten die USA mit Marinetruppen und installierten ein Marionettenregime. Wiederholt kam es zu Aufständen gegen die Besatzungsmacht. 1934 konnte die Befreiungsbewegung den Abzug der USA-Truppen erzwingen. Die proamerikanischen Regimes blieben — trotz einiger Aufstände gegen die brutale Unterdrückung. Seit Oktober 1957 regierte der Diktator F. Duvalier. Seine Innenpolitik war durch einen hemmungslosen Terror gegen alle oppositionellen Kräfte gekennzeichnet.

Gestützt auf den Einfluß der Geheimpolizei erklärte sich Duvalier 1964 zum „Präsidenten auf Lebenszeit“.

An der Spitze des Kampfes gegen die Diktatur steht die „Vereinigte Partei der Kommunisten Haitis“ (PUCH).

Nachfolger des Diktators Duvalier (gest. April 1971) wurde dessen Sohn Jean Claude.

Republik Chile

Zum fünftenmal nimmt die chilenische Fußball-Nationalmannschaft an einer Fußball-WM teil.

Qualifizieren konnte sich die Mannschaft lediglich gegen Peru. Gegen die Sowjetunion fand nur ein Spiel in Moskau statt (0:0). Die sowjetische Mannschaft lehnte es nach dem Militärputsch in Chile ab, im KZ-Stadion von Santiago zu spielen. Die FIFA folgte der Argumentation der chilenischen Putschisten und schloß die sowjetische Mannschaft von der WM-Teilnahme aus.

Chile, Republik Chile (República de Chile); seit dem 11. 9. 1973 Militärdiktatur an der Westküste Südamerikas, einschließlich zahlreicher Inseln im Stillen Ozean, die heute teilweise als Konzentrationslager für Politiker und Anhänger der Unidad Popular mißbraucht werden; Einwohner Chiles: (1970) 9,7 Millionen; 756 945 Quadratkilometer; Hauptstadt Santiago de Chile; Verwaltungsgliederung in 25 Provinzen; Amtssprache Spanisch.

In den Jahren nach 1535 eroberten die Spanier von Peru aus Chile, das bis dahin von

den Inkas beherrscht wurde. Die Indianer wurden von den Spaniern als Sklaven unterworfen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war Chile unter starken Einfluß Großbritanniens geraten, das zwei Drittel des chilenischen Exports beherrschte. Zwischen den beiden Weltkriegen entstand unter maßgeblichem Einfluß der KP die Volksfront, deren Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 1938 siegte und bis 1941 regierte.

1970 vereinigten sich KP, Sozialisten, Radikale, MAPU und andere Gruppen zur Unidad Popular. Mit 36 Prozent aller Stimmen ging Salvador Allende aus den Wahlen als Sieger hervor.

Die Regierung der Volksfront leitete ein umfangreiches Sofortprogramm ein:

Die nationale Reaktion bekämpfte im Bündnis mit dem US-Geheimdienst CIA und multinationalen Konzernen die Unidad Popular und scheute kein Verbrechen. Am 11. 9. 1973 riß eine Militärjunta die Macht an sich, ermordete den Präsidenten und Zehntausende Anhänger der Volksfront. Trotz des brutalen Terrors gelang es ihr nicht, den Widerstand des chilenischen Volkes zu brechen.

Deutsche Demokratische Republik

Auch die DDR-Mannschaft gehört zu den Neulingen bei der Fußball-Weltmeisterschaft.

Dabei kann die Mannschaft eine gute Bilanz für das Jahr 1973 vorlegen. Von 13 Länderbegegnungen gingen nur die Spiele gegen Rumänien (0:1) und gegen Belgien (0:3) verloren. Das DDR-Team dürfte nicht unbedingt zu den Punktelieferanten für die „großen“ Mannschaften gehören.

Deutsche Demokratische Republik; sozialistische Gesellschaftsordnung; 17 043 000 Einwohner; davon mehr als 5,5 Millionen Jugendliche unter 21 Jahren; die DDR gehört zu den zehn leistungsfähigsten Industriestaaten der Welt.

Nach der Zerschlagung des Faschismus 1945 begann die Bevölkerung mit Unterstützung der sowjetischen Militäradministration, erste anti-imperialistisch-demokratische Maßnahmen zu verwirklichen. 1947 und 1948 schufen reaktionäre und rechte sozialdemo-

kratische Führer mit Unterstützung der Westalliierten in den Westzonen separate Verwaltungsorgane, führten die Währungsreform ein und spalteten Deutschland endgültig mit der Gründung der BRD im September 1949.

Am 7. Oktober 1949 erfolgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Verfassung der DDR und alle wichtigen Gesetzesentwürfe wurden vor ihrer Verabschiedung in der Bevölkerung diskutiert und verbessert.

Die führende Rolle spielt die Arbeiterklasse. So sind 43,8 Prozent der Volkskammerabgeordneten Arbeiter, 15,4 Prozent sind Bauern und 20,4 Prozent Angestellte.

Die besondere Aufmerksamkeit der Gesellschaft gilt der Jugend und ihrer sozialistischen Organisation der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Nach fast 20 Jahren vergeblicher Versuche der Herrschenden in der BRD, die DDR für sich zu beanspruchen, wurde die DDR (wie die BRD) im September 1973 in die UNO aufgenommen, nachdem beide Staaten einen völkerrechtlich bindenden Grundlagenvertrag abgeschlossen hatten. Die Souveränität und Unantastbarkeit der DDR ist weltweit endgültig anerkannt und gesichert.

Volksrepublik Bulgarien

Bulgarien, Volksrepublik Bulgarien (Narodna Republika Băgarija); sozialistischer Staat in Südosteuropa; 110 912 Quadratkilometer, (1970) 8,5 Millionen Einwohner; Hauptstadt Sofia; Verwaltungsgliederung in 30 Bezirke; Amtssprache Bulgarisch.

Um 680 gründeten die vordringenden Bulgaren mit mehreren Slawenstämmen im Kampf gegen Byzanz einen ersten slawisch-bulgarischen Staat. Bis 1018 gelang es Byzanz wieder, Bulgarien zu unterwerfen. Nach einem Aufstand im Jahr 1185 dauerte das II. Bulgarenreich bis zum Jahr 1396.

Dann eroberten die Türken das Land. Erst der russisch-türkische Krieg brachte 1878 die Befreiung Bulgariens von der 500jährigen türkischen Unterdrückung.

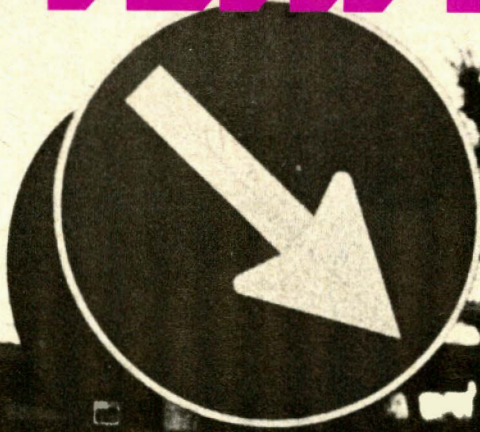
Die bürgerliche Herrschaft dauerte bis ins Jahr 1944. Seit 1923 regierten faschistische

oder volksfeindliche Regime. Der antifaschistische Septemberaufstand 1923 unter der Führung Georgi Dimitroffs wurde blutig niedergeschlagen. Die KP wurde verboten. 1941 unterwarf sich die bulgarische Regierung dem Hitlerfaschismus als militärisches Aufmarschgebiet.

Die bulgarische und die deutsche Arbeiterklasse waren im Kampf gegen den Faschismus eng verbunden.

Das große Vorbild der bulgarischen Jugend ist Georgi Dimitroff, Generalsekretär der Kommunistischen Internationale und später Vorsitzender der KP, dem es 1933 gelang, getragen von der weltweiten Solidarität, seine Freilassung aus den faschistischen deutschen Kerkern zu erzwingen. Der Volksaufstand vom 9. 9. 1944 eröffnete für Bulgarien die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Bulgarien erklärte Hitlerdeutschland den Krieg und nahm an der Seite der Sowjetarmee an der Befreiung der Völker Südosteuropas vom Faschismus teil. Heute ist die Volksrepublik Bulgarien fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft und unterstützt aktiv den Kampf der Völker gegen die imperialistische Aggressionspolitik.

MIT ACHTZEHN STEMPELN GEHEN



RHEINSTAHL



Aktion Rhein Stahl Kollegen!
Ich komme!
Am 18. Januar um 14 Uhr

Der „Rote Kuckuck“ über Rhein Stahl! Was hat er dort zu suchen? 12 Auszubildende sollen im Dortmunder Betrieb nach ihrer Prüfung fliegen. „Da hat man nun drei Jahre lang gelernt. Man denkt, daß man nun endlich mal Geld in die Finger bekommt. Und dann so ein Brief: ‚Sehr geehrter Herr . . . , leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir z. Z. keine Möglichkeit sehen, Sie nach beendeter Ausbildung in unserem Hause einzusetzen. Wir werden Sie daher auch nicht in das Angestelltenverhältnis übernehmen können. Dies teilen wir Ihnen gem. § 7 des Berufsausbildungsvertrages vorsorglich mit, damit Sie Ihre Dispositionen für die Zeit nach der Beendigung der Ausbildung treffen können . . . ‘ Drei Jahre gelernt, für’s Stempeln gehen!“ So denken die 12. Und sie haben inzwischen gemerkt, daß es gar nicht so einfach ist, in ihrem erlernten Beruf eine neue Stelle zu finden.

Mit 18 stempeln gehen

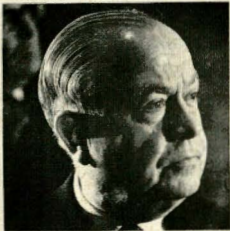
gesagt wird, wer wirklich überflüssig im Konzern ist: nämlich eben diese Fiona und Konsorten. Im Betrieb gehen die Steckbriefe von Hand zu Hand, und es wird viel diskutiert.

Kuckuck! Kuckuck!

Beim nächsten Mal: „Was habt ihr denn heute Schönes? Wen habt ihr denn da auf dem Kieker?“ Diesmal ist Günter Sohl dran, der überflüssigste Mann beim Thyssen-Konzern. Die Kollegen haben ihren Spaß — und denken darüber nach. Und dann: der „Rote Kuckuck“. Schon eine Woche vorher hat er sich ange-

Jugendliche im Arbeitsamt Dortmund. „Für Angestellte ist die Vermittlung schwierig, sagten sie mir.“

Kennen Sie diesen Herrn wirklich?



Hans-Günter Sohl

Das ist Dr. Ing.-h.c. Hans-Günter Sohl, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG. Er ist ein Mann, der die Interessen der Aktionäre vertritt. Er ist ein Mann, der die Interessen der Aktionäre vertritt. Er ist ein Mann, der die Interessen der Aktionäre vertritt.

SDAJ → Gegen Unternehmerrisiko — für die Grundrechte der Jugend
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend



„Was, Sie sind 18? Da waren Sie doch sicher noch nicht beim Bund? Ja, ob sich da was machen läßt...“ So hört es Uwe B., einer der 12, beim Arbeitsamt. Denn welcher Unternehmer nimmt schon einen Jugendlichen, dem er voraussichtlich für 15 Monate einen Arbeitsplatz freihalten soll? Und so werden die 12 wohl bald fürs erste stempeln gehen müssen. Das Stempelgeld wird auf der Grundlage der Ausbildungsbeihilfe berechnet. Es wird also kümmerlich genug ausfallen. Die 12 sind nicht die einzigen bei Rheinstahl, die in eine unsichere Zukunft blicken. Seit der „Elefantenhochzeit“ von Thyssen und Rheinstahl wird Rationalisierung großgeschrieben. Für 438 Rheinstahlkollegen werden die blauen Briefe schon geschrieben. Aber die 12 wollen nicht kampflos klein beigeben. Sie veröffentlichten einen offenen Brief, in dem sie die Gewerkschaften, die Bundesregierung

und die demokratischen Jugendorganisationen zur Solidarität aufrufen. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall stellte sich hinter die 12. „Na, klar. Wir sind doch fast alle in der Gewerkschaftsjugendgruppe bei Rheinstahl. Was soll denn aus der werden, wenn wir alle rausfliegen?“ meint einer der 12. „Und überhaupt: Uns sagt man, wir können gehen, weil man keine Arbeit für uns hat. Und im gleichen Jahr stellt man 18 neue Lehrlinge ein, elf kaufmännische und 7 als technische Zeichner.“ Das meint Uwe B. Damit es diesen 18 nicht ebenso ergeht wie jetzt den 12, muß etwas getan werden. Das meinen alle. Das meint auch die SDAJ. Morgens, 6.30 Uhr, vor Rheinstahl. Es ist noch dunkel, und es nieselt. Ein Steckbrief wird verteilt, der von Baronin Fiona Thyssen. Wer von den vielen tausend Arbeitern und Angestellten kennt schon diese Dame? Aber arbeiten tun sie alle für sie. Etwas zweifelnd nehmen viele die Flugblätter, auf denen

kündigt. Am 18. Januar ist es so weit, da schlägt er zu. „Die Tatsache, daß einerseits Hunderte Belegschaftsmitglieder auf die Straße geschmissen werden sollen, während auf der anderen Seite eine Dividendenerhöhung für die Aktionäre vorgeschlagen wird, gibt uns Grund, den Betrieb zu pfänden und die Bosse fristlos zu entlassen!“

Die Chefs haben keine Zeit

Die Herren Personalchefs, Oehler und sein Stellvertreter Vom Bover, waren leider nicht in der Lage, einen Reporter des elan zu empfangen, um dessen Fragen zu diesem Thema zu beantworten. Herr Oehler erholte sich von den Anstrengungen seines Direktorendaseins im Winterurlaub, während Herr Vom Bover vermutlich vom Unterzeichnen der Kündigungsschreiben

Träume sind keine Schäume



Sie träumen von einem Überfall bei nächtlichem Umherirren in unwegsamem Wald- und Sumpfgelände. Obwohl Sie sich mit Händen und Füßen wehren, wird Ihnen von der Räuberbande zynisch sämtliches Hab und Gut abgenommen. Dem Mordbefehl des Gangsterchefs „Jetzt machen wir dich kalt, du Hund!“ begegnen Sie mit einem todesängstlichen Schrei und werden davon wach.

Sie haben als Mieter einer Altbauwohnung den typischen Alptraum des mietergeschädigten Bundesbürgers plastisch nach- und vorgeträumt! Das Traumbild der marodierenden Bande bedarf keiner weiteren Deutung. Bezeichnend ist die Sentenz „Jetzt machen wir dich kalt, du Hund!“ Sie bedeutet, daß der Vermieter erwägt, Ihnen die Heizung zu sperren, falls Sie in den Wintermonaten nicht fünfund-siebzig Mark mehr berappen.



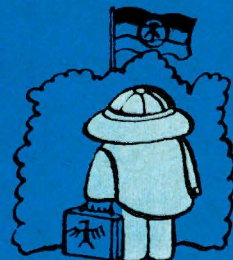
Sie träumen, von jeglicher irdischer Schwerkraft befreit in den Himmel zu fliegen. Immer winziger erscheinen Ihrem Blick die Konturen auf der fernen Erdoberfläche. Allmählich haben Sie das Gefühl, nie wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen.

Wir vermuten stark, daß Ihre Funktion irgend etwas zu tun hat mit der Preisinflation (Bundespostministerium?). – Halten Sie dagegen: Träumen Sie einfach intensiv vom sinkenden Realeinkommen der Bundesbürger. Dann wird aus Ihrem träumerischen Höhenflug bald eine Talfahrt werden.



Sie träumen phasenweise Ihre Metamorphose vom Menschen zur Ölsardine, werden mit zwanzig Ihrer Artgenossen eingedost und leiden an Erstickungsangst.

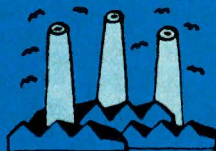
Das von Ihnen geschilderte Traumbild ist eindeutig. Wir sind uns freilich nicht sicher, ob Sie türkischer, griechischer oder sizilianischer Gastarbeiter sind.



Sie träumen eine Robinsonade, indem Sie in entlegener Inselwelt Stille und Einsamkeit zu finden hoffen. Doch wo immer Sie sich allein und unbeobachtet wähen, knackt es im Gebüsch, und ein Igel spricht: „Ick bün all hier!“

Nehmen Sie die Sache nicht tragischer, als sie ist, sondern lieber realistisch. So wie Ihnen geht es auch anderen Kollegen des Bonner Auswärtigen Amtes. DDR-Diplomaten gibt es nun eben einmal mittlerweile in ungefähr hundert Ländern.

Text: Hansgeorg Stengel, Vignetten: Manfred Bofinger



Sie träumen, daß die Arbeiter Ihrer Fabrik streiken.

Was das bedeutet, werden Sie demnächst schon merken.



blätter

Ein Blick in die Bonner Gesetzes-Schubladen

In diesem Jahr werden im Bonner Bundestag Gesetze verabschiedet, die für die gesamte Jugend unseres Landes von großer Bedeutung sind. Elementare Interessen der arbeitenden Jugend in den Betrieben, Büros und Berufsschulen werden mehr als nur berührt – die Grundrechte der Jugend, für die die Jugend in zunehmend breiter Front den Kampf in die eigenen Hände genommen hat, sollen wieder einmal in Gesetzestexten nicht niedergeschrieben und festgelegt werden. Dennoch – wenn sich die Regierenden des kapitalistischen Klassenstaates BRD zur Verabschiedung von Gesetzen verstehen müssen, in denen zum Teil auch die Forderungen der demokratischen Jugendbewegung ihren Niederschlag finden, so spiegelt diese Tatsache das Ergebnis einer Vielzahl von Klassenkämpfen wider, in denen sich die Jugend für ihre Grundrechte engagierte. Wie sind die verschiedenen Gesetze- und Gesetzesentwürfe einzuschätzen und was gilt es zu tun, um die Grundrechte der Jugend auch im Kampf um bessere, den Interessen der Jugend verpflichtete Gesetze, durchzusetzen?

Von Dieter Gautler, Heino Hoffmann und Peter Bubenberger

Anders als beim Berufsbildungsgesetz, beim Jugendarbeitsschutzgesetz und bei der im Dezember 1973 beschlossenen Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes gab es um den „Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes“ keine Bewegung in der arbeitenden und lernenden Jugend unseres Landes. Stellungnahmen zu der 133 Paragraphen umfassenden Vorlage kamen hauptsächlich „von Jugendverbandsleitungen, von Wohlfahrtsorganisationen, von Ministerien des Bundes und der Länder, von Wissenschaftlern und von einigen wenigen interessierten Einzelpersonen“, so stellt es der dem Deutschen Bundesjugendring nahestehende „Jugendpolitische Dienst“ fest.

Das Jugendhilfegesetz wird als ein entscheidendes Instrument staatlicher Jugendpolitik in der BRD die

Rolle und Aufgaben staatlicher und kommunaler Behörden, der Familie, öffentlicher Einrichtungen der Jugendhilfe sowie der „Freien Träger der Jugendhilfe“ (damit sind vor allem die Jugendverbände gemeint) festlegen.

Daß der Entwurf, der bereits am 1. März als Referentenentwurf vorliegen und noch in diesem Jahr Gesetzeskraft erhalten soll (also kaum noch diskutiert werden kann), möglichst ohne große öffentliche Aufmerksamkeit glatt über die jugendpolitische Bühne geht, liegt im Sinn der Bundesregierung, die sehr wohl um den Zündstoff des Entwurfes weiß, der im Kern nichts anderes bedeutet, als die gesetzliche Festschreibung der gegen die Grundrechte der Jugend gerichteten Jugendpolitik der Bundesregierung. Der die Möglichkeiten der demokratischen Jugendverbände

einschränkt, die Mitbestimmung der Jugend und ihrer demokratischen Organisationen ausschließt. Und der allen Kräften in der Jugend, die sich mit dem Ziel der Mobilisierung breiter Teile der Jugend für die eigenen sozialen und politischen Interessen für eine Alternative zu der bestehenden monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung einsetzen, einen Riegel vorschieben will.

Das in § 1 formulierte „Recht auf Erziehung und Bildung“ soll den Jugendlichen befähigen, „seine Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen“. Anpassung also als oberstes Ziel von Erziehung und Bildung. „Anerkennung“ (und damit auch Förderung) erfährt nur, wer „eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit“ (§ 15) leistet im „Sinne einer mitverantwortlichen Leistungsgemeinschaft“ (§ 16), und wer nach „anerkannten Methoden der Sozialpädagogik und Sozialarbeit im Zusammenwirken mit Fachkräften“ (§ 4) arbeitet. Das bedeutet nichts anderes, als daß auch in Zukunft der Diskriminierung und finanziellen Erpressung von Jugendverbänden, die sich wie zum Beispiel der Verband Deutscher Studenten (VDS), der MSB Spartakus und die SDAJ aktiv für die im Grundgesetz verankerten Grundrechte einsetzen, Tür und Tor offen stehen. Daß sie nach wie vor von Anerkennung und damit auch finanzieller Förderung ausgeschlossen werden können, während sich revanchistische Jugendverbände wie die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) weiterhin öffentlicher Anerkennung und reicher finanzieller Unterstützung erfreuen können. Sollten diese Paragraphen Wirklichkeit werden, so ist damit nicht allein jenen Jugendverbänden, die ihre Arbeit auf den wissenschaftlichen Grundlagen marxistischer Erziehungswissenschaften und Erzie-

hungsziele leisten, die Teilhabe an der Jugendhilfe (und der entsprechenden Förderung) versperrt. Die Kombination der oben genannten Paragraphen läßt die Reglementierung der gesamten demokratischen Jugendbewegung allein im Sinne der bestehenden staatsmonopolistischen und deshalb besonders jugendfeindlichen Gesellschaftsordnung zu.

Die Auseinandersetzung mit dem Entwurf eines „Jugendhilfegesetzes“ muß zur Sache breiter Kreise der Jugend werden. Die Diskussion gehört in jedes Jugendzentrum, in jede Gruppe der Jugendverbände. Wie beim Jugendarbeitsschutz, der Berufsausbildung oder dem gemeinsamen Vorgehen gegen Unternehmerswillkür sollte es auch im Falle der

Jugendhilfe sein: Der gemeinsame Kampf der demokratischen Jugendverbände, getragen von dem aktiven Handeln junger Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten kann durch einen „Gesetzesakt“ erreichen, „was sie durch eine Vielzahl isolierter individueller Anstrengungen vergeblich erstreben würde“, wie Karl Marx bereits im Jahre 1867 feststellte.

Berufsbildungsgesetz

Am 15. November 1973 hat die Bundesregierung „Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung (Markierungspunkte)“ verabschiedet. Es wurde angekündigt, daß dem Bundestag vor der Sommerpause 1974 auf der Grundlage der Markierungspunkte ein Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz zugeleitet und dann 1975 vom Bundestag verabschiedet werden soll.

Bundeskanzler Brandt erklärte bei der Veröffentlichung der Markierungspunkte, mit dieser Reform „möchten wir für die 1,3 Millionen Jugendlichen, um die es jetzt geht, in der beruflichen Bildung eine gleichwertige, gleichberechtigte und zukunftsorientierte Bildung schaffen“. Gleichzeitig wird in den Markierungspunkten erklärt, daß nicht beabsichtigt sei, die berufliche Bildung „von heute auf morgen“ zu erneuern. Diese Erneuerung müsse mit „Realismus“ und in „zeitlichen Stufen“ angegangen werden. So wird die volle Verwirklichung des Berufsbildungsjahres erst für 1985 ins Auge gefaßt.

Zu messen sind die Markierungspunkte mit den drei grundsätzlichen Fragen: Welche Inhalte und welche Struktur der Berufsbildung? Wer bestimmt? Wer finanziert?

Als Ziele der Bildung und Berufsbildung nennt die Bundesregierung, dem einzelnen eine „bessere Einfügung in den wirtschaftlichen Prozeß“ zu ermöglichen und ihm die Chance zu eröffnen, „den Leistungsanforderungen einer modernen Industriegesellschaft gerecht zu werden“. Weiterhin sollen also die Bildungs- und Ausbildungsinteressen der Jugendlichen den Kapitalverwertungs- und Profitinteressen der Monopole untergeordnet bleiben. Trotz verbaler Willensbekundungen enthalten die Markierungs-

punkte keine konkreten Ansätze, wie die Berufsausbildung in ein einheitliches Bildungssystem eingegliedert werden soll. So besteht die Gefahr, daß die Ungleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit ihren Sackgassen für eine höhere Bildung der Arbeiterjugend auf lange Zeit stabilisiert wird. Kein Ansatzpunkt ist enthalten für die Überwindung der reaktionären Stufenausbildung, die sogar als einer der bildungspolitischen Erfolge der Bundesregierung aufgezählt wird.

Die Markierungspunkte beabsichtigen nicht, den Unternehmerkammern jede Zuständigkeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung zu entziehen. Gleich an mehreren Stellen wird erklärt, der „Sachverstand und die Praxisnähe“ der Unternehmer seien weiterhin zu nutzen, das „Engagement der Wirtschaft soll optimal gefördert werden“ usw. Die Kammern sollen weiterhin für eine Reihe wichtiger Fragen zuständig bleiben. Des weiteren wird beabsichtigt, bestimmte Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten mehr in die Hände des kapitalistischen Staa-

tes zu legen, ohne den Gewerkschaften entscheidende Mitbestimmungsrechte einzuräumen. Verbalen Erklärungen, „Mitwirkung und Mitbestimmung der beteiligten Gruppen gesetzlich sicherzustellen“, folgen keinerlei konkrete Aussagen. Das Wort „Gewerkschaften“ wird nicht einmal erwähnt. Als Aufgabe einer solchen „Mitbestimmung“ wird genannt, „die Erfahrungen und Interessen der in der Wirtschaft Tätigen für das staatliche Handeln nutzbar machen“.

Die Frage der Finanzierung lassen die Markierungspunkte völlig offen. Es wird darauf verwiesen, daß erst der Bericht einer Sachverständigenkommission abgewartet werden müsse. Wörtlich: „Eventuelle Änderungen des Finanzierungssystems der beruflichen Bildung sind weder direkt noch indirekt Gegenstand dieser Markierungspunkte.“

Was man tun kann? Ein gutes, aktionsorientiertes Beispiel gab die Jugendmitgliederversammlung des DGB-Kreises Stuttgart. Sie forderte den Landesbezirksjugendausschuß und den Bundesjugendausschuß des DGB auf, „darauf hinzuwirken, eine zentrale Demonstration für die Forderungen der Gewerkschaftsjugend zur Verbesserung der Berufsausbildung durchzuführen“.

Jugendarbeitsschutz

Im Juli 1973 legte der Bundesarbeitsminister den „beteiligten Verbänden und Organisationen“ den langerwarteten Referentenentwurf für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz vor. Unter Überschriften wie „Fünf-Tage-Woche für alle Jugendlichen“ und „30 Tage Urlaub geplant“ wurde der Entwurf in der regierungsfreundlichen Presse geradezu als Großtat der Bundesregierung angepriesen. Inzwischen ist es wieder etwas ruhiger um diesen Gesetzentwurf geworden. Bis heute ist er einer breiteren Öffentlichkeit

nicht zugänglich gemacht worden. Damit wird die Diskussion behindert. Die Verabschiedung des novellierten Jugendarbeitsschutzgesetzes ist noch in dieser Legislaturperiode zu erwarten.

Einer der Gründe für die Vorlage des Referentenentwurfes ist die erwiesene Wirkungslosigkeit des jetzt gültigen Gesetzes aus dem Jahre 1960. Die Zahl der Verstöße wird von den Gewerkschaften auf über eine Million jährlich geschätzt. Dieses Übel wird im Referentenentwurf

nicht an der Wurzel gepackt. Nach wie vor sollen den Gewerkschaften ganz entscheidende Mitbestimmungs- und Kontrollrechte verwehrt werden. Die Überwachung der gesetzlichen Vorschriften soll weiterhin den völlig unbesetzten Gewerbeaufsichtsämtern obliegen. So wird bereits jetzt wieder der Keim dafür gelegt, daß sich die Unternehmer weiter hemmungslos und fast uneingeschränkt über gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzen, die ihren Profitinteressen im Wege stehen.

Aber auch in den Einzelbestimmungen bleibt der Entwurf weit hinter den Forderungen der Arbeiterjugend zurück. So trägt der Entwurf nur scheinbar der Forderung Rechnung, die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden und die wöchentliche Arbeitszeit auf vierzig Stunden zu begrenzen. In Betrieben, in denen Jugendliche mit erwachsenen Kol-

legen zusammenarbeiten (und wo ist das nicht der Fall?), soll die Arbeitszeit für Jugendliche über 16 Jahre täglich bis zu achteinhalb Stunden (das jetzige Gesetz schreibt zwingend acht Stunden vor!) und wöchentlich 42 Stunden, in der Landwirtschaft in der Erntezeit sogar 48 Stunden betragen. Die Forderung nach voller Anrechnung der Pausenzeit auf die Arbeitszeit wird ebenfalls nicht erfüllt.

Weitere Forderungen, die im Referentenentwurf nicht berücksichtigt wurden, sind: völliges Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, volle Freistellung an Berufsschultagen, völliges Verbot von Akkord- und akkordähnlichen Arbeiten, 12 Tage Bildungsurlaub jährlich. Unzureichend sind die Urlaubsbestimmungen. Die Arbeiterjugend fordert mindestens 36 Werktage Urlaub, für Jugendliche im Untertagebergbau 42 Werktage. Der Referenten-

wurf billigt lediglich 30 bzw. 34 Werktage zu und schreibt auch noch vor, den Urlaub in zwei Abschnitten zu nehmen. Die Forderung nach Einführung einer zweiten ärztlichen Nachuntersuchung im zweiten Beschäftigungsjahr findet sich nur in einer Kann-Bestimmung wieder. Eine wichtige Forderung ist die Einführung empfindlicher Mindeststrafen bei Verstößen für die Unternehmer. Gegenüber dem jetzt gültigen Gesetz sind nur geringfügig erhöhte Höchststrafen vorgesehen, die jedoch entsprechend der jetzigen Praxis kaum zur Anwendung kommen werden.

Völlig unzureichend sind die Aussagen des Entwurfs, wie die Einhaltung der Bestimmungen wirksam zu überwachen ist. Hier sind die fehlenden Mitbestimmungsrechte für Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen am schwerwiegendsten.

Kündigungsschutz für Jugendvertreter

Aufgrund des Drucks der Arbeiterjugend versprachen alle Bundestagsparteien und die Bundesregierung, schnell ein Gesetz zu verabschieden, das den Kündigungsschutz für Jugendvertreter sicherstellen soll. Am 6. Dezember 1973 wurde im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das die Erweiterung des Betriebsverfassungsgesetzes um einen Paragraphen 78a vorsieht. Es wird der Eindruck erweckt, als ob mit diesem Gesetz den Forderungen der Arbeiterjugend Genüge getan sei, um die wachsende Bewegung für wirksame Mitbestimmung abzublocken.

Eine wirkliche Verbesserung bringt das Gesetz für die Arbeiterjugend jedoch kaum. Die Veränderungen am Betriebsverfassungsgesetz ermöglichen es dem Unternehmer, ohne Befragung des Betriebsrates beim Arbeitsgericht die Entlassung des Jugendvertreters zu beantragen. Zwar soll ein Arbeitsverhältnis als begründet gelten, wenn ein Auszubildender, der zugleich betriebsverfassungsrechtlicher Mandatsträger ist, seine Weiterbeschäftigung wünscht. Lehnt das der Unternehmer ab, so gibt ihm das Gesetz die Möglichkeit, bis zu zwei Wochen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitsge-

richt Handhabungen gegen den Jugendvertreter einzuleiten und ihn womöglich bis zu einer Entscheidung des Gerichts aus dem Betrieb zu verbannen. Das Arbeitsgericht kann den Unternehmer von der Pflicht zur Weiterbeschäftigung entbinden, „wenn Tatsachen vorliegen, aufgrund derer dem Arbeitgeber unter Berücksichtigung aller Umstände die Weiterbeschäftigung nicht zugemutet werden kann“.

Der DGB hatte vor der Verabschiedung schwere Bedenken gegen diese Passage geäußert. Die SDAJ hatte einen Tag vor der Verabschiedung die Fraktionsvorsitzenden der Bonner Parteien fernschriftlich aufgefordert, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu versagen. Nach der Verabschiedung erklärte der DGB: „Jugendvertreter nicht zur Zufriedenheit geregelt.“ Die SDAJ stellte fest: „Kündigungsschutz für Jugendvertreter nicht gesichert!“ Der DGB kündigte an, die Haltung der Unternehmer in der nächsten Zeit werde entscheidend dafür sein, „welche weiteren Konsequenzen gezogen werden müssen“. Und: „Der DGB wird alles daran setzen, damit es in der betrieblichen Praxis zu einem ausreichenden Schutz der Jugendvertreter kommt.“ Die SDAJ betonte in ihrer Erklärung: „Nach

wie vor bleiben die Forderungen der Arbeiterjugend auf der Tagesordnung: Wirksamer Kündigungsschutz für Jugendvertreter durch uneingeschränkte gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, Jugendvertreter nach Beendigung der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen; Freistellung von Jugendvertretern vom Wehr- und Ersatzdienst; voller Kündigungsschutz auch für gewerkschaftliche Mandatsträger; Recht auf Weiterbeschäftigung für alle Lehrlinge.“

Auch die kommenden Jugendvertreterwahlen können ein Beitrag sein, Unternehmerwillkür gegen demokratisch gewählte Belegschaftsvertreter in die Schranken zu weisen. Am besten wird das dort geschehen, wo konsequente Gewerkschafter, die am aktivsten die Interessen der Arbeiterjugend vertreten, zu Jugendvertretern gewählt werden und die betrieblichen Forderungen in der gemeinsamen Aktion aller Kollegen, aller Gewerkschafter, gemeinsam mit dem Betriebsrat und der Jugendvertretung gegen die Unternehmer durchgesetzt werden.



Preis-Monster in Aktion

„Übersteigerte Ansprüche haben die Kosten und Preise hochgetrieben. Und doch gibt es Lohnforderungen von 15 Prozent und mehr“, jammert NRW-Unternehmer-Boß Friedrich Neumann in einer kostspieligen Zeitungsanzeigenkampagne. Was wir alle aber täglich merken, sieht anders aus: die Löhne sind von den galoppierenden Preisen längst abgehängt worden. Die Frage, die auf den Nägeln brennt: Wer macht eigentlich die Preise? Von Hans-Jörg Hennecke

Wer sich sein Geld nicht von anderen erarbeiten läßt (wie die Bosse), spürt deutlich, daß die Lohntüte trotz einiger zusätzlicher Scheine nicht einmal mehr das ist, was sie vor ein oder zwei Jahren war. Die Erklärung ist einfach: die Inflationsrate (Geldentwertung) der letzten Jahre war höher als die erkämpften Realloohnerhöhungen. Für einen größeren Zeitraum ergibt sich dieses Bild: die Mark von 1950 hatte 1972 an Kaufkraft nur noch einen Wert von 45 Pfennigen! Gerade die ständig wiederholte Lüge von den preistreibenden Löhnen (auch „Lohn-Preis-Spirale“ genannt) sollte mit Fakten konfrontiert werden. Hier sind einige:

1. Der Anteil der Lohnkosten an Industriepreisen liegt im Schnitt bei 25 Prozent. Steigen nun die Löhne um 10 Prozent, müßte sich bei voller Abwälzung auf den Preis eine Steigerung um 2,5 Prozent (= 10 Prozent von 25 Prozent Lohnkostenanteil) ergeben. Da die derzeitige Steigerungsrate der Preise aber ca. 8 Prozent ausmacht, hätten die „preistreibenden“ Lohnerhöhungen im Vorjahr 32 Prozent(!) ausmachen müssen. Sind also die Löhne schuld an den galoppierenden Preisen?

2. Trotz der vergangenen Lohnerhöhungen hätten die Preise überhaupt nicht steigen dürfen, auch wenn die Unternehmer keine Profiteinbußen hinnehmen wollten. Denn: die Arbeitsproduktivität (= das Produktionsergebnis je Stunde geleisteter Arbeit) stieg 1972 um 6 Prozent, 1973 noch mehr. Dadurch verringern sich die Kosten der Waren. Und der Lohnkostenanteil an den Preisen sinkt. Trotzdem steigen die Preise. Sind also die Löhne schuld an den galoppierenden Preisen?

3. Den absoluten Rekord aller Preissteigerungen erzielten die Bodenpreise (Grundstücke). Sie stiegen seit 1960 um 800 Prozent, in Ballungsgebieten gar um 2000 Prozent! In den Bodenpreisen stecken aber überhaupt keine Lohnkosten! Sind also die Löhne schuld an den galoppierenden Preisen?

Natürlich liegt es nicht an den Löhnen. Das ist eine Zwecklüge der Bosse, deren Profite um so höher sind, je weniger sie uns an Löhnen zahlen müssen.

Preise werden von den Bossen gemacht. Eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitenden gibt es nicht. Die Bosse nehmen, was der Markt hergibt (also: was sie kriegen können). Sie lassen nicht produzieren, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, sondern um privat Kasse zu machen. Das ist die Triebkraft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Dafür erfanden die Bosse auch die „Ölkrise“, die flugs als Stimmungsmache gegen die erdölproduzierenden arabischen Staaten eingesetzt wurde und eindeutig die Aufgabe hatte, von ihrer eigenen Profitsucht und Preistreiberei abzulenken. Dabei war der Trick denkbar einfach: die Mineralölkonzerne entzogen dem Markt Rohöl. Ergebnis: die

Preise stiegen. Jetzt ist Benzin und Heizöl wieder in Hülle und Fülle da — zu höheren Preisen. Verbunden mit dem „Versprechen“ weiterer Preiserhöhungen. Und damit alle zahlungswillig bleiben, wird das Gespenst Rationierung an die Wand gemalt. Das ganze nennt sich „freie soziale Marktwirtschaft“.

Und die Bundesregierung half den Konzernen nach allen Regeln der Kunst: durch Entschuldigungen, Sonntagsfahrverbote usw. Hier deutet sich an, was unter dem Begriff Staatsmonopolistischer Kapitalismus zu verstehen ist. Andererseits hilft die Regierung durch vielerlei inflationäre Maßnahmen den Großkonzernen.

In diesem Zusammenhang sei nur eine (sehr wichtige) erwähnt: 40 Milliarden DM werden für die Rüstung verpulvert. Das nützt nur einer kleinen Handvoll Superreicher: den Bossen der Rüstungskonzerne. Allerdings entsteht auch durch die Tätigkeit der Rüstungsindustrie Nachfrage auf dem Markt: Arbeiter dieser Betriebe erhalten Lohn, die Bosse machen Profite. Doch dieser Nachfrage steht kein Angebot gegenüber (Panzer und Kanonen können nicht gekauft bzw. konsumiert werden). Dadurch werden die Preise in die Höhe getrieben.

Das alles heißt: die Preistreiberei hat ihre Ursache im kapitalistischen System (denn: warum steigen z. B. die Preise in der DDR nicht?). Wer die Inflation bekämpfen will, muß gegen die Macht des Großkapitals vorgehen.

Das Stichwort

FREIHEIT

Wenn ein Unternehmer Freiheit sagt, dann meint er damit seine eigene schrankenlose Freiheit, sich die von den Arbeitern geschaffenen Werte als Profit in die eigene Tasche stecken zu können. Er meint seine Freiheit, den Arbeitern die Löhne diktieren zu können, ihnen die politische Betätigung im Betrieb zu verbieten, sie auszusperrn, sie frei zu halten von Mitbestimmung und Bildung. Wenn Arbeiter, Schüler, Studenten, Lehrer und Lehrlinge aktiv werden und sagen: Diese Unternehmerfreiheit ist die Wurzel der Unfreiheit, dann erfahren sie den Wert der vielgepriesenen Freiheit schnell am eigenen Leib: Sie erhalten Berufsverbot, werden aus den Betrieben gefeuert, kommen auf schwarze Unternehmerlisten. Freiheit des Arbeitsplatzes ade! Und die Freiheit der Meinung, die ebenfalls im Grundgesetz veran-

kert ist? Wenn sich Arbeiter außerhalb der Arbeitszeit kritisch gegenüber „ihrem“ Unternehmer äußern, so ist das ein Grund zur Entlassung, entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel in seinem „Maulkorburteil“. Friedrich Engels stellte fest, daß Freiheit des Willens, Entscheidungsfreiheit „nichts anderes als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können“ bedeutet.

Das System in der BRD, das den Werktätigen nur soviel an Bildung zukommen läßt, um die Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zu sichern, das ihnen jede Entscheidungs- und Mitbestimmungsrechte verweigert, ist also grundsätzlich gegen die Freiheitsinteressen der arbeitenden Menschen gerichtet. Der Begriff Freiheit kann nicht losgelöst gesehen werden von den unterschiedlichen Klasseninteressen.

Anstelle einer Anzeige

Es ist noch gar nicht lange her, da wurden in der Bundesrepublik ganze Bücher vollgeschrieben, in denen der „wissenschaftliche“ Nachweis geführt wurde, daß es in unserer auch so demokratischen Gesellschaftsordnung eine Arbeiterklasse überhaupt nicht mehr gebe. Und eine Arbeiterjugend natürlich auch nicht mehr. Vom Klassenkampf ganz zu schweigen. Und wer es trotz alledem behauptet, ist ganz einfach ein stocker, dogmatischer Kommunist, der mitsamt seiner Theorie von den Klassen und Klassenkampf längst vom wirklichen Leben überholt sei.

Nun, so lange es Kapitalismus gibt, so lange wird er sich auch seine Schreiberlinge, Theoretiker und „Wissenschaftler“ halten, um auch mit ihrer Hilfe die Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihres Staates über die Arbeiterklasse und die Arbeiterjugend zu erhalten.

Man muß sich wahrhaftig nicht sehr anstrengen, um den Schreibern im Dienste der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der BRD nachzuweisen, daß die Wirklichkeit unserer Tage sehr wohl vom Klassenkampf geprägt ist, in dem die Arbeiterjugend und ihre Organisationen eine aktive und aktivierende Rolle spielen. Kampf um besseren Jugendarbeitsschutz, um Bestimmung, für höheren Lehrlingslohn und bessere Berufsausbildung, gegen Militarismus und für Abrüstung – das sind einige Stichworte für Kampfaufgaben, wie sie heute vor der Arbeiterjugendbewegung unseres Landes stehen.

Jetzt ist im Weltkreisverlag in Dortmund ein Buch erschienen (Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904–1945), das für die Arbeiterjugend (und nicht nur für sie) von großer Bedeutung ist.

Geschichte der deutschen Arbeiter- jugend- bewegung



1904-1945

„Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung“
1904–1945“ Sammelband mit Fotos, 631 Seiten, 32 Tafeln, Ganz-
leinen, DM 10,80. Weltkreisverlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

In einem über weite Strecken des Buches durchaus spannenden Stil und mit einer Fülle von Beispielen werden die verschiedenen Etappen der Herausbildung der organisierten, revolutionären Arbeiterjugendbewegung dargestellt: von der Gründung des ersten Lehrlingsvereins in Berlin, über das Entstehen selbständiger sozialistischer Arbeiterjugendorganisationen bis hin zur internationalen proletarischen Jugendbewegung, an deren Entstehen die deutsche Arbeiterjugend unter Führung Karl Liebknechts großen Anteil hatte.

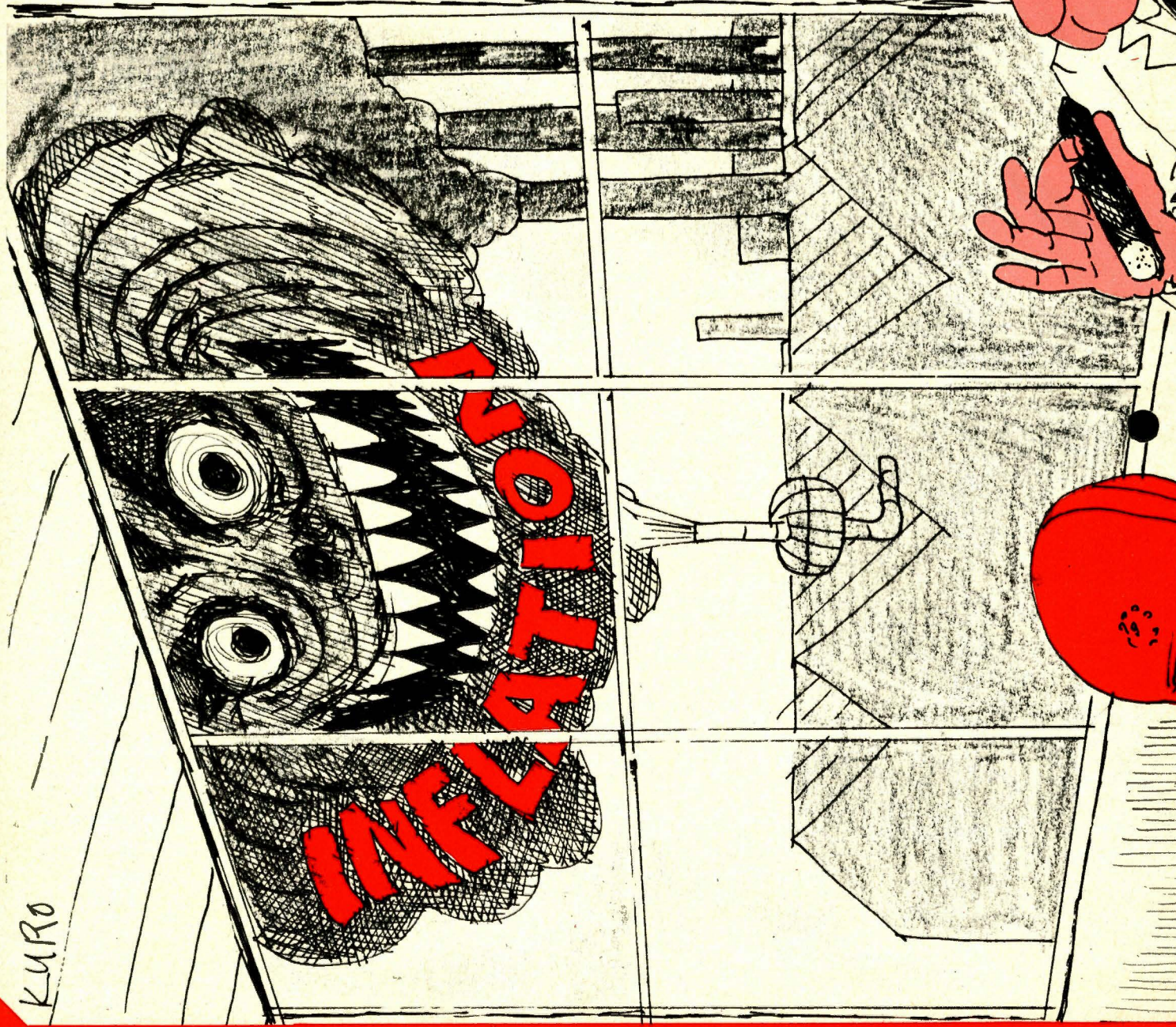
Die reichen Erfahrungen der deutschen Arbeiterjugend im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Krieg, Faschismus und Militarismus und für Aktionseinheit der Arbeiterklasse, dargestellt an zahlreichen Beispielen, vermitteln der Arbeiterjugend heute wichtige Erkenntnisse und Lehren in ihrem Kampf um die Grundrechte der Jugend und gegen den Imperialismus. Mit überzeugendem Tatsachenmaterial wird nachgewiesen, daß die Arbeiterjugend dann erfolgreich war, wenn sie ihren Kampf gemeinsam mit allen Kollegen führte und sich entschieden an die Seite der revolutionären Kräfte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Kommunistischen Partei stellte. Insgesamt: ein spannendes Buch, eine wichtige Hilfe im Kampf der Arbeiterjugend in der BRD – und nicht zuletzt eine wichtige Argumentationshilfe gegen alle, die der Arbeiterklasse und ihrer Jugend einreden wollen, daß heutzutage die Verhältnisse in der Bundesrepublik nichts zu tun hätten mit dem Kampf und den Forderungen der Arbeiterjugendbewegung gestern.

Kampf um Jugendarbeitsschutz Anno 1908 (Eine Kostprobe)

„Obwohl die Arbeitszeit der Lehrlinge, die bei den Meistern in ‚Kost und Logis‘ lebten, im allgemeinen kaum begrenzt war, untersagte ein Gesetzesparagraph die Beschäftigung Jugendlicher während des sonntäglichen Gottesdienstes. Diesen Umstand nutzten wir aus. Eine Kommission unseres Jenaer Jugendvereins ging sonntagvormittags zu solchen Lehrherren, von denen bekannt war, daß

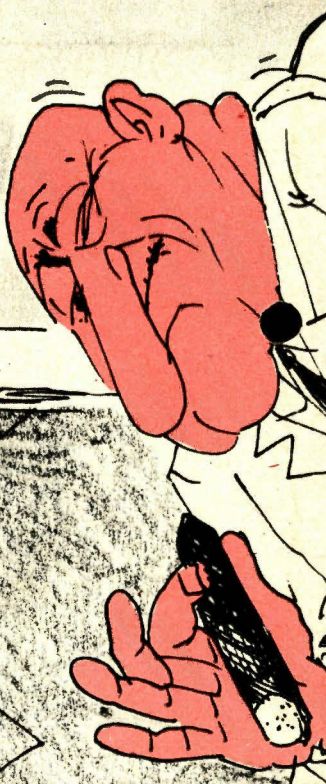
sie ihre Lehrlinge besonders rigoros behandelten. Die Kommissionsmitglieder verlangten, den Lehrling zu sprechen und ließen sich auch nicht mit Redensarten abspesen. Erschien der Lehrling nun in seiner Arbeitskluft oder kam er aus der Werkstatt, stellte die Kommission eine Übertretung des Gesetzes fest, es erfolgte eine Anzeige bei der Polizei.“

KURO



PREISE

40
30
20
10
100
90
80





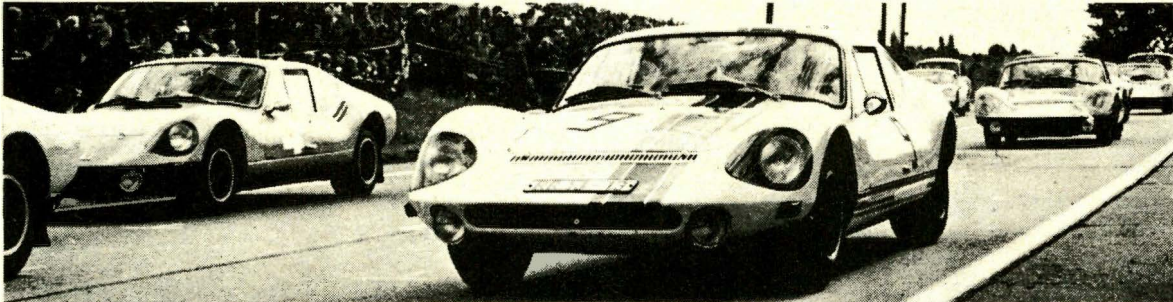
„... 15% Lohnerhöhung, sehen Sie selbst, was passiert: Die Arbeitsplätze sind gefährdet, die Preise steigen, und dann die Inflation!“

elam
PULV-POSTER



PNEUMANT®

REIFEN FÜR REALISTEN



Mit dem P 33 radial präsentiert PNEUMANT einen konstruktiv ausgereiften Gürtelreifen. Für Realis-

ten, für Kunden, die hohe Verkehrssicherheit, Wirtschaftlichkeit und hervorragenden Fahrkomfort for-

dern. Und reale Vorteile zu schätzen wissen. Unser Informationsmaterial enthält alle Fakten.



**P 33 radial
EIN SPITZENERZEUGNIS**



Transportmaschinen Export-Import
Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen
Demokratischen Republik
DDR 108 Berlin
An die PNEUMANT-Ver-
tretung Lange & Co.
Fa. Paul Lange & Co.
7 Stuttgart N
Rosensteinstr. 35

Bitte senden Sie mir/
uns unverbindlich In-
formationsmaterial über
den PNEUMANT P 33
radial

Name / Funktion

Firma / Anschrift



f o r u m

forum der
jugend-
verbände

Jugendzentrumsbewegung

Das Jugendzentrum ist kein Freiraum

Was vor wenigen Jahren noch vereinzelter Protest war, wurde im letzten Jahr zu einer breiten Bewegung gegen eine Erscheinungsform der kapitalistischen Freizeitmisere: Über 600 Initiativen fordern in der Bundesrepublik selbstverwaltete Jugendzentren. Diese sollen – im Gegensatz zu den bisherigen Häusern der offenen Tür – von den Jugendlichen in ihrem Interesse gestaltet werden und über ein reines Konsumprogramm und Bastelarbeit hinaus Möglichkeiten für demokratische Aktivitäten geben. Zu einigen aktuellen Fragen und Geschehnissen der Bewegung nimmt ein Mitglied des bundesweiten „Koordinationsbüros für Initiativen der Jugendzentrumsbewegung e. V.“ Stellung. Damit wird die in elan Nr. 10/73 begonnene Diskussion fortgesetzt.

Von Kurt Werner

Die Zusammensetzung der Gruppen ist von Ort zu Ort verschieden. Neben den Initiativen der „Unorganisierten“ — vor allem auf dem flachen Lande — initiieren fast alle Jugendverbände im Bündnis mit Unorganisierten den Kampf. Denn, egal, ob unorganisiert oder nicht, egal, ob christlich, sozialdemokratisch oder kommunistisch, die gegenwärtige Freizeitsituation trifft die gesamte arbeitende und lernende Jugend, die sich nicht a la Krupp oder Gunther Sachs die Freizeit gestalten kann: Das Kinoprogramm ist zu langweilig, die Diskotheken und Musikveranstaltungen sind zu teuer, den Sportverbänden fehlen ausreichende Mittel und... und mehr Freizeitangebote gibt es ja nicht. Kurzum, der lernenden und arbeitenden Jugend fehlen Räumlichkeiten, in denen sie sich entfalten

kann. Räumlichkeiten, die nicht dem kommerziellen Nepp dienen.

Zum gegenwärtigen Stand

Neben den vielfältigen Aktivitäten der Unorganisierten und der fortschrittlichen Jugendverbände (Jusos, SDAJ, Jungdemokraten, Naturfreundejugend, Bund der deutschen Pfadfinder und Gewerkschaftsjugend) macht manchmal (aber ganz selten) sogar auch die Junge Union mit. In verschiedenen Bundesländern, so z. B. in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland haben sich regionale Koordinierungsstellen gebildet, die

zum Teil auch schon Regionaltreffen durchgeführt haben. An einer sinnvollen Freizeit, an Alternativen zu den herrschenden Zuständen und der Manipulation im Freizeitbereich haben immer mehr junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten ein Interesse. Entsprechend sind auch die Möglichkeiten einer breiten Zusammenarbeit der Jugendlichen und der demokratischen Kräfte, die im Freizeitbereich wirksam sind, gewachsen.

Keine Frage also, daß hier die Diskussion vorangetrieben werden muß, um durch den Erfahrungsaustausch und die politische Einschätzung der Jugendzentrumsbewegung gemeinsames Handeln möglich zu machen.

Die Seifenblase Bundeskongreß

Aber auch andere Kräfte „kümern“ sich um die Jugendzentrumsbewegung. Staatstragende Stiftungen und Institutionen sind sehr um uns besorgt. Ein Beispiel:

Auf Einladung der „Friedrich-Naumann-Stiftung“ (FNS) trafen sich einige Initiativen und Koordinierungsgruppen in Eschwege, um über einen bundesweiten Jugendzentrumskongreß, den die FNS finanziell tragen wollte, zu diskutieren. Ca. 200 Teilnehmer sollten eingeladen werden. Die Quittung erhielten wir 2 Wochen später. Die Planung und Durchführung des Kongresses wurde „wegen Sparmaßnahmen“ aus finanziellen Gründen abgesagt. Auf einmal? Oder paßte bestimmten Herren des geldgebenden Kuratoriums (das der FDP und der Industrie nahesteht) vielmehr die Stoßrichtung des Kongresses nicht? Paßte diesen Herren etwa nicht die Aussage im Vorbereitungsprotokoll: „Die Jugendzentrumsbewegung versteht sich als Teil der de-

Konkrete Ergebnisse: Bundesweites Seminar in Vlotho

Unter der Trägerschaft der Bundesjugendleitung der Naturfreunde führte das bundesweite Koordinationsbüro e. V. Neustadt mit Initiativen von Kiel bis Garmisch ein Seminar in Vlotho vom 27. 12. 73 bis 4. 1. 74 durch.

Wenige Ergebnisse des Seminars, die auch Schwerpunkte der Diskussionen in den Initiativen berühren, sollen im folgenden kurz angerissen werden. Insbesondere wird dabei deutlich, daß die Diskussion um die Selbstverwaltung keine Theoriediskussion um ihrer selbst willen sein darf:

1. Die bestehende Gesellschaftsordnung kann nicht durch die Schaffung noch so schöner und noch so selbstverwalteter Jugendzentren geändert werden. Die eigentliche Veränderung der Gesellschaft muß im Produktionsbereich erfolgen, denn die Produktionsweise bestimmt auch die Freizeit.
2. „Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung ist kein Freiraum. Es steht unter dem Einfluß des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Deswegen muß auch den demokratischen Jugendorganisationen die Möglichkeit zur Arbeit gegeben werden“ (aus dem Protokoll). Gerade in diesem Punkt müssen Inselvorstellungen, die verschiedene Initiativgruppen mehr oder weniger stark noch besitzen, abgebaut werden, da sonst die Bewegung unweigerlich in die Sackgasse läuft.
3. „Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung hat das Ziel, den demokratischen und sozialistischen Kampf zu unterstützen. Es können sich hier Arbeitsgruppen treffen, die z. B. auf Basiserweiterung abzielen. Es findet Kommunikation statt, was jedoch nicht die Arbeit der (und in den) Betriebsgruppen ersetzt“ (Protokoll).
4. „Selbstverständlich dient in dieser Gesellschaft das JZ i. SV auch der Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft (damit der Jugendliche sich erholt und wieder an das Kapital verkaufen kann; d. Verf.) und dem allgemeinen Konsumbedürfnis der Besucher. Jedoch muß institutionell verhindert werden, daß dieser Konsum zum Selbstzweck wird“ (Protokoll).
5. Einen breiten Raum nahm die

forum

Auseinandersetzung um die Funktion und Notwendigkeit von Sozialarbeitern im selbstverwalteten Jugendzentrum ein. Zwar sind die Sozialarbeiter durch besonders scharfe Bestimmungen (Jugendschutzgesetz, Auskunftspflicht gegenüber den Behörden u. a.) in der Wirkungsmöglichkeit beengt. Aber auf der anderen Seite können sie die Interessen der Jugendlichen in den Institutionen mitvertreten, ihnen sagen, was dort gerade vor sich geht und allgemeine Hilfestellung zum Beispiel bei Gruppengründung oder Arbeit mit Unterprivilegierten liefern. Sie garantieren die Kontinuität in der Arbeit und sind auch da, wenn die meisten aktiven Jugendlichen arbeiten und lernen müssen. Wichtig ist nur, die Mitbestimmung (Vetorecht) bei der Einstellung für die betroffenen Jugendlichen zu fordern.

6. Ein beliebter Trick der Stadt — auf den die Initiativen immer wieder hereinfließen und vor dem nochmals ausdrücklich gewarnt wird, ist, die Verantwortung für das Jugendzentrum auf einen „Trägerverein“ abzuwälzen. Die Stadt gibt dem Trägerverein einmal im Jahr das Geld und kümmert sich nicht um ihre Aufgaben. Die Kräfte der wenigen Aktiven und Fortschrittlichen werden in der Organisation von Putzfrauen, Getränken und Ausgestaltung der Räume verbraucht. Somit hat es die Stadt geschafft, einerseits aktive Jugend-

liche von der Straße zu holen (denn diese Zeit geht für andere Aktionen verloren), andererseits aber billige oder kostenlose Arbeitskräfte zu bekommen.

Darüber hinaus wurde in Gesprächen deutlich, daß es nicht nur um den notwendigen Kampf um neue Häuser geht, sondern auch darum, in den bereits bestehenden Jugendzentren die demokratischen Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend zu erweitern.

Die Diskussion um den Stellenwert der demokratischen Jugendzentren und die Einschätzung der Funktion der Jugendfreizeitinitiativen steckt erst in den Anfängen. Deswegen schreibt eure Erfahrungen, Meinungen und Berichte an die Redaktion elan und an das Koordinationsbüro e. V. (Kurt Werner, 6730 Neustadt/W., Pulverturmstr. 5).

Zu begrüßen ist der Vorschlag des Jugendmagazins elan und des SDAJ-Bundesvorstands, im März in Saarbrücken eine Konferenz zum Thema Freizeitinitiativen unter breiter Beteiligung durchzuführen. Diese Konferenz wird die demokratischen Kräfte, die im Freizeitbereich tätig sind, zusammenführen, weitere Diskussionsergebnisse erarbeiten, den klassenmäßigen Charakter der Bewegung diskutieren und schließlich deutlich machen, daß die Forderung nach erweiterter und wirksamer Mitbestimmung im gesamten Freizeitbereich (also nicht nur selbstverwaltete Jugendzentren) genauso auf der Tagesordnung steht, wie wir sie in den Betrieben, Schulen und Universitäten fordern, um die Macht des Großkapitals zurückzudrängen.

Aktionskonferenz Jugend und Freizeit

Am 9. März wird das Jugendmagazin elan gemeinsam mit dem Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) eine Aktionskonferenz zum Thema Jugend und Freizeit in Saarbrücken durchführen, um den demokratischen Kräften, die im Freizeitbereich wirksam sind, eine Plattform der Diskussion und des Erfahrungsaustausches zu geben.

„Die Jugend will Zeit für sich selber, sie will sich frei entfalten und ihre Fähigkeiten und Talente entwickeln. Sie braucht mehr Zeit für Erholung von der Arbeit, mehr Urlaub: Vor allem will sie selbst über

ihre Freizeit bestimmen. Wenn die Arbeiterjugend für ihre Freizeit in eigener Bestimmung, für Bildung und Erholung eintritt, stellt sich derselbe Gegner wie in den Betrieben in den Weg: das Großkapital.“ So formulierte es die SDAJ in den „Fünf Grundrechten der Jugend“ 1972 auf ihrem III. Bundeskongress. Heute, zwei Jahre später also, können wir feststellen:

Die Zahl der Jugendlichen, ob organisiert oder nicht, die sich für eine sinnvolle Freizeit zusammenschließen in Aktionen und Initiativen, wächst.

Vielfältige Aktionen zum Bau von

Jugendfreizeithäusern, zum Ausfüllen der Programme bestehender Jugendzentren in eigener Verantwortung der Jugendlichen und ihrer demokratischen Organisationen, der Zusammenschluß zu lokalen und regionalen Freizeitinitiativen kennzeichnen den wachsenden Kampf der Jugend um ihre Grundrechte auch im Freizeitbereich.

Diese vielfältigen Aktionen und Initiativen zu unterstützen, ihnen die Möglichkeit einer öffentlichkeitswirksamen Diskussion und des Erfahrungsaustausches zu geben, betrachtet das Jugendmagazin elan schon seit längerer Zeit als eine wichtige Aufgabe. Wie im Kampf um Mitbestimmung, bessere Bildung und Berufsausbildung, gegen Unternehmerwillkür und wie in der antiimperialistischen Solidaritätsbe-

forum

wegung kommen den demokratischen Jugendverbänden und den Gewerkschaften im Freizeitbereich Verantwortung und wichtige Aufgaben zu. Ihre Aktionen, Forderungen und Initiativen zu koordinieren und im Interesse der Jugend selbst zusammenzuführen — an dieser wichtigen Aufgabe mitzuwirken, hat sich das Jugendmagazin elan mit der Durchführung der „Aktionskonferenz Jugend und Freizeit“ zur Aufgabe gemacht. Der Jugendpresse unseres Landes kann zur Unterstützung der berech-

tigten Forderungen der Jugend vermittelnde, orientierende und organisierende Bedeutung zukommen, wenn sie sich eng verbunden mit den Forderungen der Jugend weiß. Das stellte der DBJR im November 1973 auf seiner 44. Vollversammlung fest. In diesem Sinne hat sich die Redaktion elan an die Redaktionen der Jugend- und Jugendverbandspresse mit der Bitte gewandt, die Unterstützung der Freizeitinitiativen in der BRD zu einem gemeinsamen jugendpublizistischen Anliegen zu machen.

Allen Freizeitinitiativen und allen demokratischen Kräften, die im Freizeitbereich wirken und die sich für die „Aktionskonferenz Jugend und Freizeit“ interessieren, wird das Jugendmagazin elan weitere Auskunft geben.

Erfahrungsaustausch und Diskussion ★ ★ ★ ★ ★ Freizeitinitiative Frankfurt

»Wir brauchen Häuser der Jugend!«

Der Ausschuß Jugendzentrum Höchst fand sich erstmals im Herbst 1973 zusammen. Wenige Wochen später wurde ein fester Arbeitskreis gebildet, der sich eine Satzung gab. Bis Oktober 1973 waren zehn Jugendverbände, -klubs und -vertretungen mit je zwei Delegierten zusammengesessen: Evangelische Jugend, IG Chemie/Jugendvertretung Farbwerke Hoechst, Jugendclub Engelsruhe, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Junge Union, Katholische Studierende Jugend, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Wohnheime Farbwerke Hoechst.

In einer Dokumentation des Ausschusses Jugendzentrum heißt es: „Gemäß der Ortsteil-Altersstatistik wohnen in Höchst, Unterliederbach, Nied-Nord 9500 Kinder und Jugendliche von 4 bis 18 Jahren. Hinzu kommt noch ein großer Teil der 2500 Lehrlinge der Farbwerke Hoechst sowie die jugendlichen Pendler aus den umliegenden Stadtteilen und Taunusorten.“

„Zur Zeit haben wir keine andere Möglichkeit, als zwischen verschiedenen kommerziellen Angeboten zu wählen, wie etwa Diskotheken, Tanzschule, Kneipen. Die Besitzer wollen in diesen Einrichtungen nur Geld verdienen; es interessiert sie nicht, wie wir selbst uns unsere Freizeit vorstellen.“

„So soll das Jugendzentrum aussehen

Wie schon erwähnt liegt der Schwerpunkt im Jugendzentrum auf Gespräch und der Verwirkli-

chung anderer Freizeitinteressen... So schlagen wir vor:

- Werkstätten (für Motorräder etc.)
- Medientechnik (Film, Foto, Tonband)
- Räume für Sport
- Klub- und Partyräume
- Räume für Kinder
- Bereich für politische Gruppen und Initiativen der Jugend.“

„Die endgültige Ausgestaltung in allen Einzelheiten muß von uns selbst bestimmt werden, die dazu benötigten Mittel müssen zur Verfügung stehen.“

„Zur Frage der Finanzierung des Jugendzentrums: Die Farbwerke Hoechst AG stellt insbesondere in Höchst und Umgebung den Großteil der Freizeiteinrichtungen. Der kulturelle Hauptziehungspunkt auch für die Jugendlichen ist die Jahrhunderthalle. Sie befindet sich genauso im Besitz der Farbwerke wie andere, für die Freizeitgestaltung der Bevölkerung bedeutende Einrichtungen: Silo-Bad, Höchster Schloßfest usw.“

„Der Großteil der Bevölkerung trägt seine Arbeitskraft in den Chemiebetrieb, ermöglichte und ermöglicht dadurch den Aufbau des Werkes... Trotz steigendem Umsatz und Gewinn verbesserten sich die Freizeitmöglichkeiten allerdings kaum. Da die Farbwerke AG auf die Arbeitskräfte der Bevölkerung angewiesen ist, sind wir der Meinung, daß es Pflicht der Farbwerke ist, das Jugendzentrum finanziell zu unterstützen. Weitere Finanzierungen sind von der Stadt Frankfurt

zu fordern. Stärkere Besteuerung der Banken und Großbetriebe zugunsten von gemeinnützigen Einrichtungen, z. B. dem Jugendzentrum Höchst.

Die Forderung nach einem Höchster Jugendhaus steht schon weit über sieben Jahre. In dieser Zeit hätte die Finanzierung schon längst ermöglicht werden können. Seit zwei Jahren steht nun auch ein geeignetes Gelände leer zur Verfügung. Auch deshalb ist die Forderung nach dem vollen Betrag, auch wenn dieser fünf bis sechs Millionen Mark beträuft, gerechtfertigt.“

Um bei den Verantwortlichen „Druck“ zu machen, richtete der Ausschuß an die zuständigen Stellen der Stadt Frankfurt einen offenen Brief mit folgenden Fragen und Forderungen:

- „1. Inwieweit ist die konkrete Planung eines Jugendzentrums auf dem Schlachthofgelände schon gegeben?“
2. Wann ist Baubeginn des Jugendzentrums?“
3. Welche Schritte wurden bis heute von Ihrer Seite unternommen, um eine Mitfinanzierung des Projektes durch die Farbwerke AG zu sichern?“
4. Unter welcher Trägerschaft planen Sie das Jugendzentrum?“
5. Wir fordern, daß der Ausschuß Jugendzentrum Höchst bei Gesprächen, Planungen und Terminen, die das Jugendzentrum betreffen, mit einbezogen wird!“
6. Wir fordern, daß unser Konzept als Grundlage weiterer Planungen berücksichtigt wird!“

Aktion „Weihnachtsmann“ und „Hut ab“ für ein Haus der Jugend

„Für wirksame Mitbestimmung der Jugend, für demokratische Bildung, gegen Unternehmerwillkür! Mach mit in der SDAJ!“ — nach dieser Devise bereiten über 450 Gruppen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in einer Kampagne Ihren IV. Bundeskongreß am 18./19. Mai 1974

in Hannover aktiv vor. Aktiv — das bedeutet zum Beispiel, daß die SDAJ-Gruppen im Rahmen dieser Kampagne in einen Wettbewerb getreten sind: zur Gewinnung neuer Mitglieder für die SDAJ, in der antiimperialistischen Solidarität, vor allem mit dem vietnamesischen und dem chile-

nischen Volk und auch zur Gewinnung neuer Freunde, Leser und Abonnenten des elan. Über eine der über 450 SDAJ-Gruppen und Ihre Arbeit in Vorbereitung des IV. Bundeskongresses berichtet Werner Stürmann, Mitglied des Redaktionsbeirates von elan.

SDAJ-Gruppe Hamburg-Eppendorf: 22 Mitglieder bereiten den IV. Bundeskongreß vor. Hier in Eppendorf, wo der Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Ernst Thälmann, wohnte, bemühen sich junge Marxisten, seinen Kampf fortzusetzen. Problem Nr. 1 ist in Eppendorf vor allem ein attraktives Haus der Jugend. Dörte Leps (22 Jahre), Gruppenleiterin, führt aus: „Im 3. Grundrecht fordern wir bessere Freizeitbedingungen für die Jugend. In Eppendorf sieht es so aus, daß wir zwar ein Haus der Jugend haben. Es ist aber völlig unzureichend. Einen Heimleiter gibt es nicht, das Personal ist unzureichend ausgebildet, Mitbestimmung fehlt ebenso wie ein richtiges Programm für Jugendliche.“

Erfolgreich beim Verkauf von elan

Diesen Zustand will die Gruppe mit der Jugend des Stadtteils ändern. Sie fordern z. B., daß das Haus der Jugend auch am Wochenende geöffnet ist. Die Gruppe ist sich darüber im klaren: Nur öffentliche Aktionen, nur kontinuierliche Gespräche mit den Jugendlichen bringen Erfolge. Alle 14 Tage werden daher im Einkaufszentrum Informationsstände durchgeführt. 50 elan werden dabei im Freiverkauf an den Mann gebracht.

Die Gruppe will in Vorbereitung der Verbandskonferenzen vor allem die Arbeit im Haus der Jugend verbessern. Hier hat man sich bisher noch zu sehr abgeschirmt. Teilnahme am Leben des Jugendhauses. Mitarbeit in Arbeitskreisen — das alles wird jetzt in Angriff genommen.

Die Gruppe gibt regelmäßig ihre Zeitung „Hut ab“ heraus. Dörte sagt dazu: „Das Gute ist, daß wir die Zeitung mit dem ganzen Kollektiv machen. Jeder trägt etwas



Jung und alt diskutiert über Eppendorfer Freizeitprobleme — und unterschreibt für die „Aktion Freie Fahrt“

dazu bei. Finanzieren tut sich ‚Hut ab‘ selber, durch Anzeigen von kleinen Geschäftsleuten und durch Spenden. In zwei Kneipen, in denen sich überwiegend Jugendliche aufhalten, haben wir es erreicht, daß die Zeitung immer ausliegt und am Tresen verkauft wird.“

Dörte ist selbstkritisch: „Um gute Ergebnisse im Wettbewerb des Bundesvorstandes zu erzielen, müssen wir noch ganz schön ran-klotzen. Auf die Mitgliederversammlung haben wir uns bisher ungenügend vorbereitet.“

Gute Aktionen, wie die Weihnachtsmannaktion, bei der an einem

Sonnenschirm Pakete befestigt wurden, auf denen die Forderungen der Eppendorfer Jugendlichen für das Haus der Jugend formuliert wurden oder die Aufzeichnung des Grundrisses eines Hauses der Jugend auf einem öffentlichen Platz, wie er den Ansprüchen der Jugend gerecht werden würde — das alles ist noch nicht ganz genutzt worden, um die Gruppe mitgliedermäßig zu stärken. Deswegen wird jetzt in der Gruppe diskutiert: Wie verwirklichen wir den Aufruf des Bundesvorstandes „Jeder SDAJler stellt sich die Aufgabe, einen neuen Freund für unseren sozialistischen Jugendverband zu gewinnen“.

Die Forderung nach einem besseren Haus der Jugend haben in Eppendorf ca. 1000 Jugendliche unterschrieben. Dörte meint, keine politische Kraft kann sich erlauben, hierzu nicht Stellung zu nehmen. „Das gilt gerade deswegen, weil wir Wahlkampf haben. Nur die DKP hat klipp und klar gesagt, daß sie für ein entsprechendes Haus der Jugend eintritt. Das werden wir natürlich jetzt bekannt machen und auffordern, in die Bürgerschaft und Bezirksversammlungen Kommunisten zu wählen.“

Gruppe Eppendorf, eine von über 450 Gruppen der SDAJ, geht gutgerüstet und selbstbewußt in die Durchführung der Verbandskonferenzen. Sie wird den Genossen anderer Gruppen viel mitzuteilen haben, weil sie mit der Jugend Eppendorfs in Aktion ist und daher viele Erfahrungen sammeln kann, die für die weitere Arbeit wichtig sind. Und wenn alles klappt, wenn auch um neue Mitglieder, vor allem aus der Arbeiterjugend, von jedem Mitglied der Gruppe gekämpft wird, dann ist sicher: Gruppe Eppendorf wird gestärkt den Kampf um die fünf Grundrechte der Jugend weiterführen.

Bundeswehr gegen Grundgesetz

spiellose Maßnahme gegen die Presseorgane in unserem Land.

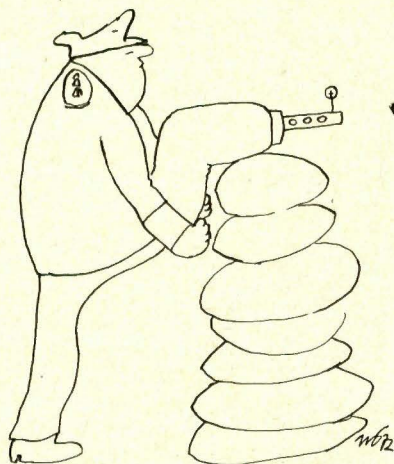
Diese Maßnahme steht im Gegensatz zu den Aussagen, die auf der 44. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) zur Jugendpresse getroffen wurden. Auf der Vollversammlung wurde einstimmig beschlossen:

„Der DBJR verurteilt auf das schärfste die sich in den letzten Jahren häufenden Eingriffe des Staates, von Parteien und Verbänden in die Freiheit der Jugendverbände und der Jugendpresse.“

In einem offenen Brief wird gegen die Verletzung der Grundrechte in der Wilhelmsburg-Kaserne protestiert:

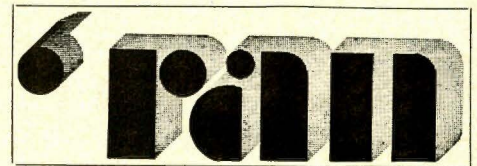
Verfassungsfeinde in Truppendienstgericht

Die Beschlagnahme zahlreicher Jugendzeitschriften, Gewerkschaftszeitungen und anderer demokratischer Presseorgane in der Ulmer Wilhelmsburg-Kaserne ist eine in diesem Umfang bei-



Soldat '70

Wehrpflichtige melden sich zu Wort



Wert Herr Bundeskanzler, Herr Bundesminister der Verteidigung, am 10. Dezember 1973 beschlagnahmte der Kompaniechef 4./NschbBtl 210 in der Wilhelmsburg-Kaserne in Ulm, Hauptmann Groth, auf Grund einer Verfügung des Truppendienstgerichtes Karlsruhe bei dem Schützen Manfred Heinrichs unter Bruch der Grundrechte auf Presse- und Informationsfreiheit neben dem übrigen Privateigentum des Soldaten folgende Jugendzeitschriften, Gewerkschaftszeitungen und andere demokratische Presseorgane: „Metall“, „ran“, „ÖTV-Wehrreport“, „Unsere Zeit“, „Deutsche

Volkszeitung“, die antifaschistische Wochenzeitung „die tat“, „Gewerkschafter“, das Jugendmagazin „elan“, die Soldatenzeitung „Links Um“, „Rührt Euch“/Hamburg, „Druck“/Ulm und die demokratische Wehrpflichtigenstudie „Soldat '70“. Die rechtswidrige Maßnahme gegen den Schützen Manfred Heinrichs wird damit begründet, bei den beschlagnahmten Zeitungen handele es sich um „Zersetzungs-material“. Diese Verfügung des Truppendienstgerichtes Karlsruhe entspricht den Feststellungen des Bundestagsabgeordneten und Mitglieds des Verteidigungsausschusses Er-

win Horn, „daß sich im Offizierskorps unter der sozial-liberalen Regierung eine politische Kraftmeierei ausbreiten beginnt, die eines Tages verfassungsfeindliche Formen annehmen könnte“. (Welt der Arbeit v. 2. 11. 73) Wir protestieren dagegen, daß irgendein Kompaniechef, irgendein Brigadekommandeur oder irgendein kommandierender General einer Division mit unrechtmäßigen Willkürmaßnahmen die Grundrechte beschneidet. Zu frisch sind noch die Erinnerungen an den Militärputsch in Chile und den brutalen Terror der Militärs dort.

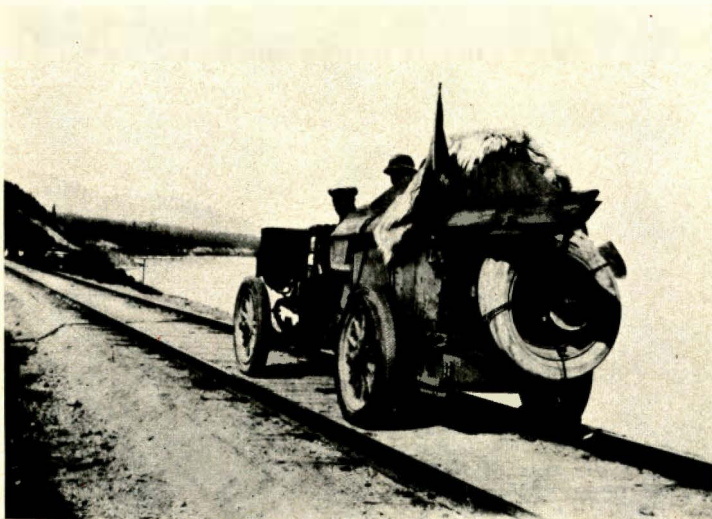
Die betroffenen Zeitungen und die anderen unterzeichnenden Jugendzeitschriften und Presseorgane fordern Sie auf, mit aller Entschiedenheit dieser Mißachtung der Grundrechte entgegenzutreten.

Deutsche Volkszeitung
elan
frontal, Verbandsorgan des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB)
Kern, Schülermagazin
'ran, DGB-Jugend
Rote Blätter, Verbandsorgan des MSB Spartakus
tat, antifaschistische
Wochenzeitung
zivil, Organ des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer

18 schwarze Flecken . . .

. . . und der Führerschein ist weg

Von Werner Winter



„Der Kandidat hat 99 Punkte . . .“

Vom 1. Mai 1974 an reichen bereits 18 Punkte, um dem jeweiligen „Kandidaten“ eine Überraschung zu sichern. Beifall und Glückwünsche werden allerdings fehl am Platze sein: Denn 18 Punkte in der Flensburger Verkehrssünder-Karte, angesammelt im Lauf von zwei Jahren, bedeuten vom 1. Mai an den Entzug des Führerscheins.

Vor Erreichen der Höchstpunktzahl werden noch einige Warnschüsse abgegeben: Bei neun Punkten erfolgt eine schriftliche Verwarnung und der Hinweis auf die Gefährdung des Führerscheins. Bereits bei 14 Punkten muß die praktische oder die theoretische Prüfung — in besonderen Fällen auch beide Teile — wiederholt werden. Wer die Prüfung nicht besteht, verliert seinen Führerschein.

Bei 18 Punkten in zwei Jahren kann bestenfalls noch ein medizinisch-psychologi-

sches Gutachten den Führerschein retten.

Braucht man für die 18 Punkte mehr als zwei Jahre, dann wird immer noch ein Gutachten angeordnet. Wird Nichtteignung festgestellt, ist der Schein ist futsch. Der Gutachter schlägt ebenfalls zu, wenn jemand den Führerschein schon einmal verloren und zwei Jahre später schon wieder neun Punkte auf der Latte hat.

Und das sollten Anwärter auf die Höchstpunktzahl berücksichtigen: Sieben Punkte: Alkohol am Steuer, Unfallflucht, Rauschtagen und andere schwere Verkehrsstrafen. Sechs Punkte: Fahren ohne Führerschein, Kennzeichenmißbrauch usw., aber auch Fahren trotz Fahrverbot kann so teuer zu Buche schlagen. Fünf Punkte kosten alle anderen Straftaten.

Vier Punkte: Ordnungswidrigkeiten wie Fahren mit 0,8 Promille, Überschreiten der zulässigen Höchstge-

windigkeit um mehr als 40 km/h innerhalb und mehr als 50 km/h außerhalb geschlossener Ortschaften; Verstoß gegen das Überholverbot usw.

Drei Strafpunkte für Ordnungswidrigkeiten wie zu schnelles Fahren an unübersichtlichen Kreuzungen, Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit um mehr als 25 km/h.

Zwei Punkte: verbotenes Parken auf Autobahnen oder Kfz-Straßen, falsches Verhalten beim Abbiegen oder Wenden, Überschreiten der TÜV-Frist um mehr als vier Monate usw. Einen Punkt bringen alle weiteren Ordnungswidrigkeiten ein.

Also, wem sein Schein lieb ist: allzu großer Ehrgeiz beim „Punktesammeln“ ist nicht angebracht!

Vom Segeln bis zum Bergsteigen

Billig in den Urlaub



Wißt ihr schon, wie ihr in diesem Jahr euren Urlaub gestaltet? Wenn nicht — die Naturfreundejugend hat auch für diesen Sommer wieder ein Freizeiten-Programm zu bieten, das es in sich hat.

Hier das bisherige Sommer-Angebot der Naturfreundejugend:

Fahrt 1/S bietet eine internationale Begegnung im Feriendorf Zivohost an der Slapy-Talsperre bei Prag/CSSR vom 23. 6. bis 5. 7. Die Teilnahmegebühr beträgt 425 DM.

Fahrt 2/S: deutsch-französische Begegnung mit Sprachkurs (zusammen mit „Arbeit

und Leben“ und den französischen Falken) in Foix/Pyrenäen bei Andorra vom 7. 7. bis 3. 8. Die Teilnahme kostet 450 DM.

Fahrt 3/S: Jugendseilschaft für 12- bis 16jährige in der Hochgebirgsbergsteigerschule „Glocknergruppe“/Österreich vom 3. 8. bis 17. 8., Preis 290 DM.

Fahrt 4/S: Sommerski im Val d'Isere/Frankreich (Hochgebirgs- und Gletscherski) vom 18. bis 25. 8.; Preis 160 DM (ohne Fahrt und Liftkosten).

Fahrt 5/S: deutsch-französischer Bergsteigerlehrgang in der Hochgebirgsschule „Großglocknergruppe“/Österreich vom 10. 8. bis 24. 8.; 400 DM.

Fahrt 6/S: Segellehrgang in Benodet/Bretagne am Atlantik vom 25. 8. bis 7. 9. 1974; 430,— DM. Fahrt 7/S: Segellehrgang wie Fahrt 6/S vom 8. 9. bis 21. 9.

Alle Preise enthalten Vollpension, Fahrt im Liegewagen, Kursgebühr, Materialleihe, Versicherungen usw. Bei Anhebung der Fördersätze durch das Deutsch-Französische Jugendwerk und den Bundesjugendplan können die Preise noch niedriger werden.

Außerdem bietet die Naturfreundejugend noch weitere internationale Treffen in Frankreich und der CSSR. Einzelheiten teilt mit: Naturfreundejugend Deutschlands, Bundesjugendleitung 7 Stuttgart-Untertürkheim Großglocknerstraße 28 Postfach 380.

Moral und Fleischerhunde

Die FIFA im Schlepptau der Junta

von Georg Rohde

Am 3. November 1973 hatte der Fußballverband der UdSSR zum erstenmal seine Weigerung veröffentlicht, das Weltmeisterschaftsqualifikationsspiel gegen Chile im Nationalstadion in Santiago auszutragen.

Weder den sowjetischen Spielern noch den verfolgten chilenischen Demokraten sollte zugemutet werden, in einem KZ-Stadion zu spielen.

Dort, wo kurze Zeit zuvor noch Tausende Gefangene

eingepfercht gewesen waren, wo eben noch grausam gefoltert und gemordet wurde und das Blut auf dem Rasen noch frisch war.

Bei Sportfreunden in aller Welt war tiefes Verständnis für die Haltung der sowjetischen Mannschaft.

Die Sportzeitschrift „Kicker“ schrieb: „Von einer Mannschaft zu verlangen, in einem Stadion zu spielen, das unmittelbar zuvor als Massengefängnis und Hinrichtungsstätte diente, wird auch von anderen als den Russen als makaber empfunden.“

Zahlreiche nationale Fußballverbände unterstützten den Standpunkt des sowjetischen Fußballverbandes als einzig denkbare sportliche und humane Haltung.

Die „Süddeutsche Zeitung“ stellte fest: „Es gehört schon die Mentalität eines Fleischerhundes dazu, in einer Arena noch Fußball spielen zu wollen und Gastmannschaften das Fußballspielen

zuzumuten, wo kurz zuvor Tausende von Gefangenen eingekerkert waren und unzählige wehrlose Menschen geschlagen, gefoltert und gemordet wurden.“

Aber die Fleischerhunde fanden sich. Insbesondere der Generalsekretär des Internationalen Fußballverbandes (FIFA), Helmut Käser, bestand auf dem Spiel im KZ-Stadion. Er behauptete frech, von Terror, Repressionen und Gesetzlosigkeit in Chile sei ihm nichts bekannt. Die FIFA faßte den Beschluß, eine Sonderkommission, bestehend aus Käser und dem Brasilianer A. Almeida nach Santiago zu schicken, um die Lage an Ort und Stelle selbst zu prüfen.

Käser kam aus Chile zurück, gab zu, daß das Stadion als KZ dient, und ... bestand weiterhin auf dem Spiel in Santiago!

Die Proteste gegen die Haltung der FIFA nahmen zu.

Aber am 5. Januar 1974 konnte sich der Junta-Freund Käser endgültig bei der FIFA durchsetzen: per Beschluß wurde der chilenischen Fußballmannschaft der Weg zu den WM-Finalspielen gebnet.

G. Radtschuk, Mitglied der Internationalen Kommission des Fußballverbandes der UdSSR, bekräftigte die Haltung der sowjetischen Fußballer: „Die sowjetischen Fußballer werden das Nationalstadion, in dem Blut floß und vielleicht noch Blut fließen wird, niemals betreten.“

Mit dieser Haltung stellen die sowjetischen Sportler die Solidarität mit den verfolgten chilenischen Demokraten höher als sportliches Prestige.

Die Vertreter der FIFA sollten sich daran in Zukunft ein Beispiel nehmen. Es wäre schade um den Fußball, wenn er eines Tages durch solche Leute wie Helmut Käser moralisch zugrunde gerichtet würde.



Mit einer Großveranstaltung würdigte die DKP den 55. Jahrestag des Gründungsparteitages der KPD. In seiner Rede wies der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, Anspielungen auf ein DKP-Verbot im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung zurück und forderte die Aufhebung des KPD-Verbots. Die Würdigung eines für die Arbeiterklasse großen und historischen Ereignisses sei das denkbar legitimste, betonte er zum Abschluß seiner Rede.

Der Mann, der aus dem Westen kam

Auf der Suche nach
„Andersdenkenden“

Von Sergej Guk

Diese Geschichte haben wir bei einem Abendessen mit Kongreßgästen aus der Bundesrepublik gehört. Man machte uns auch mit ihrem Helden bekannt. Er wollte den Vorfall weder leugnen noch bestätigen.

„Nicht ganz präzise“, meinte er, „aber gegen die Veröffentlichung habe ich keine Einwände. Es könnte durchaus so gewesen sein. Ich möchte Sie nur bitten, meinen richtigen Namen nicht zu nennen und zu erwähnen, daß ich das Ganze mit Humor aufgefaßt habe.“

Herr Maier — wir wollen ihn so nennen —, Bundesbürger, unabhängig und an keine Partei gebunden, hatte sich in Moskau verlaufen. Um sein Hotel zu finden, redete er in allen Sprachen, von denen er ein Paar Brocken kannte oder die er auf dem Gymnasium gelernt hatte, die Passanten an; aber seine Verständigungsversuche blieben zunächst erfolglos. Erst der fünfte Angesprochene reagierte: „What can I do for you, Sir?“ Herr Maier vergaß sofort,

daß er sich verlaufen hatte. Fünf Tage lang hatte er Delegierten, Korrespondenten, Dolmetschern, dem Hotelpersonal und Kraftfahrern alle möglichen Fragen gestellt. Es wurde ihm wohlwollend und geduldig geantwortet. Aber zu diesen Leuten hatte Herr Maier doch kein volles Vertrauen. Der Passant hatte aber ein derart einnehmendes Gesicht, daß der Bundesbürger sofort den Stier bei den Hörnern packte:

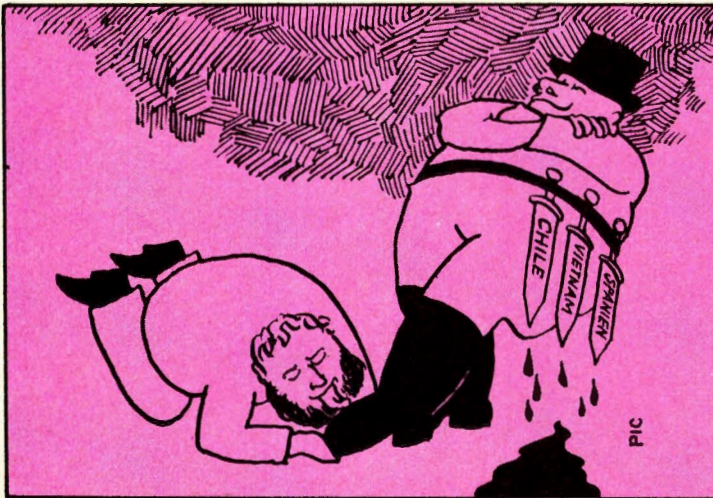
„Sind Sie von hier?“
„Leider nein. Ich komme von weit her.“

menge. Es sind nämlich Millionen.“

„Sind Sie vielleicht einer von ihnen?“ Herr Maier knöpfte den Mantel auf und zu. Ein sicheres Zeichen seiner starken Aufregung: das schien ja ein richtiger „Andersdenkender“ zu sein.

„Das kann man wohl sagen“, bestätigte der Gesprächspartner.

Herr Maier schaute sich um, merkte aber nichts Verdächtiges. Niemand schien sie zu beachten, mit Ausnahme eines kleinen Jungen, der Eiscreme aß und dabei Herrn



Der „Freiheitskämpfer“ Solschenizyn in Aktion.

„Aus der Provinz?“, fragte erfreut Herr Maier. Zu Leuten aus der Provinz hatte er aus unbegreiflichen Gründen besonders großes Vertrauen.

„Darf ich Ihnen vielleicht einige Fragen nach Ihrem Land stellen?“ fragte er.

„Aber soviel Sie wollen.“

„Und Sie werden mir auch freimütig antworten?“

„Mit dem größten Vergnügen.“

„Es heißt, in Ihrem Lande gäbe es eine Menge Leute, die mit den bestehenden Zuständen unzufrieden sind. Trifft das zu?“

„Eine Menge?“, lächelte der Gesprächspartner, „Sie wollten sicher sagen: eine Un-

Maiers dicke Pelzstiefel adächtig betrachtete.

„Sagen Sie bitte“, fuhr einschmeichelnd Herr Maier fort, „besteht bei Ihnen eigentlich die Pressefreiheit?“

„Besteht auf dem Papier.“

„Natürlich“, meinte teilnahmsvoll Herr Maier, „wenn Sie eine eigene Zeitung hätten...“

„Und einen Fernsehsender und ein Dutzend Nachrichtensatelliten obendrein“, fuhr der Mann fort.

„Aber wenn Sie sich nur zu Ansichten bekennen, für die sich die Behörden nicht erwärmen können, werden Sie auch dann Unannehmlichkeiten haben?“

„Nun, mit einer Lohnerhöhung ist dabei kaum zu rechnen. Und wenn einer im öffentlichen Dienst steht, Lehrer oder sogar Briefträger ist, dann ist es aus. Er wird auf die Straße gesetzt und kann ein Leben lang sein Recht suchen“, der Mann winkte ab.

„Steht es in Ihrem Gesetz?“
„Was kümmern die sich schon um Gesetze!“

„Ich habe mir erzählen lassen“, fuhr sichtlich erregt Herr Maier fort, „daß in Ihrer Gesellschaft Apathie, Unsicherheit, Gleichgültigkeit für soziale Probleme herrschen?“

„Wenn das alles wäre! Kriminalität, Rauschgiftsucht.“
„Und haben Sie eine Ahnung, wie die Menschen unter der anderen Gesellschaftsordnung leben?“, unterbrach ihn Herr Maier.

„Ich schon, aber die meisten haben da die tollsten Vorurteile. Kein Wunder bei dieser Monopolisierung der Massenmedien.“

Nun war alles klar. Zum Abschied erkundigte sich der Gast aus Westdeutschland: „Darf ich vielleicht Ihre Namen und Ihren Heimatort erfahren?“

„Meinen Namen möchte ich Ihnen lieber nicht nennen: Ich habe ja Familie. Aber den Heimatort, bitte: Ich komme aus Bochum.“

„Baku?“ vergewisserte sich Herr Maier. „Ich glaube, es liegt irgendwo am Kaspischen Meer?“

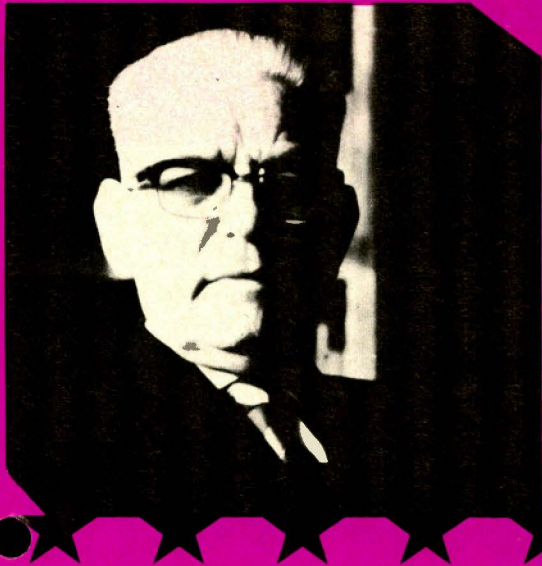
„Wenn der Rhein jetzt Kaspisches Meer heißt, haben Sie sogar Recht.“

„Wieso Rhein?“, stammelte Herr Maier.

„Eben der Rhein, an dem eure englischen Truppen stationiert sind. Oder haben Sie noch nie etwas davon gehört?“

„Aber ich bin gar kein Engländer“, rechtfertigte sich Herr Maier, aber er verstummte sogleich.

Er hatte plötzlich keine Lust, sich weiter mit diesem Kerl zu unterhalten.



Revolutionäre im Interview



Seit 53 Jahren steht Albert Stasch aktiv in der Arbeiterbewegung. 1922 wurde er Mitglied der KPD. An den energiepolitischen Konzeptionen der KPD nach dem 2. Weltkrieg hatte er maßgeblichen Anteil. Auch über dieses Thema, das gerade heute aktuell ist, haben wir Albert Stasch befragt

elan: Genosse Albert, wie bis du zur Arbeiterbewegung gekommen?

Albert Stasch: Mein Weg zur Arbeiterbewegung ist ohne jede Dramatik. Ich entstamme einer Arbeiterfamilie, und obwohl es in dem kleinen ostpreußischen Dorf, in dem ich geboren bin, zunächst keine Arbeiterorganisationen gab, lernte ich früh das Wesen und die Auswirkungen der Herrschaft des Kapitals und der Großgrundbesitzer kennen. Die Menschen verhungerten buchstäblich bei vollen Scheunen. Es gäbe da drastische Einzelheiten zu erzählen. Vor allem in meiner Lehre als Lebensmittelkaufmann erfuhr ich das Elend der Arbeiterfamilien und den Überfluß bei den Reichen.

Ich hörte dann von den heimkehrenden Soldaten des 1. Weltkrieges, was sie über den Krieg berichteten und wer ihn angezettelt hatte. Ich lernte aktive Gewerkschafter und Kommunisten kennen und erkannte die Notwendigkeit, mich zu organisieren. 1921 trat ich dann als 18jähriger der Gewerkschaft bei. Und im Jahre 1922 — das war die logische Folgerung aus meinen Erfahrungen — wurde ich Mitglied der KPD.

elan: Genosse Albert, kurz nachdem du deine Lehre beendet hattest, bist du ins Ruhrgebiet — nach Essen — übersiedelt. Warum? Wie war die Lage im Ruhrgebiet?

Albert Stasch: In meinem Beruf konnte ich als Arbeiterjunge ohne Protektion kaum Arbeit finden. Ich arbeitete dann im Tiefbau und verdiente gerade so viel, um mir vielleicht ein Hemd oder ein paar Schuhe kaufen zu können. So bin ich dann, wie viele meiner Landsleute zu dieser Zeit, ins Ruhrgebiet gekommen, um im Bergbau zu arbeiten.

Und noch im gleichen Jahr, 1922, nahm ich zum erstenmal aktiv an einem Streik teil: das war der Proteststreik gegen die Ermordung Rathenau.

Dann, am 11. Januar 1923, besetzten französische Truppen das Ruhrgebiet, um so die geforderten Reparationszahlungen zu erzwingen. Das deutsche Monopolkapital versuchte, die Reparationslasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

Die Ruhrarbeiter antworteten mit Massenaktionen, mit Streiks und Demonstrationen. In diesen Auseinandersetzungen arbeitete ich als Kurier der „Proletarischen Hundertschaften“.

elan: Im späteren Verlauf deiner politischen Tätigkeit hast du dich vor allem mit Fragen der Ökonomie, insbesondere der Energiepolitik befaßt?

Albert Stasch: Das ist richtig. Obwohl meine politische Aktivität in der Zeit des Faschismus mehrfach durch Haftstrafen und KZ unterbrochen wurde. Ab 1945 beschäftigte ich mich dann intensiv mit Fragen der Energiepolitik.

elan: Wie beurteilst du die heutige Energiesituation in der BRD?

Albert Stasch: Seit Beginn der Restauration in der BRD wurde Energiepolitik von der herrschenden Klasse für die herrschende Klasse gemacht. Obwohl bereits 1957 zu erkennen war, daß es einen Kohleüberschuß geben würde, gab es Kohleimporte. Auch die Ölimporte stiegen, vor allem um 1960, rapide an. Das Ergebnis: Die Kohleförderung wurde gesenkt, die Zechen geschlossen, die Kumpels entlassen.

Der Lohn der Bergarbeiter sank bis heute auf die 20. Stelle der Lohnskala. Ein weiteres Ergebnis: In zunehmendem Maße gelangte die Energieversorgung der BRD in den Griff der internationalen Ölkonzerne. Energiepolitisch ist die BRD heute eine Kolonie der Ölkonzerne. Diese Macht gilt es jetzt zurückzudrängen.

Solidarität mit Chile

Fallt den Henkern in den Arm!

Die faschistische Militärjunta in Chile steht auf einem tönernen Sockel. Selbst die Teile der Mittelschichten, die den brutalen Militärputsch gegen die rechtmäßige Regierung der Unidad Popular zunächst begrüßt hatten, haben jetzt unter dem Terror der Junta zu leiden. Die Inflation galoppiert, Preise steigen in nicht gekanntem Ausmaß. Waren, insbesondere Lebensmittel, werden knapp. Die Junta verbietet den Verbrauch von Rindfleisch. Allein von September bis Oktober 1973 stiegen die Lebenshaltungskosten um 87,6 Prozent! Der Widerstand gegen die CIA-ferngesteuerte Junta ist ungebrochen und festigt sich, wie der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Altamirano, kürzlich bei einem Besuch in Kuba feststellte.

Bis heute konnte das Regime nicht einmal in der Hauptstadt Santiago die Ausgangssperren aufheben, da sich überall der Widerstand regt. In dieser Situation verstärkt das Militär die Verfolgungen, Folter und Mord.

Freiheit für Luis Corvalan!

Nach wie vor wird Luis Corvalan, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, auf der KZ-Insel Dawson am Südpolarkreis festgehalten. Nur die massive internationale Solidarität hat ihn bisher vor der Ermordung bewahrt.

Carlos Altamirano in seiner Botschaft an das chilenische Volk: „Die Solida-

Mit Plakataktionen protestierte die SDAJ in Mörfelden (Hessen) gegen die chilenische Militärjunta.



Ein Solidaritätsbazar für das chilenische Volk – organisiert von der SDAJ-Stadtteilgruppe Wiesbaden-Mitte – erbrachte 108 Mark für die Unidad Popular. In einem offenen Brief an Wiesbadens Oberbürgermeister Rudi Schmitt begrüßte die SDAJ Wiesbaden den Beschluß des Wiesbadener Stadtparlaments, eine Straße oder einen Platz nach dem ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende zu benennen.

rität der Völker der Welt und aller Länder ist für die Entwicklung des Befreiungskampfes des chilenischen Volkes unentbehrlich und notwendig ... Die Junta faschistischer Militärs spürt die weltweite Verachtung wegen

Ein Schallplatte mit der letzten Rede Salvador Allendes am 23. September 1973 über einen Notsender aus der Moneda, dem Regierungssitz, ist zum Preis von 4,10 DM zu erhalten bei: Weltkreisverlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16.
PS: Die Übersetzung der Rede ist ebenfalls auf der Platte.

der von ihr begangenen Verbrechen und Greuelthaten. Sie weiß, daß sie weltweit isoliert ist und nur auf die Hilfe der hohen Finanzkreise, der Imperialisten der USA und anderer kapitalistischer Länder rechnen kann... Mit uns sind die freien Völker der Welt, die sozialistischen Länder, die Sowjetunion, die kubanische Revolution, die revolutionären Volks- und Befreiungsbewegungen Amerikas, Afrikas und Asiens und vieler Regierungen sogar kapitalistischer Staaten.“ In der Bundesrepublik wurden bisher mehr als 230 000 Mark an Solidaritätsspenden für den Kampf der chilenischen Demokraten auf das zentrale Konto des antiimperialistischen Solidaritätskomitees eingezahlt. Die Gelder werden laufend an das Komitee „Chile Democrático“ in Rom überwiesen, das als politische Repräsentant des chilenischen Widerstandes im Ausland internationalen Vereinbarungen zufolge mit der Organisation und Koordinierung der materiellen Hilfe betraut wurde.

In Vorbereitung ihres IV. Bundeskongresses am 18./19. Mai 1974 in Hannover hat die SDAJ insbesondere die Arbeiterjugend der BRD aufgerufen, die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu verstärken. Im Aufruf des Bundesvorstandes der SDAJ heißt es dazu: „Leistet durch Spenden, z. B. eines Stundenlohnes, einen Beitrag zur Solidarität mit der Unidad Popular in Chile.“

Besonders intensiv sollen Lehrlinge und Jungarbeiter in den BRD-Tochtergesellschaften des Putschkonzerns ITT mit Sammlungen und Informationsständen in die Solidaritätsaktionen einbezogen werden.

Die Spenden können auf das Konto des SDAJ-Bundesvorstandes, Postscheckkonto Essen 186 584-439 unter dem Stichwort „Chile-Solidarität“ eingezahlt werden.

Freiheit für alle politischen Gefangenen des Thieu-Regimes in Südvietnam

Es war vor einem Jahr: Am 27. Januar 1973 trat das Pariser Waffenstillstandsabkommen über Vietnam in Kraft. Aber nach wie vor versucht das Saigoner Regime mit massiver US-Unterstützung, befreite Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen, nach wie vor werden über 200 000 politische Gefangene in den Saigoner Gefängnissen gefoltert, werden demokratische Persönlichkeiten von der Saigoner Polizei und Soldateska ermordet.

48 000 Menschen sind seit Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens umgekommen. Gesteuert werden die Verbrechen von 20 000 US-„Beratern“. Unter dem Saigoner Regime sitzt jeder 50. Mensch im Gefängnis. 528 000 leben in Konzentrationslagern, die „Wehrdörfer“ genannt werden. Von Januar bis August 1973 zahlte die US-Regierung mehr als 15 Millionen Dollar zur Finanzierung der Polizei und der Foltergefängnisse des Thieu-Regimes.

In der Demokratischen Republik Vietnam werden seit einem Jahr große Erfolge beim Wiederaufbau des Landes erzielt. Allein 12 Prozent des Nationaleinkommens werden für Bildung ausgegeben. Die Provisorische Revolutionäre Regierung in den befreiten Gebieten Südvietnams unterhält inzwischen zu

rund 40 Ländern diplomatische Beziehungen.

Die Bundesrepublik ist nicht darunter. Noch mehr: zugesagte Gelder für den Wiederaufbau wurden eingefroren. Um so wichtiger ist, daß die demokratischen Kräfte ihre Solidarität verstärken.

Der US-Imperialismus und das Thieu-Regime würden jedes Nachlassen der Solidarität wie eine Aufforderung zur Verstärkung ihres Terrors verstehen.

Soli-Notizen

In einem Telegramm hat die „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ (IIVS) scharfen Protest gegen die Abschiebung südvietnamesischer Studenten durch die Ausländerbehörden eingelegt. Sie forderte die Behörden auf, sich nicht zu Handlangern des diktatorischen Thieu-Regimes in Saigon zu machen.

In letzter Zeit hatte die Botschaft des Thieu-Regimes in Bonn versucht, vietnamesische Studenten in der BRD mit Rückberufungsbefehlen, Paßentzügen, Sperrung von Geldüberweisungen und Repressalien gegen Verwandte in Südvietnam unter Druck zu setzen.

★
Hilfsgüter im Werte von 2,25 Millionen Mark hat die Hilfsaktion Vietnam e.V. im Jahr 1973 an die Demokratische Republik Vietnam und die

Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams geschickt.

Am 28. Dezember 1973 verließ das Motorschiff „Paul Rickmers“ Bremerhaven. An Bord: 130 Tonnen Aluminium-Wellbleche — Dächer für 1400 Häuser, 4 Tonnen Spezialnägeln und -werkzeuge und 7 Tönnen Medikamente für das Rote Kreuz der Provisorischen Revolutionären Regierung.

★

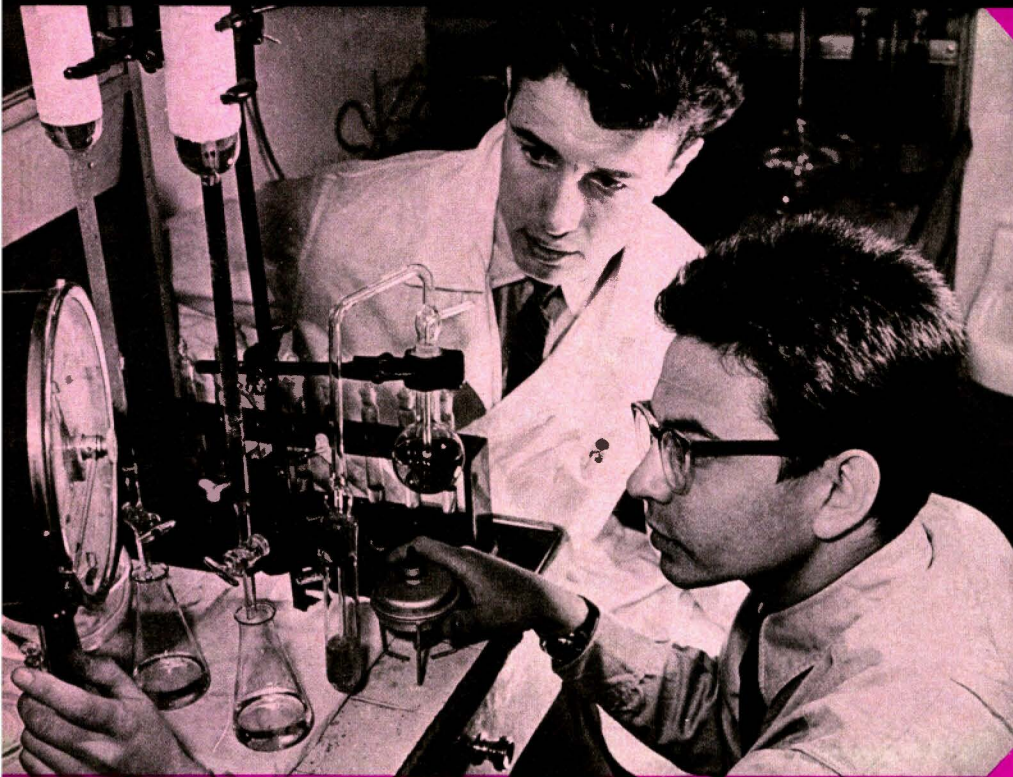
Die Solidaritätsaktion zum Aufbau der zerstörten Schule in Nam Ha (DRV) geht weiter. Hier noch einmal die Spendenkonten: Hilfsaktion Vietnam, Kennwort „Schule“, Postscheckkonto Nr. 90040-430, PSchA Essen, oder Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Konto 10 16 25 03.

Schluß mit dem Terror und den Kriegsvorbereitungen des Thieu-Regimes!

Freiheit für die politischen Gefangenen!

Diplomatische Anerkennung der DRV und der PRR durch die Bundesregierung!

Keine Unterstützung des Saigoner Regimes durch die Bundesregierung!



Der Schnellzug Moskau—Riga überwindet die 1000-Kilometer-Distanz in einer Nacht. Ideal für den eiligen Reisenden, der die Fahrt durch das jetzt tiefverschneite Land mit heißem Tee und einem Platz im Schlafwagen genießt. Und dann kommt Riga, Hauptstadt der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Hier leben ein Drittel aller Letten (über 700 000). Lettland ist jung — die Hälfte aller Bürger sind jünger als 30.

Bildung ist ein Hauptwort

Empfang beim Obersten Sowjet(dem Parlament) der Lettischen SSR. Auch hier stellen junge Abgeordnete einen beträchtlichen Anteil. 50 der 310 Deputierten sind unter 30.

Freundschaftlich empfängt mich Alexander Weiß, Vorsitzender der Jugendkommission des Obersten Sowjets. Eindrucksvoll belegt der Parlamentarier, wie stark die Gesellschaft insbesondere die Jugend fördert.

„Jeder Bürger hat bei uns das gesicherte Recht auf Arbeit, Erholung, Bildung — um nur einige Beispiele zu nennen. Aber die Jugend hat größere Rechte. Sie hat das Recht auf zusätzliche Erholung, auf verkürzte Arbeits-

So lebt die Jugend in der Sowjetunion

bildung ist ein hauptwort



Während sich die reaktionäre Presse hierzulande mittels Lügen ihres reaktionären Freundes Sol-schenizyn ein neblig-trübes Sowjetunion-Bild bastelt, vollzieht sich im größten Staat der Erde ein bemerkenswerter Fortschritt

auf allen Gebieten. Und die Sowjetbürger sind überzeugt davon: Grundlage des dauerhaften Fortschritts ist die bestmögliche Ausbildung der Jugend. Was das in der Praxis bedeutet, konnte Hans-Jörg Hennecke an Ort und

Stelle untersuchen. Auf Einladung der sowjetischen Presseagentur Nowosti (apn) besuchte er Riga, Hauptstadt der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik.

zeit, kostenlose Benutzung der Verkehrsmittel, vom Betrieb bezahlte Stipendien beim Studium.“

In Lettland (wie in der gesamten Sowjetunion) ist Bildung eines der wichtigsten Hauptwörter. Seit Lettland 1939 der UdSSR beitrug (zuvor herrschte in Lettland eine faschistische Diktatur), sind hier gewaltige Erfolge zu verzeichnen.

„Vor 1939 hatten wir die 6.-Klasse-Schule“, informiert mich Alexander Weiß. „Aber selbst deren Besuch war für viele Kinder armer Familien nicht möglich. Sie mußten frühzeitig arbeiten, um die Familie zu ernähren. Das Ergebnis: 200 000 Letten waren Analphabeten — immerhin 11 Prozent der Bevölkerung. Und heute? Unsere Jugendlichen besuchen die allgemeine Mittelschule. 11 Schuljahre werden jetzt Pflicht. Aber mehr als 90 Prozent aller Schüler studieren auf Fachschulen oder Universitäten weiter.“

Die Lettische SSR — eine Bildungsrepublik wie die ganze Sowjetunion.

Miete? Fast geschenkt!

Allein an den 68 berufsbildenden Schulen erwerben 26 000 Schüler neben ihrem Facharbeiterbrief gleichzeitig die Mittelschulreife. Janis Bro-

delis, Vorsitzender des lettischen Komitees für die berufsbildenden Schulen, erläutert das System dieser Schulart.

„An unseren berufsbildenden Schulen können junge Leute unter 180 Berufen auswählen. Entsprechend den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution haben wir diesen Typ der Volltagsschule entwickelt. Jede Woche ist unterteilt in zwei Tage praktischen Unterricht und vier Tage theoretischen Unterricht.“

Die gesamte Ausbildung und Unterbringung ist selbstverständlich kostenlos. Die Schüler erhalten außerdem ein Taschengeld.“

Der praktische Teil der Ausbildung wird zwei Jahre lang in modern ausgestatteten schuleigenen Werkstätten vollzogen und im dritten Jahr bereits in dem Betrieb, für den der Schüler sich entschieden hat.

Waldis (27) und Sophia Grisans (25) sind jung verheiratet. Waldis hat sich vom Facharbeiter zum Ingenieur qualifiziert, seine Frau zur Konstrukteurin. „Das war keine Durststrecke, obwohl ich trotz Studium ja noch im Betrieb gearbeitet habe. Der Betrieb war verpflichtet, mir zusätzlichen bezahlten Urlaub zu gewähren. Im 4. und 5. Studienjahr wurde ich für einen Tag pro Woche von der Arbeit freigestellt. Und die letzten vier Monate brauchte ich überhaupt nicht mehr in den Betrieb.“

Waldis freut sich besonders darüber, daß seine Frau ebenfalls den Weg beruflicher Qualifizierung gegangen ist. „Ich bin absolut nicht einverstanden mit der Meinung, daß Frauen keine gute Ausbildung brauchen, weil sie ja doch heiraten.“

Die Grisans bewohnen eine Neubau-Zweizimmer-Wohnung.

„Wir zahlen dafür 15 Rubel Miete. Das sind so etwa 3—5 Prozent unseres Einkommens, wie bei allen Sowjetbürgern.“

Unter derartigen Umständen kann es nicht verwundern, daß die Grisans weitreichende Urlaubsreisen unternehmen. Und auch dafür müssen sie nicht tief in die Tasche greifen: 70 Prozent der Kosten für ihren 24tägigen Jahresurlaub zahlt der Betrieb.

„Der Betrieb hat auch dafür zu sorgen, daß sich alle Beschäftigten ständig mit der Weiterentwicklung der Technik beschäftigen. Das geschieht zum Beispiel durch Kurse, die während der Arbeitszeit laufen. So entsteht nicht das Problem, daß Kollegen mit den wachsenden technischen Anforderungen nicht fertig werden. Denn entlassen kann der Betrieb niemanden, wenn rationalisiert wird. Unsere Arbeitsplätze sind absolut sicher“, betont Sophia. Und macht damit ein Stück von dem deutlich, was dem Sowjetbürger die eigene Situation und Zukunft so sicher macht.



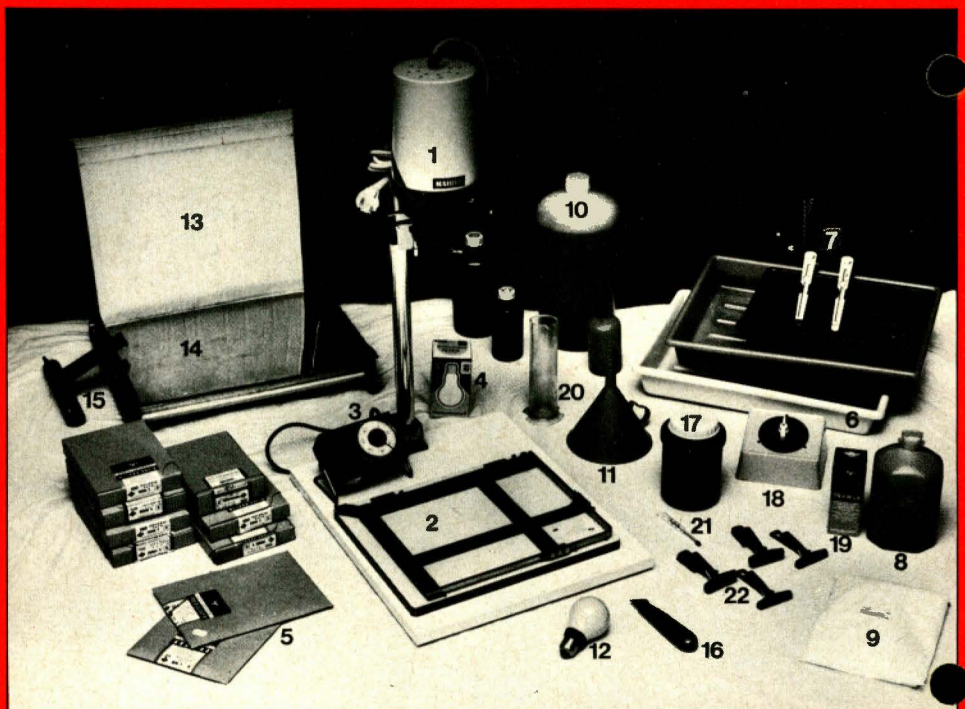
Seit Mai 1973 existiert in der SDAJ Wuppertal eine Fotogruppe. Zunächst haben wir uns aus Interesse am Fotografieren und Entwickeln zusammengesetzt und uns überlegt, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, gemeinsam unserem Hobby nachzukommen. Dann haben wir einen Raum gesucht und diesen als Fotolabor eingerichtet. Der eine brachte einen Vergrößerer, ein paar Entwicklungsschalen und anderes an Laborzubehör aus seinem privaten Fotolabor mit, andere brachten ebenfalls noch einige Sachen mit, die zum Vergrößern nun mal notwendig sind. ➔

Durch lange und mühselige Arbeit haben wir Regale, Arbeitstische und Schränke aus Dachlatten und alten Holzplatten — also aus Material, was nichts oder nur wenig kostete — zusammengesetzt.

Wir überlegten uns, daß die Fotogruppe im Rahmen der SDAJ-Arbeit noch wesentlich mehr bieten kann als nur eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für ein paar Fotofreunde und entschlossen uns, einen Fotokurs ins Leben zu rufen. Wir hängten eine Interessentenliste in unserem Zentrum auf, die schon nach wenigen Tagen

von 16 Freunden ausgefüllt war. Dann erarbeiteten wir einen Lehrplan, der in Theorie und Praxis unterteilt ist. Jeden Freitag findet für alle Kursteilnehmer eine theoretische Einweisung in das Fotografieren, Entwickeln und Vergrößern statt. Dabei werden die Grundkenntnisse, die für diese Fertigkeiten notwendig sind, vermittelt. Da in unserem Labor nur vier Personen gleichzeitig arbeiten können, haben wir für die praktische Arbeit in der Dunkelkammer vier Gruppen gebildet. Jeden Freitag sprechen sich die Gruppenleiter ab, wann sie in die Dunkelkammer gehen. Dort wird dann in der ➔

★★ ELAN FREIZEIT MAGAZIN ★★



(1) Klein-Bild-Vergrößerer ab ca. 100,-, (2) Vergrößerer-Kassette ca. 30,-, (3) Belichtungsuhr ca. 50,-, (4) Vergrößerer-Birne ca. 5,-, (5) Vergrößerungspapier, (6) 3 Schalen in verschiedenen Größen, (7) 2 Entwicklungszangen ca. 6,-, (8) Papier-Entwickler-Chemikalien, (9) Fixierbad-Chemikalien, (10) Flaschen für Chemikalien in verschiedenen Größen 1,- bis 6,-, (11) 2 Trichter ca. 2,-, (12) Dunkelkammerbeleuchtung ca. 5,-, (13) Trockenpresse ab ca. 30,-, (14) Hochglanzfolie ca. 20,-, (15) Rollenquetsche ca. 8,-, (16) Messer zum Beschneiden ca. 2,50, (17) Entwickler-Dose ca. 25,-, (18) Kurzzeituhr ab 18,-, (19) Film-Entwickler-Konzentrat ca. 4,-, (20) Meßglas, (21) Thermometer ca. 4,-, (22) Filmklammern ca. 1,50.

Unsere Verkaufsstände für die Chile-solidarität, die Pfändung des Laugenhauses der Firma Dr. Kurt Herberts mit dem Roten Kuckuck von elan und andere Aktionen hielten wir im Bild fest.

Im Jahr 1974 werden wir eine Diaserie und eine Fotoausstellung zu unseren Kaufhausaktionen und zu allen Aktivitäten unseres Verbandes erstellen. Das erfordert natürlich eine ganze Menge an Kraft, Zeit und Geld. Bis jetzt haben wir unsere Fotogruppe durch Spenden und durch den Verkauf von Vergrößerungen (Abgabe

gegen Spende) für Genossen und Sympathisanten finanziert. Aber mit den Aufgaben der Fotogruppe wachsen auch die technischen Anforderungen, und es müssen mehr Genossen als bisher mitarbeiten, und es muß mehr Geld beschafft werden. Zur Beschaffung der finanziellen Mittel werden wir Anfang dieses Jahres einen Fördererkreis für die Fotogruppe aufbauen.

Außerdem werden die Kursteilnehmer bald selbst in der Lage sein, Vergrößerungen anzufertigen. Der Kreis derjenigen, die Aufträge entgegenneh-

men können, wächst also ständig, und wir können einen Labordienst einrichten. D. h., daß ständig jemand im Labor ist, der Bilder vergrößert und diese zur Finanzierung unserer Gruppe verkauft.

Durch den Fotokurs haben wir auch immer mehr Freunde, die in der Lage sind, bei politischen Veranstaltungen zu fotografieren und die Filme und Bilder davon selbst zu entwickeln. Nach Beendigung dieses Kurses können wir mit dem Kurs für Fortgeschrittene beginnen, der sich speziell mit der Reproduktionsfotografie be-

Praxis das geübt, was am vorhergehenden Freitag vermittelt worden ist. Jeder Kursteilnehmer wird nach fünf Monaten in der Lage sein, zu fotografieren, Filme zu entwickeln und die Negative zu vergrößern — sowohl in Schwarzweiß als auch in Farbe.

Dabei soll den Kursteilnehmern nicht nur eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung gegeben werden. Wir haben außerdem für die SDAJ schon zwei neue Mitglieder durch den Kurs gewonnen. Die wichtigste Aufgabe der Fotogruppe jedoch ist die Unterstützung

unseres SDAJ-Ortsverbandes und anderer demokratischer Organisationen. Unsere erste Bewährungsprobe konnten wir bei der Chilesolidarität, direkt nach dem faschistischen Putsch, bestehen. Mit primitiven Mitteln haben wir auf fototechnischem Weg eine Druckvorlage für ein Allende-Plakat erstellt, das dann sofort gedruckt und in ganz Wuppertal plakatiert wurde. Außerdem haben wir Fotoserien, Diapositive und Poster für die ISJ (Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum) erstellt. Durch unser Beispiel haben wir die ISJ angeregt, sich selbst ein Fotolabor aufzubauen.

Inzwischen stellt die ISJ schon ihre eigenen Bilder her.

Wir orientieren in unserer Fotogruppe darauf, Plakatvorlagen für unseren Ortsverband herzustellen, Fotos für unsere Schüler- und Lehrlingszeitungen selber aufzurastern, Diaserien und Fotoausstellungen über Aktionen der SDAJ und anderer demokratischer Organisationen zu erstellen. In einer Aktion der Stadtteilgruppe Barmen stifteten wir der Stadt die Grundsteine für den Bau eines neuen Jugendzentrums, auch diese Aktion haben wir fotografiert und eine Fotoserie erstellt.

Wir machen unsere Fotos selber!

Fotogruppe
der SDAJ -
Wuppertal



schäftigt. In diesem Kurs werden die Teilnehmer lernen, Bilder aufzurastern, was eine notwendige Voraussetzung zum Drucken von Halbtonvorlagen (Fotos mit Graustufen) ist. Und Bilder zu reproduzieren, d. h. Bilder herzustellen, die möglichst genau dem Originalbild entsprechen; Schrift auf fototechnischem Weg zu setzen und ebenfalls fototechnisch auf die gewünschte Größe zu bringen. Sinn und Zweck dieses Kurses ist, daß jeder Teilnehmer selbständig Plakatvorlagen erstellen kann.

Wir wollen mit unserer Fotogruppe

ein Beispiel geben für andere Fotogruppen. D. h. auf Wuppertal bezogen werden wir darauf hinarbeiten, daß sich möglichst viele Fotokursteilnehmer selbst ein Labor aufbauen, um aus eigener Initiative zur Unterstützung unseres Verbandes Fotos von Aktionen zu machen und wenn möglich, sogar selbst Fotokurse in ähnlicher Weise wie wir es jetzt machen gestalten.

Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg. D. h. für andere Gruppen, daß wir unsere Erfahrungen, die wir gesammelt haben und sammeln wer-

den, veröffentlichen, um auch in anderen Städten die Bildung von Fotogruppen mit einer politischen Aufgabenstellung zu erreichen.

Warum eigentlich Fotogruppen mit dieser politischen Konzeption? Wir sind junge Arbeiter, Schüler und Studenten, die für die Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend kämpfen. Wir halten diesen Kampf nicht nur für wichtig, sondern für unbedingt notwendig. Denn wer den Bossen nichts nimmt, kann der arbeitenden und lernenden Jugend nichts geben.

Klaus Peiseler

Leserforum

Jugendvertreterwahlen

Ich begrüße die sehr brauchbare Übersicht über den „technischen“ Ablauf der Jugendvertreterwahlen 74. Möchte aber gleichzeitig auf eine Unstimmigkeit aufmerksam machen, die Euch unterlaufen ist. Voraussetzung zur Wahl einer Jugendvertretung ist keineswegs die Existenz eines Betriebsrates. Das war so im alten Betriebsverfassungsgesetz. Das neue BVG räumt auch die Möglichkeit einer Jugendvertretung in betriebsratslosen Betrieben ein. Gibt es keinen Betriebsrat, muß die Initiative zur Bildung des Wahlvorstandes von 3 Jugendlichen bzw. der Gewerkschaft ausgehen. Sicher wird eine Jugendvertretung in einem betriebsratslosen Betrieb einen äußerst schweren Stand haben, weil das BetrVG vorschreibt, daß Initiativen der Jugendvertretung gegen die Unternehmensleitung erst über den Betriebsrat zu gehen haben. Doch sollte auch hier keine Position geopfert werden. Vielmehr ist zu überlegen, wie in betriebsratslosen Betrieben Jugendvertretungen zur Errichtung eines Betriebsrates beitragen können.

**Siegfried Krüger,
Bremerhaven**

Anregungen

Am 20. 12. 1973 haben wir von der SDAJ-Gruppe Harburg-Heimfeld über die Dezember-Nummer der elan diskutiert.

Ausbildungskompanie 468

3042 Munster, den 3.1.74

An
Magazin für junge
Leute ELAN

46 Dortmund
Brüderweg 16

Sehr geehrte Herren!

Sie sollten inzwischen festgestellt haben, daß Stöcker nicht mehr in der Kompanie ist und Ihre Zeitschriften postwendend im Papierkorb landen.

Auf Befehl
Kohlmeier
(Kohlmeier)
Hpt Pw u KpFw

Die Ergebnisse unserer Diskussion:

Wir meinen, daß elan von seiner Aufmachung und den Artikeln her für Jugendliche allgemein ansprechend und informativ ist. Teilweise hält jedoch das Lay-out (fehlende Zwischenüberschriften und nicht zusammenpassende Farben auf einer Seite) direkt vom Lesen ab. So werden z. B. durch zu lange Spalten, fehlende Zwischenüberschriften und Bebilderung von Anfang an nur Interessierte angesprochen. Positiv zu bemerken sind die Berichte über die „Rote-Kuckucks-Aktion“ und „Arbeiterjugend in Aktion“. Sie enthalten viele gute Anregungen für eigene Aktivitäten. Das „Forum der Jugendverbände“ ist trotz seiner Kürze sehr informativ und gibt einen guten Überblick über das behandelte Thema. Bei den Berichten über progressive Künstler sollten es nicht immer nur die Flöhe sein, über die geschrieben wird. Wie wäre es z. B. mit Artikeln über gute, nur regional bekannte Politsänger, Agit-prop- und Lehrlingstheater- und Beatgruppen? Die „Witze“ auf der Rückseite lieber weglassen, sie sind

einfach zu blöde. Als Alternative dazu kam aus der Gruppe der Vorschlag — übrigens ein großer Lacherfolg —, statt dessen z. B. einen Marx-Starschnitt auf die Rückseite zu drucken.

SDAJ, Harburg-Heimfeld

Richtiger Dampfer

Das Layout ist jetzt gut, es gibt jetzt gegenüber früheren Ausgaben einen besseren Bezug zwischen Titelbild und Inhalt, was doch eine nicht zu unterschätzende Verkaufshilfe ist.

Als Kritik wäre anzumelden, daß a) manche Artikel für nicht vorbereitete Lehrlinge etwas „hochgestochen“ und b) manche zu kurz sind.

Die Problematik liegt nahe, zum einen ist es nicht immer leicht, „komplizierte“ Sachverhalte in einfachen Worten darzulegen, ohne sich ins Uferlose zu verlieren, und zum anderen ist die Wahrscheinlichkeit, daß Artikel von mehreren Seiten Länge konzentriert bis zum

Ende gelesen werden, faktisch null. Von besonderem Wert für die Gruppe sind die Jugendpolitischen Blätter und das forum. Sie bilden die Voraussetzung dafür, daß die Gruppenmitglieder in der Diskussion durch profunde Sachkenntnis überzeugen können.

Aber dieses Magazin ist nicht nur für SDAJ-Mitglieder gemacht. Was bietet es nicht in der SDAJ organisierten Jugendlichen? Hier ist wiederum das forum zu nennen, die „Roter Kuckuck“-Berichterstattung und nicht zuletzt die aktuellen Meldungen über die vielfältigen Jugendhaus-Initiativen, wobei gleichzeitig in anschaulicher Form die Rolle der CDU-Politik offenbart wird. Alles in allem: Weiter so, auf dem richtigen Dampfer seid Ihr.

SDAJ, Elmshorn

Antwort an CDU-Fan

Seit einiger Zeit bereits beziehe ich den „elan“, und ich muß sagen, daß er mir immer gefiel. Seine Aufmachung ist ausgezeichnet und sein Inhalt auch. Weil das auch andere merken, verleihe ich meistens das Heft noch an einige Freunde. Nun will ich versuchen, sie ebenfalls zu Abonnenten zu machen.

Lächerlich ist der Brief des CDU-Fans, der erwartungsgemäß nicht die Spur einer sachlichen Argumentation aufweist. Bei dem roten Untergrund von Werbeprospekten eines Versandhauses etc. wird dieser Herr sicherlich nicht die gleichen Skrupel besitzen wie in dem Fall

Eures Artikels. (Was Schüler auf die Plame treibt, 10/73).

Axel Jost, Hofhelm

Schüler

Ich gehöre zu den ständigen Lesern der Elan. Besonders als Schüler muß man die interessanten und informativen Artikel der Elan schätzen.

Mit großem Interesse las ich in der letzten Dezemberausgabe im „Forum“ den Bericht: „Was wollen die Schüler?“. Übersichtlich wurde ein Querschnitt durch die westdeutschen Jugendorganisationen gegeben. Eindeutig wurden aber auch die Zielsetzungen dieser Verbände (z. B. der JU) bezeichnet.

Zu vermissen war nur, daß z. B. nicht über die Arbeit des MSB/H (Marxistischer Schülerbund/Hamburg) berichtet wurde. Seit Mitte 1973 ist der MSB/H kooperatives Mitglied der SDAJ und unterstützt aktiv (z. B. durch Verkauf der UZ) die Politik der DKP. Der MSB/H hat seit Jahren großen Einfluß auf die Politik der Hamburger Schülervertretungen. Der MSB/H kämpft für die Erhebung des materiellen und inhaltlichen Bildungsnotstandes und für Mitbestimmung. Die Politik des MSB/H gründet sich auf die Aktionseinheit, und so nahm der MSB/H auch an den X. Weltjugendfestspielen teil. In örtlichen Gruppenzeitun-

gen und im Verbandsorgan „Rote Schüler Presse“ (RSP) wird die Schülerschaft über die politische Arbeit und die Ziele des MSB/H informiert.

Hermann Siegart, Farmsen

Nicht fair?

In der Dezember-elan wurde ein Welt-Artikel über ein Interview Tschou-En-lais wiedergegeben. Dort warnt er vor der Sowjetunion, ihrem Expansionismus und ihrem Faschismus. Dies ist ohne Zweifel ein gefährlicher Zungenschlag. Seit Chinas „Öffnung nach Westen“ nahmen solche Äußerungen chinesischer Politiker zu; ebenfalls die Bereitschaft der bürgerlichen Presse, solches zu veröffentlichen. Als Sozialist muß man aber mehr tun, als dies bequem registrieren. Es muß gefragt werden, wie man dies gewichten soll? Oder anders — was trägt dieser elan — Abdruck zum Verständnis Chinas bei, was ist damit bewiesen? Ich meine, noch nicht viel. Über ein Jahr lang wurde in elan zu China nichts veröffentlicht und dann plötzlich kommt so ein Artikel!? Dies ist eine Verteufelung billigster Macho und eine Verleumdung, die nichts zum notwendigen Verständnis der chinesischen Revolution, ihrer bleibenden Bedeutung, beiträgt.

Jürgen Gundlach, Hamburg

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Abdruck aus

Springers „Die Welt“. Dieser Abdruck sollte belegen, wie die chinesischen Führer von den Rechten in der BRD gehätschelt werden und wie sehr Springer & Co. diese antisowjetische Politik ins Konzept paßt.

Redaktion elan

Chile-Solidarität

Das Baden-Badener Chilekomitee zog Ende Dezember eine Bilanz seiner bisherigen Arbeit. Bei einem Weihnachtsbasar im evangelischen Gemeindehaus konnten über 3 000 DM umgesetzt werden; eine Hausammlung in der Stadt ergab noch einmal 1 500 DM; insgesamt kamen bei den Veranstaltungen, die gemacht wurden, über 6 000 DM zusammen. Dies alles war sicherlich nur möglich, weil durch eine gute Bündnispolitik viele demokratische Jugendverbände und Parteien — außer der CDU — in diesem Komitee mitgearbeitet haben!

Marius Luther, Baden-Baden

Die letzte elan war wieder einsame Klasse. Besonders gefreut hat mich Euer Bericht über Victor Jarra. Er ist, glaube ich, selbst in der SDAJ noch sehr unbekannt, vielleicht auch deshalb, weil viele bisher noch keine Platte gehört haben (außer bei Quilapayún). Nun hat das Vietnam-Komitee in Mailand zwei Platten herausge-

bracht. Die erste ist: VICTOR JARRA CON ACCOMPAGNAMENTA QUILAPAYUN und die zweite: QUILAPAYUN, Santa Maria de Iquique. Interessant besonders für elan-Leser ist der Preis für diese 30 cm LP's: jede kostet nur DM 15.- und davon gehen noch 10 Prozent aufs Chile-Solidaritätskonto. Ich besorge die Platten gerne und sende sie den Genossen zu, wenn der Betrag plus 1,50 DM für Porto auf mein unten angegebenes Postscheckkonto eingezahlt worden ist. Nun, vielleicht meint Ihr auch, daß wir die Platten ein wenig popularisieren sollten. Ihr könntet ja eine kleine Nachricht in die nächste elan aufnehmen, ja? Viel Glück und Erfolg für Eure weitere Arbeit.

Ulrich Danz, 56 Wuppertal, Varresbeckerstraße 139, Telefon 0 21 21 / 31 01 65



Wo fehlt eine?



Bei uns alle Schreibmaschinen. Riesenauswahl, stets Sonderposten. - Kein Risiko, da Umtauschrecht - Kleine Raten. Fordern Sie Gratikatalog 286 w

NÖTHEL Deutschlands großes Büromaschinenhaus
A. B. M. I. N.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan. (Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift) _____

(Anschrift) _____

Schere
Beisenden an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dorthmund
Brüderweg 16

KARL MARX IST ANWESEND

Marx, Engels, Lenin sind im Büchershop Angela Davis ständig gegenwärtig. Zu den Besuchern zählen so prominente Leute wie Fasia, Dietrich Kittner, Max von der Grün, der sowjetische Kosmonaut Valerij Bykowski und Fania Davis, die stellvertretend für ihre damals inhaftierte Schwester Angela Davis die Patenschaft für den Laden übernommen hat. Um kein falsches Bild zu ver-

mitteln: Im Büchershop drücken sich natürlich nicht nur Prominente die Klinke in die Hand, sondern in erster Linie junge Arbeiter, Schüler, Angestellte, Studenten, Arbeiter. Für jeden gibt es etwas: Schallplatten, Zeitschriften, Belletristik, Kinder- und Jugendbücher, Geschichte, Politik, Ökonomie, Philosophie, Soziologie, Psychologie und Pädagogik – und einen Prospekt, der es leichter macht,

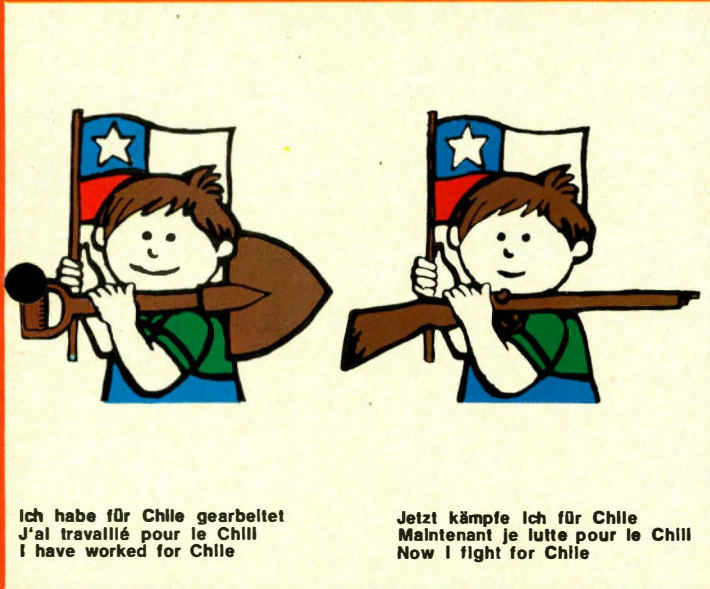
durch das reichhaltige Angebot zu finden. Denn das ist bei über 2000 Titeln schon recht schwierig. Man kann sich auch beraten lassen. Sigune Middeke, 20, Leiterin des Buchladens: „Wir verstehen das Buch als Waffe im politischen Kampf, als Hilfe bei der Argumentation, es soll ergänzen, richtigstellen, Wege aufzeigen wie man den Kampf am besten führt. Es

gibt immer mehr – ganz besonders junge – Leute, die auf das Buch, auf marxistische und Arbeiterliteratur als Partner nicht verzichten möchten. Deshalb muß unser Angebot immer größer werden.“

34 Buchläden – die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ sind – kämpfen gemeinsam mit dem Büchershop Angela Davis und dem Weltkreis-Verlag, zu dem der Laden gehört, für die Verbreitung fortschrittlicher Literatur in der Bundesrepublik. Schaut mal hinein, wenn ihr im Dortmunder Zentrum seid: Kampstraße 80. Oder in eine andere collectiv-Buchhandlung.

Sylvia Schmitz

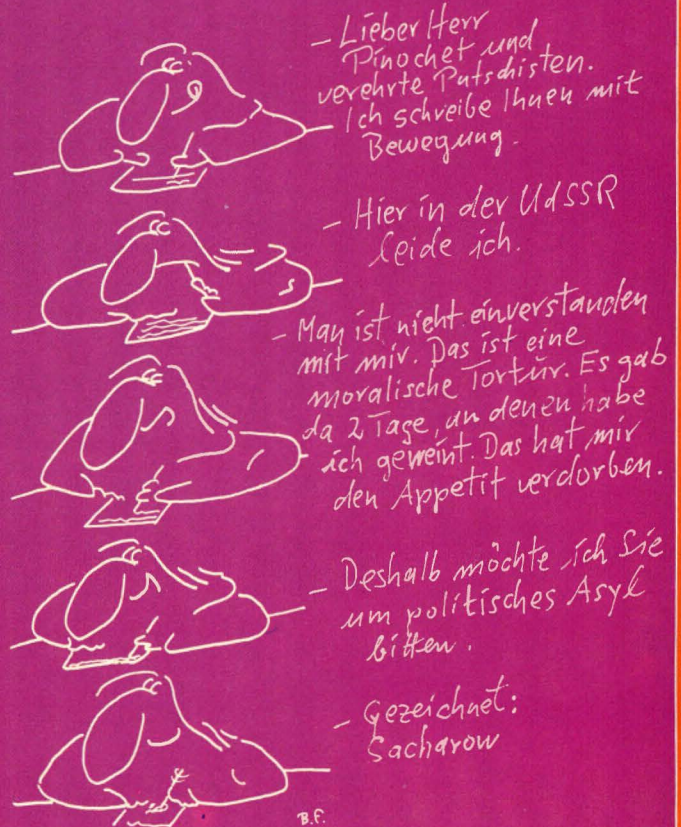




Ich habe für Chile gearbeitet
J'ai travaillé pour le Chili
I have worked for Chile

Jetzt kämpfe ich für Chile
Maintenant je lutte pour le Chili
Now I fight for Chile

Sacharow...



- Lieber Herr Pinochet und verehrte Putschisten. Ich schreibe Ihnen mit Bewegung.

- Hier in der UdSSR leide ich.

- Man ist nicht einverstanden mit mir. Das ist eine moralische Tortur. Es gab da 2 Tage, an denen habe ich geweint. Das hat mir den Appetit verdorben.

- Deshalb möchte ich Sie um politisches Asyl bitten.

- Gezeichnet: Sacharow

B.F.

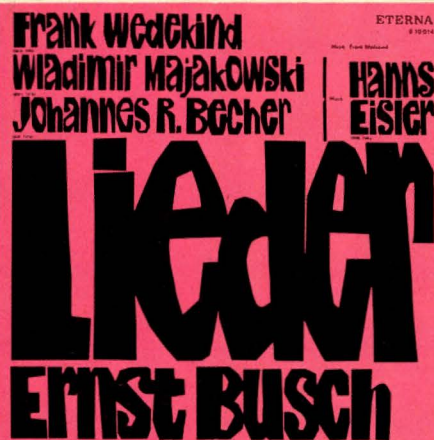
Botschaft von Sacharow an die Junta, um das Leben Pablo Nerudas zu „retten“: „Der Verlust dieses großen Mannes würde für lange Zeit einen Schatten auf die von Ihnen angekündigte Epoche der Wiedergeburt und des Wiederaufbaus werfen.“

(Entnommen: Avantgarde)



Lieder

von Frank Wedekind, Wladimir Majakowski, Joh. R. Becher
gesungen von Ernst Busch
u. a. Im heiligen Land,
Der Anarchist, Linker Marsch,
Deutschland, Vorwärts
Bolschewik



Bestell-Nr.: 810014,
Preis: DM 12,10
Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund,
Brüderweg 16



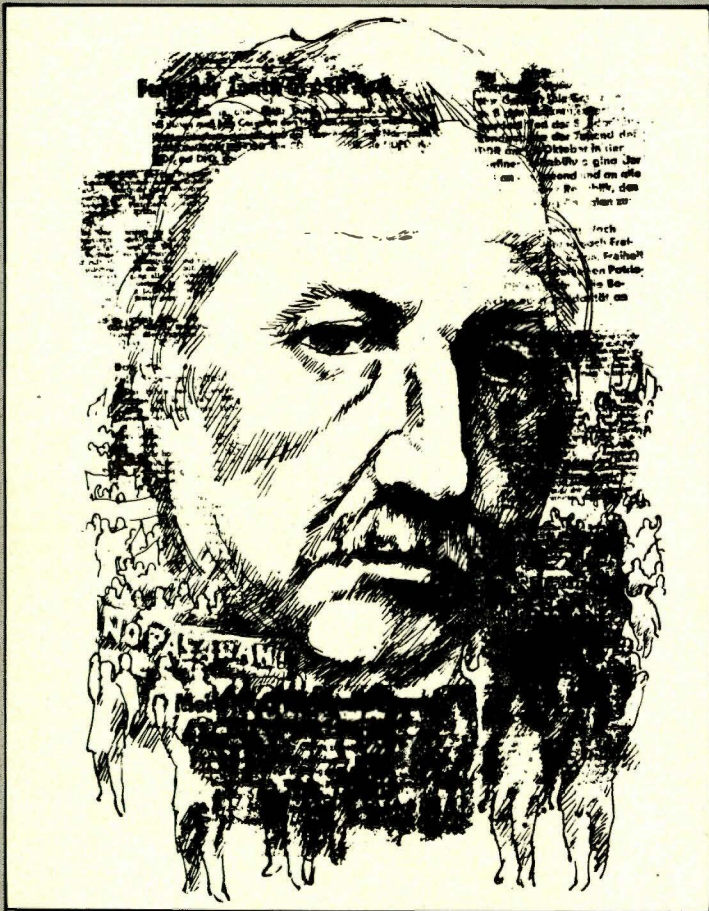
★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

Von 1933 bis Chile

Rund 1500 antifaschistische Bücher aus der Zeit von 1933 bis zur Gegenwart, dazu Zeitschriften, damals illegale Tarnschriften und Plakate umfaßt die Ausstellung „Antifaschistische Buchwochen '74“, die zunächst in Frankfurt, Hannover und Oberhausen lief und vom 20. Januar

bis zum 4. Februar in Hamburg gezeigt wird.

Wer keine Gelegenheit hatte, diese Ausstellung zu besuchen, kann sich den Katalog anfordern beim Röderberg-Verlag, 6 Frankfurt Postfach 4129, Preis: 1 DM zuzüglich Porto (Schutzgebühr).



Betrifft: Lippenstifte

Soll es teuer oder billig sein, das gute Stück in der Handtasche? Die Stiftung Warentest dazu: „Technische Untersuchungen und praktische Versuche erbrachten... kaum gravierende Unterschiede.“
Allerdings: Wer diese rosa, roten, mittlerweile auch grün-

nen und blauen Verschönerungsstifte benutzt, muß damit rechnen, daß die Lippen des Partners nach dem Küssen im Partnerlook erstrahlen, denn auch das stellte die Stiftung Warentest fest: „Absolut kußfeste Lippenstifte gibt es nicht.“
Ob billig oder teuer, drückt

sich nicht im Preis aus: denn es geht um die Lebensdauer der Stifte — die hängt nicht nur von der Geschwindigkeit beim Küssen und Nachstreichen ab. So wird man weiche

Stifte sicher schneller verbrauchen als harte. Reste können mit einem Pinsel aufgetragen werden.
Wir empfehlen: Roßhaarpin- sel, Stärke 6...

Bla-bla für Willy

Sie haben ein neues Gebiet entdeckt: die aus allem Profit schlagenden BRD-Schallplattenkonzerne. Nach dem singenden Bundespräsidenten In spe („Hoch auf dem gelben Wagen“) wird nun besungen, und zwar unser Herr Bundeskanzler. Blumen will sie ihm schenken, die 17jährige Sängerin Carola, und ihr Lied spricht von dem Wunsch, ihn einmal zu sehen, den charmelächelnden Kanzler.

Hier eine Kostprobe:

„Oh Willy Brandt, ich bin noch sehr jung und Politik ist so schwer. Partein und Wahl sind mir egal, doch Dich bewundere ich sehr. Ich träume immer wieder davon, daß ich Dich besuche in Bonn...“
Man sieht: Es gibt Leute, die sind zu allem fähig.



Radio Havana, Kuba, versendet auf Wunsch eine 110 Seiten umfassende Dokumentation über den Tod Salvador Allendes. Das Buch ist unter dem Titel „The Highest Example of Heroism“ in englischer Sprache verfaßt. Wer sich dafür interessiert, schreibe in englischer Sprache an: M. Montero Triana, P. O. Box 6240, Havana, Cuba.
Ein Luftpostleichtbrief nach Kuba kostet 80 Pfennig, ein Luftpostbrief 1,30 DM. Internationale Antwortscheine müssen nicht beigelegt werden.

Verlobte dürfen ...

Auch ein blinder Richter findet mal ein Korn... Wenn sich das Urteil 5S23/72 des Landgerichts Bochum herumspricht, brauchen Verlobte demnächst statt vor dem Hausdrachen nur noch vor der eigenen Verlobten zu zittern. Das Urteil legt fest,

daß der Verlobte einer Mieterin auch entgegen der Hausordnung ab und zu in deren Wohnung übernachten darf. Das sei – so befand das Gericht – kein Grund zur Kündigung des Mietverhältnisses.

SOZIALARITÄT MIT CHILE



SJD-
Falkengruppe
»WIR«

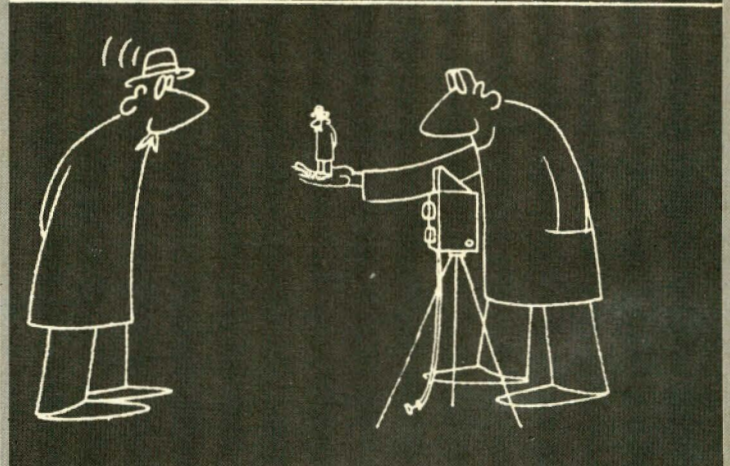
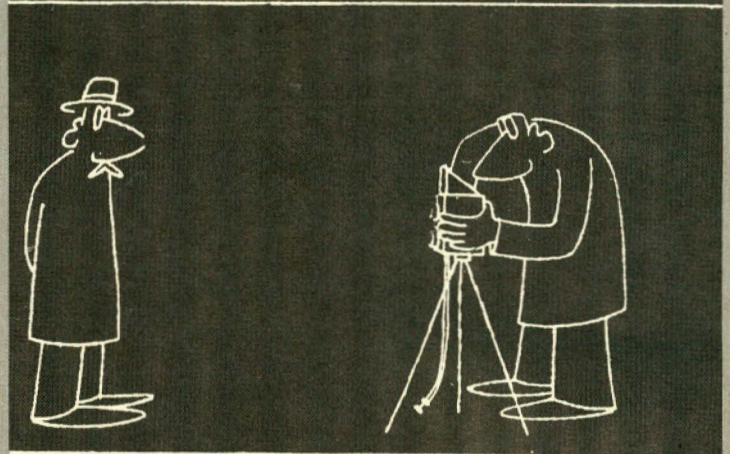
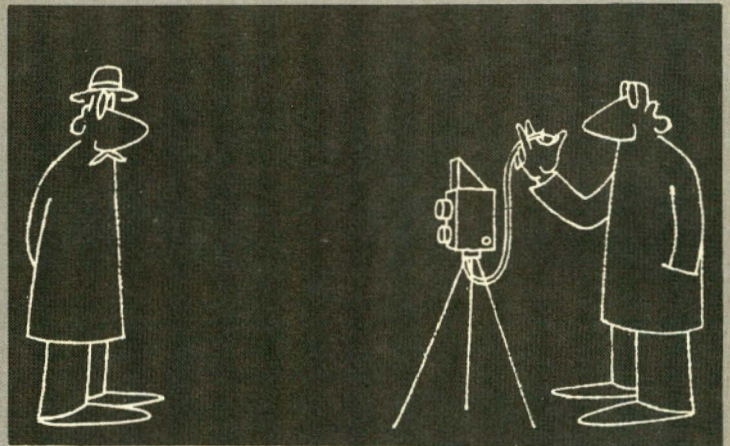
PLÄNE **PENG** SERIE

„WIR“ für Chile

„Nachdem unser Genosse Lerryn uns seine Songs und sein Gedicht für Chile vorgelesen hatte, entwickelte sich bei einigen in der Gruppe die Idee, daß wir eine Schallplatte aufnehmen könnten, deren Reinerlös dann auf das Chile-Solidaritätskonto gehen sollte.“

Das stellt Jupp Jansen, 1. Vorsitzender der SJD – Die Falken, Frankfurt-Nordend nach entsprechenden Diskussionen der Falken-Songgruppe „Wir“ fest.

Der „pläne“-Verlag machte aus dieser hervorragenden Idee eine Scheibe, die als „pläne“ Peng 16 jetzt erschienen ist. Der Titel: Senor Presidente. Preis: 5,- DM.

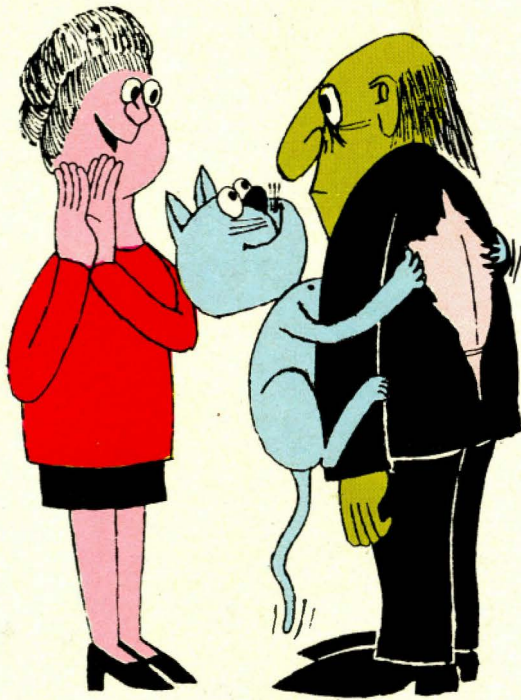


Festival für Chile

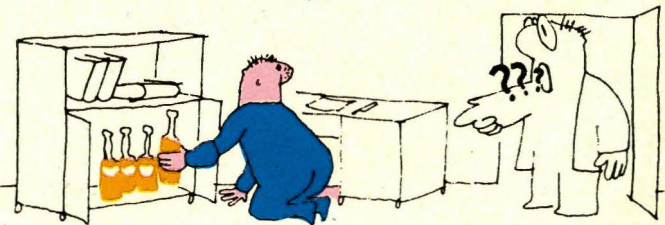
Die „Europäische Solidaritätskonferenz mit Chile“ will im April das 10. Internationale Festival des politischen Lie-

des zum Gedenken an den von Faschisten bestialisch ermordeten Victor Jarra stattfinden lassen.

LOG-Buch II ist da – wieder mit vielen Informationen für Lehrende und Schüler, Wehrpflichtige und Ersatzdienstleistende. Zu bestellen bei:
Rieta Hau, Initiativgruppe Logbuch/Ts., Postfach, 112 Seiten, 2,70 DM



„Sieh nur, wie sehr sie sich freut!“



„Wollen wir jetzt auf den noch steileren Hang?“
 „Lieber nicht – ich bin schon krankgeschrieben!“



„Meiner Mama gefalle ich in diesem Anzug am besten!“